40. PARTEITAG DER SPD

280

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

ARB
628 P
P 7a

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek
Bonn

40. PARTEITAG
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
(SPD)

40. PARTEITAG

DER

SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

AM 19. UND 20. APRIL 1946

IN BERLIN

Gd 24

VORWARTS-VERLAG GMBH · BERLIN

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

SOZIALDEMOKRATISCHER
PRESSEDIENST
REDAKTION

11/47

Erstes bis dreißigstes Tausend

Nachdruck verboten . Alle Rechte vorbehalten . Printed in Germany

Copyright 1946 by Vorwärts-Verlag GmbH., Berlin

Sämtliche, nicht näher bezeichnete Bilder von Photo-Meyer, Berlin

Druck: Vorpahl, Berlin O 17, Blumenstraße 70

Entwurf: Lohmeier, Berlin

Genehmigung: G 24 045

Durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien endet die Tätigkeit des Vorwärts-Verlages GmbH. als Unternehmen der SPD (Buchverlag). Dieses Protokoll ist die letzte Bucherscheinung der Vorwärts-Verlag GmbH.

DAS BEISPIEL

UNSERER TOTEN GENOSSEN

LEUCHTET MAHNEND IN UNS HINEIN

UND LÄSST UNS EHRFÜRCHTIG

ZU JEDER STUNDE

DIE GRÖSSE IHRES WIRKENS

ERKENNEN

UNSERE GERICHTETEN

SIND UNS IMMER NAHE

UND VERBUNDEN –

IHR OPFER IST UNS QUELL

ZU NEUEN LEBENSTATEN

OTTO GROTEWOHL,
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Photo: Rosenberg, Halle

MAX FECHNER,
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD),
leitete den Parteitag

PROGRAMM DES PARTEITAGES

* ERSTER TAG *

TAGESORDNUNG

Freitag, den 19. April 1946, 11 Uhr vormittags

*

1. Eröffnung des Parteitages	
2. Konstituierung des Büros des Parteitages	
3. Wahl der Kommissionen	
4. Bericht des Zentralausschusses	*Max Fechner*
a) Aus der Kulturarbeit	*Richard Weimann*
b) Aus der Frauenarbeit	*Käthe Kern*
c) Aus der Jugendarbeit	*Fritz Schreiber*
5. Bericht über das Pressewesen	*E. W. Gniffke*
6. Kassenbericht	*August Karsten*
a) Bericht der Revisoren	*Karl Litke*

*

PROGRAMM DES PARTEITAGES

* ZWEITER TAG *

TAGESORDNUNG

Sonnabend, den 20. April 1946, 10 Uhr vormittags

*

1. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse .. *Otto Grotewohl*
2. Bericht der Statutenberatungskommission
3. Beschlußfassung über
   a) die Statuten der Sozialistischen Einheitspartei
   b) die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei
   c) die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien
4. Wahl der Vorstandes
5. Schlußansprache

*

ERICH W. GNIFFKE,
Vorsitzender des Zentralausschusses
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Photo: Pöllot, Berlin

Das Tagungslokal des Parteitages
(Eingang zum Theater am Schiffbauerdamm)

Ein Blick in den Tagungsraum
des SPD-Parteitages

Das Präsidium des Parteitages während der Totenehrung durch Otto Grotewohl

Das Präsidium des Parteitages von links nach rechts: Schöpflin, Litke, Gniffke, Fechner, Grotewohl

Schluß des Parteitages. Gemeinsamer Gesang „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen".
Mächtig mahnend klingt das alte Kampflied der SPD.
Das Präsidium von links nach rechts: Nemitz, Ernst, Litke, Gniffke, Fechner, Grotewohl, Ryneck

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, 19. April 1946

Eröffnung: 10 Uhr

Präsidium

Max Fechner Erich W. Gniffke Karl Litke

Ehrengäste

Wilhelm Baganz, Alwin Brandes, Otto Büchner, Rudolf Budde, Eugen Ernst, Luise Kähler, Theodor Leipart, Anna Nemitz, Paul Neumann, Elfriede Ryneck, Georg Schöpflin, Georg Werner, Adolf Wuschick

Schriftführer

Annemarie Pröschel, Richard Engelmann, Ernst Tschickert

Mandatsprüfungskommission

Lehmann, Karsten, Rüdiger, Bauer, Stoeffen, Kamerahl, Blassert, Sacherts, Horn, Wetteborn, Buch, Hauser

Statutenkommission

Lehmann, Karsten, Wendt (Groß-Berlin), Szillat (Brandenburg), Riehl (Sachsen), Prübenau (Provinz Sachsen), Wagner (Thüringen), Karl (Mecklenburg), Breck (Kiel), Braun (Hildesheim)

Redaktionskommission

Bernhard Göring (Zentralausschuß), Helmut Lehmann (Zentralausschuß), Karl Brandt (Berlin), Hermann Kade (Brandenburg), Arno Wend (Sachsen), Ernst Thape (Sachsen), Emma Sachse (Thüringen), Erich Schulz (Mecklenburg), Karl Fiebig (Ruhrgebiet), Ernst Behrens (Rheinland), Yella Schaar (Heidelberg)

Wahlkommission

Karl Brandt, Alice Bayer, Hans Stang, Willi Sielaff, Hanna Pohle, Paul Krakau, Hermann Grünewald, Max Fank, Wilhelm Hauth, Willy Birk

Programmkommission

Otto Grotewohl - Berlin, Max Fechner - Berlin, E. W. Gniffke - Berlin, August Karsten-Berlin, Otto Meier-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Richard Weimann-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Karl Litke-Berlin, Toni Wohlgemuth-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Willi Buch-Braunschweig, Erich Braun-Hildesheim, E. Heilmann-Kiel, Yella Schaar-Heidelberg, Hans Breck-Kiel, Gustav Müller-Rheinland, G. Teichert-Essen, Ernst Hoffmann-Berlin, Erich Lübbe-Berlin, Hermann Schlimme-Berlin, Edith Baumann-Berlin, Friedrich Ebert-Potsdam, Paul Szillat-Rathenow, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Bruno Böttge-Halle, Hermann Prübenau-Magdeburg, Fritz Jungmann-Dessau, Otto Buchwitz-Dresden, Stanislav Trabalski-Leipzig, Albert-Meier-Dresden, August Friedel-Chemnitz, Gertrud Hentsch-Zwickau, Heinrich Hoffmann-Weimar, Erna Sachse-Altenburg, Fritz Wagner-Meiningen, Karl Moltmann-Schwerin, Willy Jesse-Schwerin, Max Fank-Stralsund

Am 19. April, kurz nach 10.30 Uhr, erfolgte die Eröffnung des 40. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin, im Theater am Schiffbauerdamm, feierlich eingeleitet durch Gesangsvorträge des Gemischten Chors Prenzlauer Berg und eine Rezitation, vorgetragen von Wulf Trutz, Deutsches Theater.

Dann ergreift das Wort Genosse Otto Grotewohl (stürmisch begrüßt).

Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eröffnet.

Im Auftrage des Zentralausschusses begrüße ich die Herren Offiziere der Besatzungsmächte, begrüße ich die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, begrüße den Vertreter des Magistrats der Stadt Berlin, des Berliner Rundfunks, und ich begrüße die hier anwesende Presse, die als Chronist und Mittler zwischen Ereignis und Volk tritt. Ich begrüße insbesondere heute hier in unseren Reihen die über einhundert Delegierten, die aus dem Westen herbeigeeilt sind (Bravo und Beifallskundgebungen), um trotz aller Ausschlußdrohungen im Westen in unseren Reihen mitzuwirken und mitzuhelfen an dem großen Werk der Einheit, das wir begehen wollen. Ebenso herzlich begrüße ich alle Delegierten, die hier versammelt sind, aber mein besonderer Gruß gilt den alten Veteranen unserer Partei, die es sich nicht haben nehmen lassen, trotz großer Schwierigkeiten sich hierher zu bemühen, um als Ehrengäste an unserer Tagung teilzunehmen. (Händeklatschen.)

Ich begrüße die alten Genossen Wilhelm Baganz, Alwin Brandes (Beifall), Otto Büchner, Rudolf Budde, Eugen Ernst (Beifall), Luise Kähler (Beifall), Anna Nemitz (Beifall), Paul Neumann, Elfriede Ryneck (Beifall), Georg Schöpflin, Georg Werner und Adolf Wuschick, alles Namen, Genossinnen und Genossen, die in unserer Bewegung aus langen Jahrzehnten einen guten Klang haben.

Wir haben uns versammelt zum bedeutsamen Tag. Wenn man das große Wort von einer geschichtlichen Stunde aussprechen darf, dann darf man es sicher für diese Tage aussprechen, die uns hier in Berlin versammelt haben. Es handelt sich nicht nur darum, über das Geschick der deutschen Arbeiterbewegung Entscheidungen zu treffen, sondern mit dem Geschick der deutschen Arbeiterbewegung bestimmen wir große Teile des deutschen Schicksals. (Händeklatschen.)

Vor einem Jahr, Genossinnen und Genossen, begann der große militärische Kampf um Berlin. Wir lebten hier im Bombenhagel der Flugzeuggeschwader, die Artillerie trommelte auf diese Stadt, die Menschen saßen in tiefster Verzweiflung in den Kellern, ratlos, und wußten nicht, was kommen soll, Not und Tod waren überall. Die Straßen waren ein Flammenmeer. Die furchtbaren Straßenkämpfe besäten die Straßen mit Leichen und Verwundeten. Aber langsam stieg auch dieses Berliner Volk wieder aus seinen Kellern heraus, rieb sich die Augen und trat ins neue Tageslicht.

Als der Kampfeslärm verschwunden war, konnten wir dank des Vertrauens der sowjetischen Besatzungsmacht am 17. Juni 1945 zur Gründung der Partei wieder übergehen. Nach langen Jahren heftigsten Kampfes, nach langen Jahren schwerster und brutalster Unterdrückung versammelten sich 1700 Berliner Funktionäre, unter denen sich 300 Genossinnen und Genossen aus dem Reich befanden, die aus den umliegenden Konzentrationslagern entlassen waren, und beschlossen die Wiedereinsetzung unserer Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Dieser Beschluß führte dazu, eine politische Initiative auszulösen, die uns gemeinsam mit unseren kommunistischen Freunden in den Stand setzte, die erste Wiederaufbauarbeit in Berlin und damit für Deutschland zu leisten. Je tiefer aber die Einsicht von dem Aufkommen und der Verbreiterung unserer Aufgaben bei uns wuchs, desto tiefer setzte sich auch in uns allen die Erkenntnis und der Wille fest, daß die Bewältigung dieser Aufgaben von uns höchste Leistungen verlangt, deren Lösung uns nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte möglich sei. Die Erkenntnis der notwendigen Einheit in unserer Arbeit setzte sich von Tag zu Tag mehr in uns durch. Die Konzentration unserer Kräfte schien uns allen eine Notwendigkeit, an der wir nicht vorbeigehen durften. Die Partei liebten und ehrten wir, aber wir waren uns dessen bewußt, daß wir auf den ungeheuren Trümmerhaufen Deutschlands nicht zuerst an die Partei denken durften, sondern an Deutschland und an das deutsche Volk. (Bravo und Händeklatschen.)

Die Partei ist uns darum niemals Selbstzweck gewesen, sondern sie war uns nur Mittel zum Zweck. Wir sahen unsere Aufgabe darin, durch dieses Instrument der Partei Initiative zu entwickeln, Freude und Begeisterung für die notwendigen Aufbauarbeiten auszulösen. Nun, Genossinnen und Genossen, wir brauchen uns selbst keine Lorbeeren zu flechten; wir wollen das auch nicht, weil unsere Verpflichtung zum Werk uns in menschliche Bescheidenheit drängt. Aber eines ist sicher: Wenn überhaupt aus diesem Chaos Deutschlands sich wieder Kräfte emporrangen, die die ersten Aufbauarbeiten einleiteten, dann waren es die Kommunisten und Sozialdemokraten. (Starker Beifall.) Wir standen vor einem Trümmerhaufen, dessen Beseitigung uns schier unmöglich erschien. Und dennoch haben wir das Werk begonnen! Wir haben es begonnen mit all den Schwierigkeiten, die aus diesem Chaos abzuleiten sind. Wir haben unverdrossen unsere Kärrnerarbeit geleistet, um überhaupt wieder einen Ansatz für den Aufbau unserer Lebensexistenz zu gewinnen. Und, Genossinnen und Genossen, wir haben ihn mit Hilfe

der Besatzungsmächte gefunden. Wir wissen heute, wenn der Verkehr wieder läuft, wenn die Trümmer bewegt werden, wenn die Wirtschaft wieder anfängt sich zu rühren, wenn die Schornsteine wieder rauchen, daß es letzten Endes unserer Initiative, unserer Arbeitsfreude und unserer inneren Verpflichtung zum Wiederaufbau zu danken ist. Wir wissen, daß große Aufgaben noch vor uns liegen, weit größere, als sie hinter uns liegen. Vieles ist getan, aber viel mehr muß noch getan werden. Und wer nur eine Ahnung von der Größe dieser Aufgabe hat, der muß mir zustimmen, daß diese Verhältnisse nicht zu meistern sind durch eine rückwärts gerichtete Phraseologie, wie sie uns aus dem Westen aus weiten Teilen entgegenströmt, sondern nur durch eine vorwärts gerichtete Initiative. Was heißt es, wenn man unsere Vereinigung dadurch glaubt verunglimpfen zu können, daß man davon spricht, wir seien die Blutspender der Kommunistischen Partei? Genossinnen und Genossen, so wenig wie wir die Blutspender der Kommunistischen Partei sind, so wenig ist die Kommunistische Partei der Blutspender für unsere Partei. Wir wollen Blutspender sein, Blutspender für Deutschland und für das deutsche Volk. (Beifall.) Und damit erhebt sich unsere Pflicht, und damit erhebt sich unsere Aufgabe weit über kleinliche Parteistreitigkeiten hinaus. Die Gegner dieser Einheit glauben alle an das wahre A und O der zukünftigen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir wissen, daß wir diesen Weg unbeirrt gehen müssen, und wir wissen auch, daß auf diesem Weg die Entwicklung mit uns geht. Erst gestern versammelte der Genosse Dr. Schumacher aus Hannover hier in Berlin wieder einen Kreis um sich, und ich frage Euch: Warum hat Dr. Schumacher seinen Weg nicht nach Berlin gefunden in jenen Monaten, in denen es galt, die Frage der Einheit der Arbeiterklasse und die Frage der Einheit Deutschlands zu klären? (Sehr wahr!) Jetzt, wo es gilt zu spalten, ist er bereits zum dritten Male in sechs Wochen hier. Und seine Erwartungen werden sicher durch die Entwicklung ihre richtige Antwort erfahren. Und wenn er gestern abend nach eindreiviertelstündigem Warten schließlich doch 40 seiner Schäfchen versammelt hatte (Lachen), so wurde in der Beratung durch einen der Redner festgestellt: „Ich glaube, daß wir in den nächsten Tagen darüber Klarheit haben werden, daß auch diejenigen, die schwer begreifen, wissen, daß es eine alte Sozialdemokratische Partei und einen kleinen Haufen gibt, der sich mit der Kommunistischen Partei vereinigt." — Der kleine Haufen sind wir. (Gelächter.) Aber die Erkenntnisse greifen auch dort um sich, denn dieser selbe Redner erklärte weiter folgendes: „Wir wollen nunmehr versuchen, daß wir schnellstens auch die Möglichkeit der Beeinflussung unserer Mitglieder haben. Vorläufig haben die anderen gewonnen. Sie haben den ‚Vorwärts' geschaffen. Allerdings muß ich sagen, daß sie nun tatsächlich die besseren Verbindungen haben. Der ‚Vorwärts' ist da. Der Neid muß es ihnen lassen, daß sie am ersten Tage ein Geschäft damit gemacht haben wie kaum eine andere Zeitung. Die Zeitung wurde den Händlern aus den Händen gerissen." (Beifall.) Ja, Genossinnen und Genossen, der Neid wird uns noch mehr lassen müssen. (Sehr

gut!) — Der Neid soll aber nicht Leitmotiv unseres Denkens und Handelns sein, sondern wir wissen es genau, daß auf der Gegenseite, der Oppositionsgruppe, die natürlichen Empfindungen des proletarischen Blutes die Entscheidungen zu treffen haben, und daß diese Entscheidung nur lauten kann: für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. (Bravo und Beifall.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, noch einen Blick nach rückwärts, in das Reich der Schatten, in das Reich des Todes.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir gedenken in Ehrung und Ehrfurcht all der vielen, vielen Genossen, die als Opfer des nazistischen Blutterrors von uns gegangen sind. Wir gedenken in tiefer Ehrfurcht aller jener Männer und Frauen, die die größten Leiden, das größte Opfer getragen haben, ihr Leben hingaben in der tiefen Erkenntnis, daß Einheit die einzige Brücke zum Leben der deutschen Arbeiterklasse sein könne. Jener Begriff, der für uns alle in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern in zwölf Jahren Selbstverständlichkeit war, darf im Andenken an alle diese teuren Toten niemals vergessen werden. Ich gedenke nur weniger mit Namen. Ich denke an die ermordeten Genossen Ernst Heilmann, Rudolf Hilferding, Johannes Lohmeier, Dr. Julius Moses, Johannes Stelling, Dr. Heinrich Jasper; ich gedenke einiger der Hingerichteten: Ernst von Harnack, Dr. Theodor Haubach, Dr. Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß, Carl Mierendorff, Professor Reichwein, Eduard Zachert; ich gedenke der in der Haft Verstorbenen und Gemordeten: Rudolf Breitscheid, Hermann Liebmann. Ich gedenke der in der Heimat Gestorbenen und derer, die aus Verzweiflung selbst Hand an sich legten, weil sie glaubten, die barbarischen Zustände der Hitler-Zeit nicht überleben zu können: Minna Bollmann, Clara Bohm-Schuch, Heinrich Fleißner, Julius Gehl, Alfred Henke, des Bergarbeiterführers Fritz Husemann, an Franz Künstler, an Richard Lepinski, an Toni Pfülff, an den Landarbeiterführer Georg Schmidt, an Max Westphal.

Ich gedenke derer, die in der Emigration fern von der Heimat verstorben sind: Hans Vogel, Otto Wels, Paul Jung und vieler und aller, die ich hier nicht mit Namen nennen kann. Ich gedenke aber auch Ernst Thälmanns, des Kommunisten-Führers, und aller anderen kommunistischen Freunde, die in gleicher Not und in gleichem Leid mit uns die Opfer trugen.

Ich danke Euch und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Und nun, Genossinnen und Genossen, den Blick auf die Arbeit. Wir müssen zunächst eine Feststellung machen: Ich stelle fest, daß dies hier der satzungsgemäß einberufene 40. ordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, und frage, ob sich gegen diese Feststellung ein Widerspruch erhebt. — Es ist nicht der Fall. — Somit wird die von mir gemachte Feststellung protokollarisch festgelegt werden.

Wir haben zunächst die Wahl der Leitung des Parteitages vorzunehmen. Wir schlagen vor, drei Vorsitzende für die Leitung des Parteitages zu wählen. Ich bitte

um Vorschläge! (Zuruf: Otto Grotewohl!) Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, zu Vorsitzenden des 40. Parteitages zu wählen den Genossen Max Fechner, den Genossen Erich W. Gniffke und als Vertreter des Bezirksverbandes Berlin den Genossen Karl Litke.

Genosse **Grotewohl** (fortfahrend): Ich bitte diejenigen, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß einstimmige Wahl erfolgt ist.

Nunmehr bitte ich den Genossen Fechner, die Leitung des Parteitages zu übernehmen. (Beifall.)

Genosse **Fechner**: Parteigenossinnen und -genossen! Ich darf namens meiner Kollegen, denen Sie eben mit mir das Vertrauen geschenkt haben, die Leitung des Parteitages zu übernehmen, unseren Dank abstatten.

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Grotewohl nannte unter den Toten auch die Genossen Otto Wels, Hans Vogel und Franz Künstler. Sie weilen nicht mehr unter uns. Aber, Genossen, ihr Geist weilt unter uns, und in ihrem Geiste wollen wir auch unsere Arbeit auf dem Parteitag erledigen. Otto Wels, Hans Vogel und Franz Künstler würden sicherlich heute an dieser Stelle stehen, an dem Platze, den wir nun einnehmen dürfen.

Genossinnen und Genossen! Parteitage sind Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß von 1863 bis 1875 ebenfalls zwei Parteien getrennt marschiert sind, daß aber 1875 die Vereinigung vollzogen wurde. Und als ich heute mit meinem alten Freunde Schöpflin hierher kam, da kam mir der Gedanke an die Auseinandersetzungen jener Zeit, als man August Bebel den Vorwurf machte, daß er die Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei, wie sie sich nannte, spalten würde. August Bebel hat geantwortet: „Ich spalte nicht die Partei, sondern ich einige die Arbeiterbewegung." Und, Genossinnen und Genossen, das ist die große Aufgabe, die nach den vielen Nächten der Finsternis auch uns wieder zufällt. Ich sagte, Parteitage sind Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen: 1875 die Vereinigung Erfurt, 1891 ein Programm, das zum großen Teil wieder von uns übernommen werden soll. Dresden 1903 der große Kampf August Bebels gegen den Revisionismus, 1919 die Auseinandersetzung über die Stellung der Partei zur Republik, und weiter Leipzig 1932 die große Auseinandersetzung über den Faschismus. Sie hat leider nichts mehr genutzt.

Und daraus, Genossinnen und Genossen, haben wir die Schlußfolgerung zu ziehen, und die soll jetzt gezogen werden. Und so wird der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei unter dem Motto stehen: „Die Einheit der Arbeiterklasse!" (Bravo und Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Ich bitte, nun zu bezeugen oder damit einverstanden zu sein, daß das Büro sich ergänzt durch drei Schriftführer, und ich bitte, wenn sich kein Widerspruch dagegen erhebt, um Vorschläge dafür.

Genosse Buchwitz, bitte!

Genosse **Buchwitz**: Ich schlage vor die Genossin Annemarie Pröschel-Halle, den Genossen Richard Engelmann-Chemnitz und den Genossen Ernst Tschickert-Provinz Brandenburg.

Genosse **Fechner**: Erhebt sich Widerspruch gegen die drei vorgeschlagenen Genossen? — Das ist nicht der Fall! Dann bitte ich diese Genossen, den Platz hier oben einzunehmen.

Ich habe weiter vorzuschlagen namens der Leitung, daß wir das Präsidium des Parteitages erweitern durch die Zentralausschuß-Mitglieder Otto Grotewohl, August Karsten, Otto Meier, Helmut Lehmann, Käthe Kern, Richard Weimann, Bernhard Göring, Toni Wohlgemuth, Hermann Harnisch und als Vertreter der Bezirke Friedrich Ebert-Brandenburg, Max Rausch, Land Sachsen, Bruno Böttge, Provinz Sachsen, Heinrich Hoffmann, Thüringen, Alfred Starossen, Mecklenburg-Pommern, und als Vertreter aus dem Westen Wilhelm Buch-Bayern, und Ernst Heilmann-Kiel. (Beifall.)

Ich sehe aus Ihrem Beifall, daß Sie dagegen keinen Einspruch einlegen.

Außerdem, Genossen, machen wir den Vorschlag, aus den Reihen unserer Parteiveteranen Eugen Ernst, Anna Nemitz, Elfriede Ryneck, Georg Schöpflin und Otto Büchner ins Präsidium zu berufen. (Beifall.)

Ich darf auch hier Ihren Beifall als Zustimmung annehmen. — Oder erhebt sich Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich auch diese Genossen, ihre Plätze einzunehmen.

Der Genosse Grotewohl hat mehrere Ehrengäste begrüßt, und diese haben den Wunsch, einige Worte an den Parteitag zu richten.

Ich habe den Auftrag, Genossinnen und Genossen, Euch die Grüße der Berliner Parteiorganisation zu übermitteln. Die Berliner Parteiorganisation, die am letzten Sonntag, man muß sagen nach vorangegangenen schweren Kämpfen und Auseinandersetzungen, einstimmig die Vereinigung beschlossen hat. (Händeklatschen.) Diese Veranstaltung am vorigen Sonntag stand unter der Leitung unseres Zentralausschußmitgliedes, des Genossen Harnisch, der seinerzeit auf unseren Vorschlag die Parteiführung in Berlin übernommen hatte, da statutenmäßig auch der Zentralausschuß die Leitung der Berliner Organisation übertragen bekam.

Genossen, wir sind dem Genossen Harnisch zu Dank verpflichtet, daß er diesen Auftrag in so glänzender Art gelöst hat, daß er die Parteiorganisation, ich glaube, auch bald ganz geschlossen in die Einigungspartei herüberführen wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn auch zur Zeit noch einige Zweifelnde, vielleicht auch Unbelehrbare dasein mögen, eines Tages werden auch sie mitgerissen sein von der Begeisterung um die Lösung der Einheitsfrage. Ich sage, Dank gebührt dem Genossen Harnisch wie auch den anderen Berliner Funktionären dafür.

Und nunmehr bitte ich als Vertreter des Magistrats den Stellvertretenden Bürgermeister, unseren Genossen Orlopp, das Wort zu nehmen.

Genosse **Orlopp** (freudig begrüßt): Meine Herren Offiziere der alliierten Besatzungsmächte, Genossinnen und Genossen! Im Namen des Magistrats der Stadt

Berlin heiße ich Sie in unserer Stadt herzlich willkommen und wünsche dieser Tagung den besten Erfolg. Zwischen Ruinen und Trümmern wird der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei tagen als größtes geschichtliches Ereignis der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Die Einigkeit der beiden Arbeiterparteien ist auch eine Voraussetzung von ausschlaggebender Bedeutung für die kommunale Politik der deutschen Städte überhaupt. Als wir in Berlin nach dem Zusammenbruch des Nazismus die Leitung der Stadt, in Brand und Rauchwolken gehüllt, übernahmen, war die Stadt ohne Lebensmittel, ohne Verkehrsmittel, ohne Wasser, ohne Gas und ohne Energie. Es war für uns wirklich keine verlockende Aufgabe, diese Arbeit zu übernehmen, da diesmal im Gegensatz zu 1918 keinerlei Auffangorganisationen zur Verfügung standen, sondern wir waren in den ersten Tagen und Wochen vollkommen auf uns selbst gestellt. Monatelang arbeiteten Arbeiter und Angestellte oft ohne Lohn und Gehalt und gaben ihr Bestes, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. Häufig waren wir uns darüber im Zweifel, ob wir überhaupt jemals wieder in der Lage sein würden, aus Berlin das zu machen, was es war. Ja, wir waren häufig im Zweifel in den ersten Wochen, ob es überhaupt möglich wäre, die 3 ½ Millionen Bevölkerung aus diesem Chaos lebend hindurchzubringen. Dabei muß festgestellt werden, daß die Einwohner unserer Stadt ohne die Hilfe der Roten Armee in den Maitagen verhungert wären. Wir waren von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Alle Eisenbahnverbindungen um Berlin und alle Brücken um Berlin waren durch Kampfhandlungen zerstört. Die aufopferungsvollste Arbeit aller aktiven Antifaschisten in den Mai- und Junitagen des Jahres 1945 und die selbstlose Zurverfügungstellung der Arbeit der Roten Armee wird für alle Zeit ehrend in der Geschichte Berlins festgehalten werden.

In der Vergangenheit hat sich die Uneinigkeit der Arbeiterschaft in der kommunalen Politik besonders nachteilig ausgewirkt. Zur Freude der Reaktion zerfleischten sich in den Jahren nach 1918 in Tausenden von kommunalen Parlamenten die beiden Arbeiterparteien. Eine Arbeiterpartei ging in Koalition mit den bürgerlichen Parteien und zwang so die andere Arbeiterpartei in Opposition, die zur weiteren Zerfleischung der Arbeiterschaft beitragen mußte. So war es auch in Berlin zum Schaden aller schaffenden Menschen. Der Unheil stiftende Bruderstreit soll durch diese Tagung sein Ende finden. Die Vertreter der Kommunisten und der Sozialdemokratischen Partei haben mit dem Berliner Magistrat vom ersten Tage nach dem Zusammenbruch des Nazisystems brüderlich zusammengearbeitet, und ich darf sagen: mit gutem Erfolg. In Berlin pulsiert jetzt wieder Leben, Handel und Wandel ist in Gang, der Verkehr rollt wieder, die Versorgungsbetriebe sind voll in Betrieb, das Handwerk hat beste Leistungen aufzuweisen. Krankenhäuser, Schulen und rund 50 000 Wohnungen sind wiederhergestellt worden. Aber Unendliches bleibt noch zu tun. Der kommunalen Tätigkeit sind für die kommenden Monate und Jahre Probleme gestellt, die eine Zusammenfassung und Ausrichtung aller Kräfte dringend erforderlich machen. Diese

Aufgaben sind: Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Massen an Wohnung, Kleidung und Heizung, Wiederaufbau unserer fast zu Tode getroffenen Wirtschaft unter Kontrolle und Mitarbeit der kommunalen Verwaltung, beschleunigte Wiederherstellung und Ausbau sämtlicher Verkehrsmittel. Die Beschaffung der Rohstoffe ist zur Zeit das dringendste Gebot der Stunde. Gelingt es uns nicht, in einigen Wochen und Monaten diesen Engpaß zu beseitigen, dann steht alles bis jetzt Erreichte in neuer Gefahr. Neuaufbau des Geldwesens und der kommunalen Kredite für Handel und Gewerbe, Vereinfachung des kommunalen Steuerwesens unter stärkster Berücksichtigung des wirtschaftlich Schwachen, volkstümlicher Kulturaufbau, Erziehung der Jugend zum sozialistisch-demokratischen Denken, Förderung des genossenschaftlichen Siedlungswesens und des Genossenschaftsgedankens überhaupt, Übernahme aller lebenswichtigen Betriebe in die Hand der Gemeinde und vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle bei den kommunalen Betrieben und Verwaltungen tätigen Arbeiter und Angestellten werden weitere Aufgaben unserer Arbeit in den nächsten Monaten und Jahren sein. Es ist also noch eine große Aufbauarbeit, die geleistet werden muß, um auch Berlin wieder zu Deutschlands Hauptstadt zu machen und den zurückkehrenden Kriegsgefangenen wieder Arbeit und Brot in ihrer Vaterstadt zu geben. Die Einigkeit der beiden Arbeiterparteien wird uns allen die notwendige Sicherheit geben, um diese von mir kurz skizzierten schweren Aufgaben durchzuführen. Von diesem Geiste beseelt, fruchtbare Arbeit zu leisten, dem ganzen Volke zu dienen, möge auch diese Tagung getragen sein zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. In diesem Sinne heißt Deutschlands Hauptstadt Berlin alle Delegierten herzlich willkommen und wünscht dieser Tagung den besten Erfolg. (Starker Beifall.)

Genosse **Fechner**: Als Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht der Genosse Bernhard Göring.

Genosse **Göring** (mit Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Es gereicht mir zu einer ganz besonderen Freude, die Delegierten des 40. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei begrüßen zu dürfen und ihnen die Grüße des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu übermitteln. Dieser Parteitag und der daran anschließende gemeinsame Parteitag beider Arbeiterparteien wird eine für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands historische Entscheidung zu treffen haben. Für die Zukunft werden nach dem Willen von Millionen deutscher Arbeiter die Interessen der Werktätigen durch eine einheitliche sozialistische Arbeiterbewegung vertreten werden. Damit wird ein politisches Kraftfeld geschaffen, das Gewähr bietet, daß die vor den Werktätigen Deutschlands stehenden gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaus im Sinne des demokratischen Fortschritts und der Sicherung der Grundsätze der Freiheit gemeistert werden können. Die Delegierten dieser Parteitage sind sich bewußt, daß sie eine der bedeutendsten Entscheidungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu treffen haben. Sie tragen nicht nur die Verantwortung gegenüber der Sozialdemokra-

tischen Partei oder der Kommunistischen Partei, sondern ihre Entscheidung wird die Lage der deutschen Werktätigen für die Zukunft grundsätzlich beeinflussen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird die Arbeiterpartei sein, die in ihre Grundsätze die Lehre von Marx und Engels, die Auffassung von der geistigen Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus über Lenin zu Stalin in die Dynamik der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft stellt. Aus den inneren Kräften der sozialdemokratischen Bewegung, aus den inneren Kräften der kommunistischen Bewegung Deutschlands wird sich die Synthese dieses Prozesses vollziehen. Die politische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist auch für die freien Gewerkschaften Deutschlands von allergrößter Bedeutung. In einer Periode des Umbaus der Wirtschaft im Weltmaßstab, die eine Neuordnung der Gesellschaft zur Folge haben wird, werden die neuen Gewerkschaften als Träger der Massenorganisation der Werktätigen verpflichtet sein, an den Voraussetzungen mitzuarbeiten, die am Ende der Entwicklung die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft ermöglichen. Dieser Umwandlungsprozeß kann längere oder kürzere Zeit dauern. Während seiner Dauer aber werden zweifellos die in der Gesellschaft und im Staat vorhandenen Kräfte aufeinander und gegeneinander wirken. Die freien Gewerkschaften sind deshalb gezwungen, in dieser Phase der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in stärkerem Maße, als das früher der Fall war, auch politischer Willensträger zu sein. Gewiß steht für die Gewerkschaften an erster Stelle die Verpflichtung, den deutschen Arbeitern das Recht auf Arbeit, auf auskömmliche Löhne und Gehälter, den Schutz der Arbeitskraft, die Sicherungen in allen Wechselfällen des Lebens und die maßgebliche Mitwirkung in der Wirtschaft zu gewährleisten. In diesen schon vor 1933 aufgestellten Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung erschöpft sich jedoch die Aufgabenstellung der neuen freien Gewerkschaften nicht. Dieser Rahmen alter Gewerkschaftsarbeit darf und muß heute als gesprengt betrachtet werden. Der politische Wille des gesamten Volkes konzentriert sich in den politischen Parteien. Aber nicht nur bei diesen, auch in der Gewerkschaftsbewegung. So werden die Gewerkschaften für die Zukunft zur Durchsetzung ihrer Forderungen, zur Verstärkung ihres Einflusses in dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Zusammenarbeit mit den politischen Parteien bedürfen. Diese Zusammenarbeit mit den politischen Parteien wird sich um so intensiver gestalten, je wesensverwandter Parteien und Gewerkschaften sind. Gewiß, die freien Gewerkschaften unterscheiden sich in bezug auf ihre Mitgliedschaften von den politischen Parteien. Mitglied der freien Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und Angestellte werden ohne Unterschied seiner parteipolitischen Zugehörigkeit. Damit nehmen die Gewerkschaften zu der politischen Haltung des einzelnen Mitgliedes eine neutrale Haltung ein. Das, Genossinnen und Genossen, bedeutet aber nicht, daß sie die grundsätzlichen Zusammenhänge ihrer Bewegung mit der großen politischen Bewegung der Arbeiterklasse dabei verkennen. (Bravo!) Die Gewerkschaften von

heute werden bei den von mir kurz skizzierten auch politischen Aufgaben nicht in einem luftleeren Raum arbeiten können. Sie benötigen die Zusammenarbeit mit einer großen, starken sozialistischen Partei. (Bravorufe und Händeklatschen.)

So sind die Gewerkschaften daran interessiert, daß eine solche starke politische Bewegung der Arbeiterklasse Staat und Gesellschaft führt. In der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sehen sie den stärksten Willensträger der künftigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens.

Genossinnen und Genossen! In diesen Tagen, in diesen Osterfeiertagen des Jahres 1946 werden Millionen Gewerkschaftler, die bereits praktische Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands leisten, ihren Blick auf diesen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, ihren Blick auf den ersten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands richten. Die Beschlüsse dieses Parteitages, beider Parteitage, sie werden die Arbeiter der Betriebe, die Männer der Faust und des Geistes in ihrer schweren Arbeit stärken und zuversichtlich stimmen. In diesem Sinne begrüße ich als Beauftragter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes von ganzem Herzen den heutigen 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, begrüßen wir von ganzem Herzen die kommende Sozialistische Einheitspartei. In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, wünschen wir Eurer Beratung hier den besten Erfolg. (Beifall.)

Genosse **Fechner:** Es sollte nunmehr der Genosse Dahlem von der KPD zur Begrüßung das Wort nehmen. Er ist zur Zeit noch verhindert durch den Kommunistischen Parteitag. Ich schlage vor, daß er dann bei seinem Erscheinen das Wort bekommt, und bitte nunmehr, kurze Worte entgegenzunehmen von den Bezirksvertretern des Westens. (Bravo!)

Es hat zuerst der Genosse Hauser-Frankfurt/M. das Wort. Es folgt dann Genossin Schaar-Heidelberg, Genosse Braun-Hildesheim, Genosse Berner-Hamburg, Genosse Spiegelmacher-Aachen, Genosse Hufe-Braunschweig und Heilmann-Kiel, Genosse Sorhage-Dortmund.

Der Genosse Hauser hat das Wort.

Genosse **Hauser:** Liebe Parteifreunde, Euer Beifall freut uns Delegierte aus dem Westen außerordentlich, und ebenso freuen wir uns wie Sie, daß wir endlich nach vielen Jahren der Trennung wieder gegenseitig uns begrüßen dürfen.

Wir sind nun leider verhindert, hier hochpolitische Erklärungen abzugeben. Das ist auch gar nicht der Zweck. Ich bin von meinen Freunden beauftragt, eine Erklärung zu verlesen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die klassenbewußten Sozialdemokraten der westlichen Gebiete Deutschlands, die sich nicht nur als Glied irgendeines Ortsvereins oder einer Landesorganisation fühlen, sondern in erster Linie als Zugehörige der Gesamtpartei Deutschlands, verfolgen mit tiefstem Bedauern die seit Monaten fortschreitenden Bestrebungen einzelner zur Zeit führender Genossen aus dem Westen, die von jedem Sozialisten ersehnte Einigung der beiden Arbeiterparteien zu verhindern. Wichtigste Forderungen und Aufgaben der Werktätigen wurden durch diese rückschrittliche und

Kräfte verzehrende Arbeit vernachlässigt. Die Einigungsgegner übersehen nicht nur die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, sondern auch die bereits deutlich erkennbaren Ansätze der innerdeutschen Reaktion, die ebenfalls mit unbedenklichsten Mitteln die gefürchtete Einheit der Sozialisten zu hintertreiben versucht; und auf sogenannten Zonenkonferenzen, die bisher durchweg einseitig und keineswegs demokratisch zusammengesetzt waren (hört, hört!), lassen die führenden Einigungsgegner Beschlüsse fassen, die den Unwillen der breiten Mitgliedschaft erregen.

Die Referenten auf diesen Konferenzen legten die wahren Zusammenhänge größtenteils irrig dar und scheuten sich nicht, die peinlichsten Verdächtigungen gegen den Berliner Zentralausschuß der SPD und die kommunistische Bruderpartei auszusprechen. Mit allen Mitteln wollen die führenden Einigungsgegner verhindern, daß sich die Sozialdemokraten des Westens über die wahren Zusammenhänge unterrichten. Dieser Absicht entsprach auch der Beschluß der Offenbacher Funktionärkonferenz der SP, wonach die an dem Parteitag teilnehmenden SPD-Genossen automatisch ihren Austritt aus der Partei erklären würden. (Hört, hört!) Dieser beispiellose und undemokratische Beschluß, der sehr an verflossene Methoden erinnert, hat weder eine statutenmäßige Grundlage noch eine rechtliche Bedeutung, was sogar durch die neue Parteiverordnung der zuständigen Besatzungsarmee erhärtet wurde. Es ist nicht das erste Mal, daß sich führende SP-Leute des Westens von außen her auf den richtigen Weg verweisen lassen mußten. Überall macht sich eine zunehmende Unsicherheit und eine völlig unklare sozialistische Zielsetzung bemerkbar. Das höchste Ziel des derzeitigen Führers der SP Hessen ist, die SP zum Zünglein an der Waage werden zu lassen. Die Tatsache, daß der sogenannte Beauftragte der SPD für die Westzone und die von ihm abhängigen Landespräsidenten der SP den Zentralausschuß nicht anerkennen, ist für die Mitglieder der SPD ohne rechtliche und bindende Bedeutung. Der Arbeiterschaft sind die Grundeinstellung aller Genossen des Zentralausschusses sowohl hinsichtlich ihrer sozialistischen Einstellung als auch ihre antifaschistische Tätigkeit während der Nazizeit viel bekannter als die Einheitsgegner der westlichen Zone, deren Mandate sehr umstritten sind.

An dieser Stelle sei den amerikanischen und russischen Besatzungsbehörden Dank dafür ausgesprochen, daß sie unter Hochhaltung der demokratischen Grundrechte die Reisegenehmigung erteilt haben. (Bravo! Händeklatschen.)

Die Mehrheit der westlichen Sozialdemokraten steht freudigen Herzens auf dem Boden der sozialistischen Einheit. Aus den Betrieben und Verwaltungen werden laufend Stimmen und Forderungen nach Unterbindung des bereits beginnenden Bruderkampfes laut. Dem Wegbereiter der Einigung, dem Zentralausschuß, wird größtes Vertrauen entgegengebracht. Die Genossen begrüßen das Zustandekommen des Parteitages und empfinden mit Genugtuung, daß es einigen Einheitsfreunden trotz aller Widerstände ermöglicht wurde, an dem geschichtlichen Einigungsparteitag teilzunehmen. Wenn wir auch nicht als ordentliche Delegierte auftreten

können, so soll unsere Anwesenheit dennoch beweisen, daß wir die Einheit der Sozialisten höherstellen als den föderalistischen Parteiegoismus. In diesem Sinne entbieten wir dem Parteitag unsere brüderlichen Grüße, und wir wünschen dem Parteitag im Interesse der sozialistischen Einheit und der Völkerverständigung vollen Erfolg." (Starker Beifall.)

Genosse Fechner: Es spricht nun Genossin Schaar-Heidelberg; ihr folgt dann Genosse Braun-Hildesheim.

Genossin Schaar-Heidelberg: Genossen und Genossinnen! Es ist eine wunderbare und festliche Stunde, in der wir Euch hier zum Reichsparteitag begrüßen dürfen im Namen der Arbeiterschaft von Baden. Wir sind mit großen Schwierigkeiten zu Euch gekommen, aber wir sind gern gekommen. Wir sind getragen von der hohen Mission, Zeugnis abzulegen dafür, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei in Baden nicht den Willen der Arbeiterschaft ausdrückt. Die sozialdemokratische Führung des Westens hat unter dem Diktat von Schumacher einen gefährlichen Weg eingeschlagen.

Wir alle, die für die Einheit drüben eintreten, stehen unter einem schweren Druck. Unsere Genossen, die in prominenten Stellungen sitzen, leiden sogar unter beruflichem Boykott. (Hört, hört!) Jawohl, Genossen! Und trotzdem, wir als Hand- und Kopfarbeiter, die in den deutschen Betrieben zusammenstehen, kennen unsere Pflicht. Wir wissen, dies ist der Augenblick, in dem es für jeden von uns heißt: Entscheide dich und verantworte, was du tust!

Die Arbeiterschaft weiß, daß der politische und wirtschaftliche Aufbau unseres Landes abhängig ist von der Schaffung einer einheitlichen und aktiven Parteiformation. Wir aus Baden fordern ebenfalls den sofortigen Zusammenschluß mit der sozialistischen Bruderpartei, wenn notwendig, auch unter Beiseiteschiebung der Führerschaft. (Beifall.) Wir werden auch über unsere Führerschaft hinweggehen und uns mit Euch vereinigen. (Bravo! Beifall.)

Wir haben bereits in verschiedenen Bezirken Einheitsgruppen oder stehen kurz vor der Einigung. Wir haben z. B. im Wahlbezirk Moosbach bereits die sozialistische Vereinigung, die schon seit November lizensiert ist.

Genossen! Wir können es gar nicht laut und deutlich genug aussprechen: Wir leben seit dreißig Jahren in einer Spaltung. Wir wollen sie beendet sehen — wir wollen es! In diesem Augenblick, in dem sich die Sozialistische Einheitspartei stabilisiert, hat die Spaltung für uns aufgehört zu existieren. Es ist zum Sammeln gerufen worden um die Fahne des sozialistischen Programms, wie es Karl Marx in unsere Hand gelegt hat. Wer den Sozialismus will, ist heute bei uns und mit uns, und der Rest, der draußen bleibt, mag sich statt Sozialisten Demokraten nennen.

Genossen! Wir erklären feierlich, daß jeder einzelne von uns seine Kraft einsetzen wird zum Kampf gegen die Reaktion, für die proletarische Einheit und damit zur Verwirklichung des Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Genosse **Fechner**: Das Wort hat der Genosse Braun-Hildesheim. Ihm folgt Genosse Berner-Hamburg.

Genosse **Braun-Hildesheim** (lebhaft begrüßt): Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der hier anwesenden Genossen des Bezirks Hannover-Braunschweig möchte ich die allerherzlichsten Grüße überbringen, getragen von dem heißen Wunsch, daß die Gestaltung der sozialistischen Einheit, die sich in diesen Tagen hier vollziehen wird, als Auftakt zu einer ungeahnten Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterklasse sich auswirken möge. Das Ergebnis des Ringens um die neuen Formen unseres politischen Seins muß der Niederschlag einer geschichtlichen Auswertung der Vergangenheit sein, und wir haben darüber zu wachen, daß die Partei niemals wieder zum Selbstzweck wird, sondern nur Mittel zum Zweck. Und dieser Zweck, Genossen, heißt: Sozialismus!

Heute weilen wir unter Ihnen als Gäste. Wir kommen aus einer Zone, wo wir nur unter besonderen Schwierigkeiten die Frage der Einheit aufrollen können. Und trotzdem verfolgen in dieser Stunde unzählige der Genossen in unserer Heimat das größte geschichtliche Ereignis der deutschen Arbeiterklasse, in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft. Und wenn wir nach Abschluß dieser Tagung wieder zurückkehren an unsere Arbeit, dann werden wir in unserer Zone die Voraussetzung schaffen, daß wir auf dem nächsten Parteitag der sozialistischen Einheit aus dem Westen nicht mehr als Gäste, sondern als die gewählten Delegierten der Großorganisation aller Sozialisten vertreten sein werden. (Bravo und stürmisches Händeklatschen.) Wir kehren aber auch zurück mit dem fanatischen Willen, im Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse die Form zu finden, mit deren Hilfe wir das neue demokratisch-sozialistische Deutschland aufbauen. (Bravo und Händeklatschen.)

Genosse **Fechner**: Es spricht Genosse Berner-Hamburg. Ihm folgt Genosse Spiegelmacher-Aachen.

Genosse **Berner-Hamburg** (mit Beifall begrüßt): Die dringende Notwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterschaft hat mich und viele andere Genossen aus Hamburg bewogen, hierher nach Berlin zu kommen, um den Einheitsparteitag zu erleben. Trotz aller Schikanen und eventuellen Parteiausschlusses fühlen wir uns verpflichtet, unsere Verbundenheit mit den Genossen der Ostzone vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen. (Bravo! Händeklatschen.) Wir wissen ganz genau, daß nur die Einheit der Arbeiterschaft ein Garant dafür ist, die Fehler, die nach 1918 gemacht wurden, nie zu wiederholen! Stellt Euch bitte vor, man hätte das schon vor zwanzig Jahren erkannt, was uns und der Welt so erspart geblieben wäre. (Sehr richtig!) Wir sehen es gerade bei uns in Hamburg, daß die Reaktion noch lange nicht geschlagen ist. Genau wie 1919 kommen jetzt die Faschisten wieder ganz offen aus ihren Mauselöchern heraus. Genossen, glaubt ja nicht, daß wir in der westlichen Zone demokratische Verhältnisse haben, wie Ihr es Euch hier wahrscheinlich immer vorstellt. Im Gegenteil, wir haben dort eine Diktatur des Kapitals, wie Ihr sie Euch gar nicht schlimmer

vorstellen könnt. (Hört, hört!) Seid gewiß, Genossen, daß wir nun im Westen alle Kräfte der Einheit sammeln, um mit aller Energie und Kraft auch bei uns die heiß ersehnte Einheit zu schaffen. Wir wissen heute schon, daß nicht Schumacher und Konsorten, sondern daß nur die Politik der Einheit vor der Geschichte der Arbeiterklasse bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Fechner:** Es spricht der Genosse Spiegelmacher-Aachen. Ihm folgt Genosse Sorhage-Dortmund.

Genosse **Spiegelmacher-Aachen:** Genossinnen und Genossen! Wenn wir aus dem äußersten Westen des Reiches zu Euch geeilt sind, so sind wir in dem wahrhaften Bewußtsein gekommen als Blutspender, aber nicht als Blutspender für die KPD, wie unser Zonenhäuptling meint, sondern als Blutspender am siechen Körper Deutschlands. Wir wollen gemeinsam mit den Kameraden der KPD wieder mal Blut spenden, um Deutschland aufzurichten und eine Wirtschaft sozialistischer Struktur zu bilden. Wenn im Westen unseres Reiches sich schon wieder Separatismus und der Zonenseparatismus breitmachen, dann ist es vor allen Dingen ein Verschulden unserer Langschläfer, die auch heute wieder die Stunde verschlafen wollen. Wir bedauern es vor allen Dingen als Delegierte des Westens, daß wir Ihnen nicht die Grüße aller übermitteln können, sondern nur derjenigen, die uns momentan gleichgesinnt sind. Aber wir hoffen, beim nächsten Mal diese Grüße vertausendfachen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Leider hat sich in unserem Gebiet der wirtschaftliche Aufbau genau so schlecht vollzogen wie im Westen der Parteiaufbau. Ich bedauere, das sagen zu müssen. Es ist tatsächlich so. Ich kann versichern, daß wir in der Gewerkschaftsarbeit eine sehr gute Einheit haben und wir auch hoffen, zu einer Einheit der politischen Parteien zu kommen. Wir betrachten nicht das Rheinland oder irgendeine andere Zone als diejenige Zone, die entscheidend ist, sondern wir betrachten uns nach wie vor als Deutsche, die eine Hauptstadt Berlin haben. (Lebhafter Beifall.) Wir lehnen konsequent jede Zonenpolitik ab. Wir sind auch keine Pessimisten. Wir sind hergekommen als sozialistische Optimisten, um unser Wort einzulösen, das wir uns gaben hinter Gittern und Stacheldraht: Vereint zu arbeiten und vereint zu siegen! (Bravo! Händeklatschen.)

Genosse **Fechner:** Es spricht Genosse Sorhage-Dortmund; ihm folgt dann Ernst Heilmann-Kiel.

Genosse **Sorhage** (mit Beifall empfangen): Verehrte Genossinnen und Genossen! Wenn ich von meinen Freunden des Ruhrgebietes als ihr Sprecher bestimmt wurde, dann ist das für mich insofern eine besondere Ehre, als es mir, persönlich gesehen, vergönnt war, auch den letzten Parteitag im Jahre 1931 unserer Partei als Gast mitzuerleben und jetzt wiederum die Ehre haben darf, diesem Parteitag die Begrüßung des Ruhrgebietes zu übermitteln, des Gebietes, das in der gegenwärtigen Situation ein in der politischen Bewertung scharf umbrandetes Gebiet ist, ein Gebiet, das so bedeutsam ist für uns Deutsche. Denn ich berufe mich jetzt in diesem Moment darauf, daß wir auch letzten Endes Deutsche

sind, die ein Recht haben, zu leben (Beifall), auch trotz des verlorenen Krieges, der ohne unseren Willen, ohne unsere Schuld geführt wurde. Das haben wir eindeutig festzustellen entgegen den Behauptungen, die immer wieder summarisch das ganze deutsche Volk als schuldig erklären wollen. (Bravo! Sehr richtig! Händeklatschen!)

Und wenn ich in diesem Sinne darauf hinweise, daß wir das größte Interesse daran haben, daß das Ruhrgebiet ein deutsches Gebiet bleibt darum, weil es die Voraussetzung dafür ist, daß das deutsche Volk überhaupt noch lebensfähig bleibt (anhaltender Beifall unterbricht den Redner), weil wir neben der Tatsache, daß wir als Sozialisten gewillt sind, Deutschland wieder aufzubauen, auch daran denken, daß wir unsere Arbeit nicht nur für uns leisten, sondern für das gesamte deutsche Volk. (Beifall.)

In diesem Sinne, meine verehrten Genossinnen und Genossen, begrüße ich Sie als Vertreter dieses Gebietes, das in der Zukunft noch einen sehr schwierigen Kampf zu führen haben wird, insbesondere darum, weil wir leider noch mit einer Reihe Genossen einen Kampf führen müssen, die in unverständlicher Weise die Zeichen der Zeit glauben nicht erkennen zu können und es mit unverständlichen Begründungen als nicht zeitgemäß ablehnen, jetzt eine unbedingt notwendige Einigung der sozialistischen Massen durchführen zu müssen, und die sich immer wieder darauf berufen — ich erinnere nur an das Wort „Blutspender", das Genosse Schumacher zum geflügelten Wort gemacht hat —, daß es das Ehrgefühl nicht zulasse, jetzt eine Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei zu vollziehen. Man solle doch lieber erst einmal eine Kraftprobe bei einer Wahl vorangehen lassen. Damit sind eindeutig durch diese Genossen Worte zum Ausdruck gebracht, daß man nicht im primären Sinne erst einmal an die notwendige Idee der Verschmelzung, der Zusammenschweißung der sozialistischen Massen denkt, die in langen Jahren durch die Zersplitterung nur Mißerfolg über Mißerfolg ernten konnten, sondern sie denken immer nur in solchen Momenten daran, daß ihr parteiisches Prestige vor allen Dingen gewahrt bleiben müsse, selbst wenn man dafür die Einheits- und Zukunftsideale der sozialistischen Bewegung opfern muß. (Sehr richtig!) Daß wir das nicht haben machen können, Genossen, das ist klar für uns, die wir vom ersten Tage an die Einheit erstrebt haben. Ich habe vom ersten Tage an wie alle meine Genossen dafür gearbeitet. Als wir dafür eintraten, haben wir das nur mit der Absicht getan, zu arbeiten, daß die sozialistischen Massen in kürzester Frist zusammengebracht wurden.

Und wenn wir in diesem Sinne Sie begrüßen und uns freuen, an dieser Tagung teilnehmen zu können und desgleichen auch in den Ostertagen an der geeinten Tagung der Kommunisten und unserer Partei, dann freut es uns besonders deswegen, weil es unsere Absicht ist, in allerkürzester Frist, so schnell es denkbar ist, Ihnen zu folgen. (Händeklatschen.)

Wenn ich allerdings den Optimismus etwas abdämpfen muß mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die wir in der Westzone noch auszufechten und zu über-

winden haben, dann darum, weil ich schon auf einige Momente hinwies. Ich weiß nicht, wenn wir zurückkommen, ob wir nicht mit einem aus dem Nazismus etwa übriggebliebenen autoritären Bestimmungsgefühl einiger prominenter Genossen zu rechnen haben werden, die dann glauben, das Recht zu haben, uns deswegen ausschließen zu dürfen, weil wir Parteischädlinge seien. Genossen, daß wir das nicht so geduldig hinnehmen werden, darauf können Sie sich verlassen, denn ich bin und bleibe das, was ich immer gewesen bin: ein unentwegter und unerbittlicher Kämpfer für die sozialistische Idee. (Bravo! Händeklatschen.) Ich werde, wie schon vom Genossen Grotewohl in seiner Einleitungsrede gesagt wurde, auch weiterhin die gesamte Parteibewegung ebenso als das notwendige Übel ansehen und erkennen als das, was eben lediglich als Instrument gebraucht werden muß, um den Sozialismus zu erringen. Es ist nicht unsere Absicht, eine Partei großzuziehen, die persönliche Belange deckt und befriedigt und die dafür sorgt, daß eine Reihe von Genossen ihr persönliches Prestige unter Druck gesetzt bekommt. Ich habe insbesondere die Beobachtung gemacht, und darauf möchte ich auch besonders hinweisen, daß eine ganze Reihe prominenter Genossen, mit denen ich über die Dinge gesprochen habe, selbst schon Bedenken haben; die aber doch immer wieder noch das Bauchgrimmen haben über die Frage: Ist es denn nun wirklich notwendig, sich mit den Kommunisten zu verschmelzen, von denen man noch eine so üble Erinnerung hat und die man glaubt, immer noch weiter tragen zu müssen?

Wenn wir in Zukunft diese Genossen belehren werden, dann dürfen Sie sich darauf verlassen, daß ich die Hoffnung aussprechen darf, daß es uns in allerkürzester Frist gelingen wird und muß, nach all dem, was wir schon empfunden haben, daß wir in der nächsten Zeit Ihnen folgen können und wir, wie schon von den vorigen Genossen gesagt wurde, auf dem nächsten Parteitag geeint in der gesamtsozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenkommen werden. (Bravo! Beifall.) Denn die Zeit drängt, Genossen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Reaktion liegt auf der Lauer, besonders in den Westgebieten. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, das werdet Ihr alle schon durch die Zeitungen erfahren haben. Wir wissen, daß das, was hier im Osten nicht möglich ist, im Westen heute schon in allerfrechster und dreistester Form wiederum zur Schau tritt, daß man dort schon wieder mit „Heil Hitler!" grüßt, daß man dort schon wieder frech auftritt und sagt: „Unsere Zeit kommt auch noch einmal!"

Genossen, das muß unmöglich gemacht werden, indem wir eine einheitliche sozialistische Bewegung schaffen, die wie ein Prellbock, wie eine Mauer dasteht, die nicht umzurammen ist, nicht einmal durch die Atombombe des Nationalsozialismus. (Händeklatschen.) Die Zeit drängt, ich sage es noch einmal! Darum rufe ich, nicht etwa nur um Worte zu sagen, das, was schon immer von unserem Genossen Karl Marx und von unserem großen Vorkämpfer August Bebel und allen anderen großen Persönlichkeiten als Kampfparole hinausgeworfen und als die einzige und richtige Idee erkannt wurde: „Proletarier aller Länder, vereinigt

Euch!" Und in diesem Moment haben wir hinzuzusetzen vor allem als die zeitgemäß notwendige: Deutsche Sozialisten, vereinigt Euch! (Langer Beifall.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Wir haben zu Beginn unserer Tagung auch den Tod des gemordeten Ernst Heilmann beklagt. Ernst Heilmann wurde am 17. Mai in der Reichstagsfraktionssitzung nahegelegt, Deutschland zu verlassen. Wörtlich hat er damals geantwortet: „Ich bleibe in Deutschland, was auch kommen mag. Ihr kennt mich! Ich könnte behaglich im Auslande leben. Mein Platz aber ist bei der deutschen Arbeiterklasse, zu der ich ein Menschenalter gestanden habe." Genossinnen und Genossen, und in seiner letzten Rede im Preußischen Landtag sagte er am Schluß den Nationalsozialisten und für die Öffentlichkeit: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unserer Fahne steh' zuhauf!"

Ernst Heilmann kann nicht mehr bei uns sein. Aber, Genossinnen und Genossen, wir grüßen in dem nächsten Diskussionsredner als Sohn des Genossen Ernst Heilmann unseren Ernst Heilmann, unseren letzten Führer in Preußen und im Reich.

Ich bitte Ernst Heilmann, das Wort zu nehmen.

Ernst Heilmann (stürmisch begrüßt): Genossinnen und Genossen! Vor mehr als 30 Jahren hat mein Vater einmal gesagt, es ist schön und vernünftig, für eine Idee zu leben, aber größer, für sie zu sterben. Mein Vater starb für den Sozialismus. Ich bin stolz darauf. Aber trotzdem kann ich mich der Tragik seines Geschicks nicht entziehen, denn sein Tod war unnötig. Hätte die deutsche Arbeiterschaft vor 1933 einig zusammengestanden, dann wäre Vater heute noch zum Nutzen der Arbeiterschaft Deutschlands am Leben. (Sehr richtig und Zustimmung.) In der Konsequenz aus dieser Tatsache stellt sich jeder, der heute die Einheit der Arbeiterklasse konsequent ablehnt, sich weigert, mit uns in Diskussion zur Klärung der ideologischen Verschiedenheiten oder anderer Fragen einzutreten, auf eine Stufe mit den Mördern meines Vaters. Das Leben meines Vaters und das Leben meiner Mutter, die in treuer Fürsorge uns die letzten zwölf Jahre erzogen und ernährt hat, als man uns selbst Schule und Beruf verbot, lassen mich heute überall da, wo ich bin, für den Sozialismus und für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten. Und so kommt es, daß ich auf unserem Versuchsgut für den landwirtschaftlichen Berufsnachwuchs in Schleswig-Holstein im Laufe des letzten halben Jahres mit mehr als 600 jungen deutschen Arbeitersöhnen, Landwirtssöhnen und Bürgersöhnen gesprochen habe, und alle danken uns, wenn sie ihren Vier-Wochen-Lehrgang beendet haben, und sind von der Idee des Sozialismus begeistert. Ich will hier nur einen anführen. Er gehört an sich nicht zu uns, es ist ein junger Bürgerssohn, der mir wörtlich folgendes sagte: „Die Einheit der Arbeiterklasse ist der einzige vernünftige Gedanke, den ich in dem heutigen Chaos der Politik feststellen kann. Wird die Einheit der Arbeiterklasse für Deutschland eine Tatsache, dann glaube ich bestimmt, daß es mit Deutschland wieder vorwärts und aufwärts geht!"

Und, Genossinnen und Genossen, so denkt heute nicht nur dieser eine, sondern Tausende von jungen Arbeitern und jungen Bauern in Schleswig-Holstein, die tagtäglich erleben müssen, daß die Reaktion sich dort drüben anschickt, den Arbeitern die Zukunftsmöglichkeiten und den Bauern ihre Höfe zu ruinieren.

Ich kann leider keine Namen nennen von meinen Kameraden und kann nicht sagen, wo und wie wir uns getroffen haben, weil man dort drüben alles, was für Einheit und Sozialismus ist, mit Hilfe der Reaktion rücksichtslos niederknüppelt. (Hört, hört! Zuruf: Auch Demokraten!)

Aber ich bitte Euch, die drei Bitten anzuhören, die ich Euch im Auftrage meiner Freunde zu sagen habe: Helft uns im Kampf gegen die Reaktion, hört gelegentlich auch einmal die Meinung der Jugend und schafft die Einheit der Arbeiterklasse sobald wie möglich für das gesamte Deutsche Reich! (Bravo und anhaltender Beifall.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich glaube in Ihrem Namen zu handeln, wenn ich den Vertretern aus dem Westen und auch den Vertretern, die Begrüßungsworte an uns gerichtet haben, den Dank des Parteitages abstatte. Genossen, die Vertreter aus dem Westen haben uns gesagt, daß sie in unserem Sinne, nämlich der Schaffung der Einheit, auch in den Westzonen schaffen wollen. Genossen, das ist ein Schwur, daß wir durchführen, was wir im Westen bereits festgestellt haben, das, was wir ersehnen, das, was kommen muß auch in den Westzonen: die Sozialistische Einheitspartei.

Genossen, es liegen dann einige Begrüßungstelegramme vor; so von der Betriebsgruppenleitung aus Böhlen, der Belegschaft der Braunkohlen AG., Werk Böhlen, dann, Genossen, ein Schreiben, das ich auch dem Parteitag nicht vorenthalten will, das folgenden Wortlaut hat:

„Liebe Genossen, die Einladung zum Parteitag hat mich hoch erfreut, und ich danke dafür vielmals. So gern und freudig ich ihr gefolgt wäre, macht mein gegenwärtiger Gesundheitszustand es mir leider unmöglich. Allerlei ernste Defekte des alten Körpers zwingen zu sorgsamer Ruhestellung, um noch einige Zeit das Leben zu wahren. So muß ich mich damit begnügen, nur im Geiste an diesem letzten Parteitag unserer alten ruhmgekrönten Partei teilzunehmen und mit diesen geschriebenen Worten der neuen Einheitspartei meine tiefempfundenen Glückwünsche darbringen. Mit parteigenössischem Gruß an alle Teilnehmer bin ich in alter Verbundenheit Euer Theodor Leipart." (Bravo! Langer Beifall.)

Das Büro wird dem Genossen Leipart den Dank für seinen Gruß abstatten. Ich glaube, dagegen wird kein Widerspruch seitens des Parteitages erhoben.

Dann, Genossinnen und Genossen, haben alle Delegierte in ihrer Mappe die Tagesordnung bekommen. Ich glaube, ich brauche sie im einzelnen nicht noch einmal verlesen. Ich bitte, falls Einwendungen erhoben werden, dies jetzt zu tun. — Ich höre keinen Widerspruch! — Dann ist diese Tagesordnung so genehmigt!

Das Wort zu einer kurzen Geschäftsordnungsbemerkung hat der Genosse Otto Buchwitz.

Genosse **Buchwitz**: Genossen, ich möchte den Antrag stellen dahingehend, der Parteitag möge beschließen, daß den Genossinnen und Genossen, die als Gäste zu uns aus dem Westen gekommen sind, Sitz und Stimme auf unserem Parteitag gegeben wird. (Bravo! Händeklatschen.)

Genosse **Fechner** (fortfahrend): Sie haben den Vorschlag des Genossen Buchwitz gehört. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß den Genossen aus dem Westen das Delegationsrecht, das Abstimmungsrecht, zugesprochen wird, ihre Delegiertenkarte erheben.

Ich danke.

Ich bitte die Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum dritten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Kommissionen. — Es liegen in Ihrer Mappe Vorschläge des Parteiausschusses für die Besetzung der Kommissionen.

Mandatsprüfungskommission: Genossen Lehmann, Karsten, Rüdiger, Bauer, Stoeffen, Kamerahl, Blassert, Sacherts, Horn, Wetteborn, Buch und Hauser.

Ich bitte die Genossen, die dafür sind, daß diese Mandatsprüfungskommission amtieren soll, ihre Hand zu erheben. Oder werden andere Vorschläge gemacht? — Dann bitte ich die Delegiertenkarte zu erheben.

Bitte die Gegenprobe.

Die Mandatsprüfungskommission ist gewählt.

Statutenkommission: Lehmann (Zentralausschuß), Karsten (Zentralausschuß), Wendt (Groß-Berlin), Szillat (Brandenburg), Riehl (Sachsen), Prübenau (Provinz Sachsen), Wagner (Thüringen), Karl (Mecklenburg), Breck (Kiel), Braun (Hildesheim).

Wird gegen einen Genossen Einspruch erhoben? — Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall!

Dann darf ich konstatieren, daß der Parteitag mit der Statutenkommission einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch.

Redaktionskommission: Bernhard Göring (Zentralausschuß), Helmut Lehmann (Zentralausschuß), Karl Brandt (Berlin), Hermann Kade (Brandenburg), Arno Wend (Sachsen), Ernst Thape (Sachsen), Emma Sachse (Thüringen), Erich Schulz (Mecklenburg), Karl Fiebig (Ruhrgebiet), Ernst Behrens (Rheinland).

Werden hier weitere Vorschläge gemacht? (Zuruf: Schaar-Heidelberg) — Ich bitte, daß der Parteitag sich einverstanden erklärt, daß die Genossin Schaar-Heidelberg noch hinzugewählt wird, also daß wir die Redaktionskommission dann so zusammensetzen, wie ich sie eben verlesen habe einschließlich der Genossin Schaar aus Heidelberg. — Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Redaktionskommission gewählt.

Dann, Genossen, eine Wahlkommission.

Es werden vorgeschlagen: Karl Brandt, Alice Bayer, Hans Stang, Willi Sielaff, Hanna Pohle, Paul Krakau, Hermann Grünewald, Max Fank, Wilhelm Hauth, Willy Birk.

Auch hier sind die Genossen aus dem Westen berücksichtigt. Weitere Vorschläge höre ich nicht. — Darf ich konstatieren, daß der Parteitag auch mit der Wahlkommission einverstanden ist? — Ich stelle das fest. Die Kommission ist gewählt.

Ich bitte, daß die Redaktionskommission sofort vorn im Vestibül sich zusammenfindet.

Die Mandatsprüfungskommission muß im Laufe des Tages auch ihre Arbeit beginnen. Es wird noch bekanntgegeben, wann sie zusammentreten soll. — Damit, Genossen, ist auch der Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Genosse **Gniffke**: Genossinnen und Genossen! Es steht nun noch die Wahl der Programmkommission offen; die werden wir dann eben später vornehmen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, daß wir nicht mit einer Pause tagen und zwischendurch das Essen einnehmen, sondern daß wir durchtagen und im Anschluß daran zum Essen kommen. Sind Sie dagegen oder damit einverstanden? (Zwischenruf: Einverstanden!) Einverstanden! — Schön. Wir denken, daß wir so gegen 15 bis 16 Uhr fertig sein werden, um uns dann auf morgen zu vertagen.

Soeben ist der Veteran unserer Partei, der Genosse Eugen Ernst, eingetroffen. (Beifall.) Ich begrüße ihn.

Wir nehmen jetzt also die Berichte entgegen. Als erster Bericht ist der des Genossen Fechner vorgesehen, der den Bericht für den Zentralausschuß gibt. Ich erteile Genossen Fechner das Wort.

Genosse **Fechner**: Verehrte Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen den Bericht über die vom Zentralausschuß geleistete organisatorische Arbeit zu geben. Über die politische Arbeit des Zentralausschusses wird mein Freund Grotewohl morgen in seinem Referat über die Einheit der deutschen Arbeiterklasse sprechen.

Genossen, nach der Zulassung der politischen Parteien im russischen Okkupationsgebiet versammelten sich am 17. Juni 1945 im Luckauer Hof zu Berlin 1500 Funktionäre aus Berlin und 300 Delegierte aus den übrigen Bezirken einschließlich der westlichen Zonen. Mit dieser denkwürdigen ersten Funktionärversammlung begann nach 13 Jahren der politischen Unterdrückung unsere Parteiarbeit. Auf dieser Funktionärversammlung wurde das Parteistatut beschlossen und die programmatische Erklärung in Form eines Aufrufes der Sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk einstimmig angenommen.

In dieser ersten politischen Willenskundgebung unserer Partei wurde der Kampf um die Schaffung einer lebensvollen Demokratie in Deutschland und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien als unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau als Hauptforderung aufgestellt. In Anlehnung an den früheren Organisationsaufbau sah das neuaufgestellte und beschlossene Statut den Wieder-

aufbau unserer Partei für das ganze Reich vor. Im Hinblick auf die politische Entwicklung in den hinter uns liegenden zehn Monaten erscheint es mir wichtig, diese zwei Tatsachen noch einmal klar herauszustellen, die in der ersten Funktionärversammlung als Grundlage für unsere künftige politische Arbeit festgelegt waren. Ich meine die Schaffung einer deutschen Arbeiterpartei und die Organisation der Partei im Reichsausmaß als erstrebenswertes Ziel.

Der Zentralausschuß hat seine politische Arbeit ausschließlich nach diesen von den Funktionären beschlossenen Zielsetzungen ausgerichtet. Der in der illegalen Arbeit bereits tätige Zentralausschuß wurde durch die Funktionärversammlung vom 17. Juni 1945 nach Auffüllung seines Personalbestandes, wenn ich mich so ausdrücken darf, gewählt. Dem Zentralausschuß gehörten am Tage der Wahl folgende Genossen an: Fechner, Weimann, Grotewohl, Gniffke, Dahrendorf, Lehmann, Meier, Harnisch, Neubecker, Orlopp, Göring, Schlimme und Germer.

Die Funktionärversammlung beauftragte den Zentralausschuß, drei Frauen in diese Körperschaft zu wählen. Unter Mitwirkung des Bezirksvorstandes wurden die Genossinnen Toni Wohlgemuth, Annedore Leber und Käthe Kern hinzugewählt.

Ferner wurde auf Beschluß des Zentralausschusses August Karsten als Kassierer gewählt.

Statuten und programmatische Erklärungen wie auch die durch die Funktionärversammlung gewählten Mitglieder des Zentralausschusses wurden von den Besatzungsmächten bestätigt und anerkannt. (Bravo!)

Es sind in letzter Zeit Behauptungen laut geworden, die die Berechtigung des Zentralausschusses glauben bezweifeln zu müssen. Besonders aus der westlichen Zone drangen Stimmen zu uns, die in mehr oder minder sachlicher Form dem Zentralausschuß das Führungsrecht der Partei absprechen wollten. Der Wortführer dieses Angriffes auf den durch den illegalen Ausschuß und durch die Wahl von seiten der Funktionäre hinreichend legitimierten Zentralausschuß ist der Genosse Erich Ollenhauer. Ich habe den Genossen Ollenhauer im Auftrag des Zentralausschusses zu unserem heutigen Parteitag eingeladen und ihn gebeten, auf dem 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei über die Tätigkeit des Parteivorstandes in der Emigration zu berichten. Genosse Ollenhauer hat es leider nicht für nötig befunden, auf diese Bitte zu antworten. Statt unserer Aufforderung nachzukommen, hat er kürzlich auf einer Versammlung in Berlin Vorwürfe gegen den Genossen Weimann und mich und auch gegen den Zentralausschuß erhoben. Da Ollenhauer sogar die illegale Arbeit von Weimann und mir anzweifelt (hört, hört!) und sie sogar bestreitet, um dadurch den Rechtsanspruch des Zentralausschusses auf Führung der Partei zu entkräften, erscheint es mir notwendig, noch einmal vor der Öffentlichkeit des Parteitages den wahren Sachverhalt darzulegen. Fest steht, daß Genosse Weimann und ich die letzten Überlebenden des von dem emigrierten Parteivorstand ernannten illegalen Ausschusses in Deutschland sind. Diesem illegalen Ausschuß gehörten folgende Genossen an: Max Westphal, Johannes Stelling, Franz Künstler, Franz Klüß,

Otto Frank, Karl Hilgenbrandt, Gustav Eckardt, Fritz Thurm, meine Wenigkeit und Richard Weimann. Dr. Herz und Dr. Rinner, die dem Ausschuß angehörten, fielen bald aus, weil sie ebenfalls ins Ausland gingen. Der Ausschuß wurde durch Fritz Neubecker und Wilhelm Krüger daraufhin ergänzt. Genosse Klüß hat in unserem Auftrage die letzten Verhandlungen mit dem in Prag lebenden Parteivorstand geführt.

Wir haben über diesen Sachverhalt erst kürzlich eine Klarstellung in der Presse gegeben und glaubten damit, diese Frage genügend geklärt zu haben. Wenn Genosse Ollenhauer diese durch uns vollends klargestellten Zusammenhänge bestreitet und in wenig geschmackvoller Art von Spiegelfechterei spricht, so ist dies eine Verkennung der Tatsachen. Sie ist dadurch zu erklären, daß er sich zu der Zeit schon im Auslande befand, als die Bildung des illegalen Ausschusses vollzogen wurde und seine Tätigkeit begann. Nur so ist es zu erklären, daß ihm der Fehler unterläuft, zwei Dinge durcheinanderzubringen, nämlich den illegalen Zentralausschuß und den Parteivorstand, der sich in Deutschland neu etablierte und unter Paul Löbes Führung sich von dem Prager Vorstand lossagte. Mit diesem Parteivorstand aber hatte der illegale Ausschuß, dem Weimann und ich angehörten, nichts zu tun.

Der illegale Ausschuß hat seine Arbeiten ununterbrochen durchgeführt. Wenn wir vorübergehend unsere Tätigkeit unterbrechen mußten, hatte das seinen Grund darin, daß alle zwölf Genossen verhaftet waren und zum großen Teil viele Jahre in Gefängnissen oder KZ-Lagern zubringen mußten. Daß unter diesen Umständen die illegale Arbeit unseres Ausschusses zeitweilig aussetzen mußte und dadurch die Verbindung zu den in der Emigration lebenden Genossen leider abbrach, kann sicherlich nur der voll verstehen, der die Verhältnisse in Deutschland von 1933 bis 1945 am eigenen Leibe erfahren hat. (Sehr richtig! Händeklatschen.)

Ich darf in diesem Zusammenhang ein Schreiben verlesen, das der Genosse Richard Barth, der ebenfalls viele Jahre hinter Gefängnismauern verbringen mußte, zur Klarstellung über diesen müßigen Streit um das rechtmäßige Mandat des Zentralausschusses mir zur Verfügung gestellt hat. Der Genosse Barth schreibt: „Im Winter 1933 hatte ich eine längere Unterredung mit mehreren in die Emigration gegangenen Genossen des Parteivorstandes in der Wohnung des Genossen Otto Wels in Prag. Dabei hatte ich Aufträge der Genossen Fechner und Westphal zu erledigen und brachte von Prag Material mit zurück nach Berlin. Otto Wels erkundigte sich besonders nach den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstandes. Es war für mich ganz selbstverständlich, daß die hier verbliebenen Mitglieder des Parteivorstandes mit den emigrierten Genossen als bestehende Korporation über die Grenzen hinweg Verbindung halten. Für uns bestand der Parteivorstand, wenn auch nur als Rumpfparlament, auch in Berlin weiter. Er hatte ja nur beschlossen, daß seine führenden Köpfe, um der Bewegung erhalten zu bleiben, in die Emigration gehen sollten. Das Rumpfparlament be-

stand hier weiter und arbeitete mit uns illegal. Das war auch insbesondere die Auffassung des Genossen Wels. Von Ende 1935 bis 1938 war ich als Verbindungsmann der Gewerkschaften zum ADGB alle Vierteljahre mit dem Genossen Schlimme in Chomatov oder Graslitz zusammen. An diesen Beratungen hat fast regelmäßig Hans Vogel teilgenommen. Kurz vor seiner Abreise aus der Tschechoslowakei traf ich mich noch einmal mit den Genossen Wels und Vogel in Karlsbad. Diese dort geführte längere Unterredung war wohl die letzte, die ein Vertreter aus Deutschland mit den beiden Genossen geführt hat. Bei dieser Unterredung wurde nicht nur sehr eingehend über das Schicksal der deutschen Genossen gesprochen, vielmehr war wiederholt von den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstandes und des illegalen Zentralausschusses die Rede, für die ich wiederum Aufträge vermittelte." Wenn Genosse Ollenhauer von einer eigentlichen Dachorganisation, einer illegalen Parteileitung in Deutschland spricht, der weder der Genosse Fechner noch der Genosse Weimann angehört hatte, so kann das nur jemand behaupten, der die zwölf Jahre unter Gestaposchergen in Deutschland nicht miterlebt hat. Wir waren schon froh, wenn wir uns in kleineren Gruppen bewegen konnten und Verbindung von der einen zur anderen Gruppe unterhielten. Sollten wir aber mit der Aufbauarbeit und besonders mit der Konstituierung der Partei so lange warten, bis Genosse Ollenhauer das rechtmäßige Mandat für einen Parteivorstand oder Zentralausschuß ausgestellt hatte?

Ich bedauere außerordentlich, daß Hans Vogel durch den Tod abberufen wurde, ehe wir ihm in Deutschland wieder die Hand reichen und mit ihm sprechen konnten. Dann wäre dieses unsinnige Geplänkel bestimmt nicht entstanden. Es ist müßig, über diese Dinge weiter zu streiten. Ich bin aber der Meinung, daß in erster Linie die Genossen berufen sind, die Partei zu leiten und zu führen, die die zwölf Jahre unter deutschen Sozialisten im Lande gelebt und mit ihnen gelitten haben. (Sehr richtig! Starker Beifall.)

Die bisher geleistete Arbeit des Zentralausschusses ist inzwischen ja auch von allen Landesparteitagen nicht nur unterstützt, sondern durch einstimmige Beschlüsse anerkannt worden. Und, Genossinnen und Genossen, hier im Saale sitzt der Genosse Alfred Markwitz aus Eisenach in Thüringen. Er, der mit uns gemeinsam eingesperrt war, er hat immer wieder zunächst für die Berliner Organisation, später in besonderer Zusammenarbeit mit dem zentralen illegalen Ausschuß, die Verbindung aufgenommen, soweit das möglich war. Ich sehe ihn im Augenblick nicht, aber ich glaube, er wird mir das bestätigen, wenn ich sage, daß diese Genossen immer und immer wieder ihre Pflicht erfüllt haben. — Er nickt mir zu, und er, glaube ich, ist dann auch glaubhaft. Wir stimmen mit der Auffassung überein, die der ebenfalls emigrierte Dr. Viktor Schiff im Auftrage des letzten Parteivorsitzenden Hans Vogel in einem Brief an den Zentralausschuß ausgedrückt hat. Jedenfalls anerkennen die in London anwesenden Parteivorstandsmitglieder, die ihrerseits Vollmachten von den dort lebenden erhalten haben, daß die politischen Entscheidungen der Sozialdemokratie nicht

mehr im Auslande, sondern nur noch von den Genossen im Lande getroffen werden können und müssen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, daß es nicht nötig ist, mehr über diese Frage zu sagen. Der von den Genossen im Westen in einem unsachlichen Ton heraufbeschworene Streit um das Mandatsrecht des Zentralausschusses ist für uns ohne Bedeutung und hat nur historischen Wert. (Sehr richtig!) Wir haben andere Sorgen angesichts der Not unseres Volkes, als uns um des Kaisers Bart zu streiten. Wir wollen nicht annehmen, daß es dem Kreis um den Genossen Ollenhauer nur darum ging, seinen eigenen Führungsanspruch in der Partei etwa dadurch zu stärken, indem sie die Arbeit des illegalen Ausschusses und des aus ihm hervorgegangenen Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schmälern und herabsetzen. Ebensowenig aber können wir annehmen, daß der Genosse Ollenhauer die mit dem Leben bezahlte illegale Arbeit eines Franz Künstler, eines Franz Klüß und aller anderen Genossen diffamieren will, die unter ständiger Lebensgefahr in Deutschland der Sache der sozialistischen Arbeiterbewegung dienten. Wir glauben vielmehr, daß wir auch den Genossen Ollenhauer zu denen rechnen dürfen, die all den illegalen Kämpfern in Deutschland Hochachtung und Ehrerbietung zollen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, während es ihm vergönnt war, vom sicheren Exil in England dem Kampf in Deutschland von außen ungefährdet zuzuschauen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir haben volles Verständnis dafür, daß Genossen in die Emigration gingen. Wir begrüßen es im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung, daß dadurch viele wertvolle und unersetzliche Genossen erhalten geblieben sind, die heute wieder an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, während sie sonst vielleicht ein Opfer der Gestapo geworden wären. Wir erbitten uns aber mit demselben Recht Verständnis und Würdigung der von uns geleisteten illegalen Arbeit in Deutschland. Es kann uns niemand verargen, wenn wir bei allem Bemühen um sachliche Kampfesweise da eine harte Sprache führen, wo es in dieser Frage von seiten eines der Genossen an Takt fehlt, der das Glück hatte, Deutschland 13 Jahre von außen zu sehen. Von einem solchen Genossen verbitten wir uns jede Belehrung, wie man es hätte tun müssen. Und so spreche ich in stolzem Gefühl über die in der Illegalität geleistete Arbeit auch dem Genossen Ollenhauer das Recht ab, über unseren illegalen Zentralausschuß zu Gericht zu sitzen. Der Zentralausschuß hatte schon neun Monate positive Wiederaufbauarbeit geleistet, und alle Bezirks- und Landesverbände hatten schon wiederholt dem Zentralausschuß als der politisch führenden Körperschaft der Partei das Vertrauen ausgesprochen, als es der aus England kommende Genosse Ollenhauer für nötig erachtete, mit seinem aus der Emigration mitgebrachten Führungsanspruch den müßigen Streit um das rechtmäßige Mandat des Zentralausschusses vom Zaune zu brechen. Wenn selbst die aus der Illegalität und durch die erste Funktionärversammlung vollzogene rechtliche Fundierung des Zentralausschusses überhaupt nicht bestanden hätte, dann würde allein schon die Tatsache für den Zentralausschuß sprechen, daß er über viele Monate die

Politik der Partei im Sinne der Mitgliederschaft geleitet hat. Der Genosse Ollenhauer hat nun die Gelegenheit, das ohne sein Verschulden Versäumte nachholen zu können. Wir schließen diese Betrachtung mit dem Hinweis, daß die Legalisierung der politischen Führung unserer Partei im neuen Deutschland nicht mit Hinweis auf alte Rechte vor 1933 erworben werden kann, sondern allein durch die seit 1945 geleistete politische Aufbauarbeit verdient worden ist. (Sehr richtig! Beifall.)

Gestatten Sie mir, Genossinnen und Genossen, eine kurze Übersicht über die organisatorische Aufbauarbeit, die der Zentralausschuß geleistet hat. Neben dem Zentralsekretariat wurden folgende Referate geschaffen: Frauensekretariat, Jugendsekretariat, Werbeabteilung, Sozialistische Kulturzentrale, Wirtschaftspolitisches Sekretariat, Kommunalpolitisches, Agrarpolitisches und Gewerkschaftspolitisches Sekretariat, Genossenschafts-, Sozialpolitisches und Rechtspolitisches Sekretariat. Daneben gehören zur Organisation des Zentralausschusses Archiv- und Bibliotheksverwaltung, Grundstücksverwaltung und die Konzentration als Dachorganisation für alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei. Es würde über den eigentlichen Rahmen dieser Berichterstattung weit hinausgehen, wenn ich die Arbeiten aufzähle, die in den einzelnen Sekretariaten in den hinter uns liegenden zehn Monaten vollbracht worden sind.

Geleitet von dem Bestreben, alle aufbauwilligen Kräfte zu sammeln, war der Zentralausschuß an der Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blocks stärkstens beteiligt. In gemeinsamer Zusammenarbeit der führenden Körperschaften der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde die Bodenreform durchgeführt und die Grundlage für die Schulreform und die Industriereform geschaffen. Aus der gemeinsamen Arbeit des Zentralausschusses und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei entwickelte sich eine erfolgreiche Aktionseinheit. Die gemeinsame Arbeit dieser Aktionseinheit fand ihren Niederschlag in der Entschließung vom 20. und 21. Dezember 1945, mit der die erste Phase der erstrebten Vereinigung begann. Ich möchte nicht die vom Zentralausschuß einberufene allgemeine Funktionärversammlung vom 14. September 1945 in der „Neuen Welt" in Berlin unerwähnt lassen, auf der die vom Genossen Grotewohl in seinem Referat „Wo stehen wir? — Wohin gehen wir?" aufgezeigte Politik des Zentralausschusses die einmütige Zustimmung aller Funktionäre fand. In der Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Genossen wurde eine gemeinsame wissenschaftlich-theoretische Zeitschrift „Die Einheit" geschaffen. Es wurde ferner eine Studienkommission von vier Mann mit der Aufgabe betraut, die ideologische Vorbereitung der Vereinigung zu schaffen und den Entwurf für die „Grundsätze und Ziele" der zukünftigen Einheitspartei wie das Statut auszuarbeiten. Dieser Studienkommission gehörten die Genossen Grotewohl, Fechner, Lehmann und Dahrendorf an. Mit der Veröffentlichung der den Mitgliedern zur Diskussion unterbreiteten Grundsätze und Ziele und des zukünftigen Parteistatuts wurde die zweite Phase der Vereinigung erreicht. Es erscheint mir wichtig,

darauf hinzuweisen, daß die in den Grundsätzen vorgesehene Vereinigung der beiden Arbeiterparteien der ersten programmatischen Erklärung unserer Partei vom 17. Juni 1945 vollkommen entspricht. Diese Tatsache beweist, daß der Zentralausschuß entgegen allen böswilligen Unterstellungen in seiner politischen Linie dieser Erklärung treu geblieben ist. Es ist erklärlich, daß ein so entscheidender Schritt für die deutsche Arbeiterklasse, wie ihn die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien darstellt, nicht sofort von allen Genossinnen und Genossen voll verstanden und in seiner geschichtlichen Notwendigkeit übersehen werden konnte. So führte die Frage der sofortigen Vereinigung zu Meinungsverschiedenheiten im Berliner Bezirksverband, deren Austragsformen bisweilen weder der Würde unserer sozialistischen Arbeiterbewegung entsprachen, noch sich mit der Wahrung der Parteidisziplin in Einklang bringen ließen. Der Zentralausschuß sah sich deshalb genötigt, die Genossen aus der Partei auszuschalten, die sich eines parteischädlichen Verhaltens schuldig gemacht hatten. Der Zentralausschuß hat diese Maßnahmen in dem Bewußtsein durchgeführt, daß er als der Beauftragte der Gesamtpartei es nicht dulden könne, daß eine Minderheit in einem Bezirksverband den politischen Willen der Mehrheit der Mitgliedschaft terrorisiert und bewußt Spaltung in die Partei tragen will.

Wir stimmen mit August Bebel überein, der sagte, daß die persönliche Freiheit des einzelnen nicht so weit gehen könne, daß jeder in der Partei glaubt, machen zu können, was er will. (Sehr richtig!) Eine solche Auffassung ist der Tod jeder Parteiorganisation. Durch das Ausscheiden der Spalter ist auch der Berliner Bezirksverband wieder organisatorisch geschlossen, und das einmütige Bekenntnis der Delegierten Berlins auf dem Parteitag am vorigen Sonntag hat diesen Zwischenfall bereinigt.

Abschließend möchte ich noch die Beziehungen des Zentralausschusses zum Westen und Süden des Reiches streifen. Ich kann mich kurz fassen, da ich in meinem Offenen Brief an Dr. Schumacher die Frage unseres Verhältnisses zu den Organisationsverbänden unserer Partei im Westen eingehend darzustellen versucht habe. Vom Anfang unserer Arbeit an hat der Zentralausschuß einen über die Zonengrenzen hinweggehenden Organisationsaufbau unserer Partei angestrebt. Der Zentralausschuß hat nie die Zonengrenzen anerkannt. Er ist in all seinen Handlungen von der Einheit Deutschlands ausgegangen und von dem Bewußtsein, daß es nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands geben könne. Der Zentralausschuß hat alles getan, um die Partei im Reichsmaß aufzubauen. Wir waren im Oktober 1945 in Hannover, um mit Dr. Schumacher den gleichmäßigen organisatorischen Aufbau abzusprechen. Im Dezember 1945 wurde der Genosse Gniffke abermals nach Hannover delegiert. Am 8. Februar 1946 fand abermals auf Veranlassung des Zentralausschusses eine Besprechung mit Dr. Schumacher über den von uns gewünschten Reichsparteitag und die reichseinheitliche Organisation der Partei statt.

Genossinnen und Genossen! Es war alles umsonst. Als Dr. Schumacher endlich Mitte Februar den Weg nach Berlin fand, da kam er nicht, um die Einheit zu schaffen, sondern um die Partei zu spalten. (Pfui!) Am engherzigen Zonenpartikularismus Dr. Schumachers ist der gleichmäßige organisatorische Aufbau der Partei im Reich gescheitert und die Entscheidung über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in ganz Deutschland vorerst unmöglich gemacht worden. Wir wissen aber, daß es den Spaltern der Partei nicht gelingen wird, den Einheitswillen der Arbeiterklasse an der Elbe zum Stillstand zu bringen. (Sehr richtig!) Einheit ist stärker als Parteiegoismus! (Bravo! Händeklatschen.)

Es liegt mir hier, Genossen, ein Schreiben des französischen Genossen Daniel Mayer vor, den er an meinen Freund Otto Buchwitz gerichtet hat und in dem er folgendes zum Ausdruck bringt: „Ich erwidere alle Grüße und Wünsche auch im Namen der französischen Sozialisten aufs herzlichste. Die französischen Sozialisten sind ganz besonders in dieser Zeit mit ihren Gedanken und Wünschen im Bundesland Sachsen und geben in meinem Namen zum Ausdruck, es möchte recht bald ein entscheidendes Resultat nicht allein für die Arbeiterbewegung Deutschlands, sondern darüber hinaus für die Arbeiterbewegung der gesamten Welt entstehen." Weiter sagte er dann: „Ihnen, lieber Genosse Buchwitz, wünsche ich für die kommende Arbeit besonderen Erfolg. Die französischen Sozialisten sprechen Ihnen sowie dem Genossen Grotewohl durch den Vertreter des Bundeslandes Sachsen höchstes Vertrauen aus." (Bravo! Händeklatschen.) Wir sehen also und wissen es, Genossen, aus den Besprechungen mit den französischen Genossen, daß die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Wellen schlagen wird auch nach Frankreich, und ich sehe den Zeitpunkt kommen, da der Westen nicht mehr anders kann, als unserem Rufe zu folgen. Ich sage, die Einheit ist stärker als Parteiegoismus. Einheit ist der Sieg der Arbeiterklasse, Spaltung ist der Triumph der Reaktion. In den Landesbezirksparteitagen wurde die dritte Phase der Vereinigung begonnen. Und wir haben uns heute, Genossinnen und Genossen, in der Reichshauptstadt versammelt, um das Werk zu vollenden. Der Zentralausschuß nimmt aus den ihm ausgesprochenen Vertrauenskundgebungen die Gewißheit, daß er die Politik nach dem Willen der Mitglieder gestaltet hat. Der Zentralausschuß dankt durch mich den Mitgliedern und Funktionären für das Vertrauen und die Unterstützung, die ihm in den schweren Monaten zuteil geworden ist. Der Zentralausschuß unterbreitet seine Arbeit der Kritik der Delegierten in dem Bewußtsein, daß er alle Kraft und den besten Willen eingesetzt hat, um die Voraussetzung für eine demokratische Erneuerung Deutschlands im Geiste der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu schaffen. (Bravo! Beifall.)

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir mit der Aussprache erst beginnen, wenn wir den Punkt 4 und den Punkt 5 der Tagesordnung zu Ende gebracht haben.

Soeben erfahre ich, Genossinnen und Genossen, daß unser alter Freund, der Mann, der in Mitteldeutschland einen Namen von hohem Klang hat, der Mann, der der älteste Sekretär der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratischen Partei, ist, der Genosse Reinhold Drescher aus Halle, anwesend ist. Ich möchte auch diesen Genossen recht herzlich willkommen heißen. (Beifall.)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich den Genossen Dahlem von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der soeben hier eingetroffen ist, recht herzlich begrüßen. Der Genosse Fechner hat bereits heute früh darauf hingewiesen, in welcher Brüderlichkeit Zentralkomitee und Zentralausschuß in den verflossenen Monaten zusammengearbeitet haben und zusammengewachsen sind. Der Genosse Dahlem kommt deshalb zu uns, um namens der kommunistischen Bruderpartei uns einige Begrüßungsworte zu sagen.

Ich erteile dem Genossen Dahlem jetzt das Wort.

Genosse **Dahlem** (mit Händeklatschen begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich überbringe Euch die herzlichsten Grüße im Namen des Parteitages der KPD, der ebenso wie Euer Parteitag heute und morgen noch tagt, um die Schlußbilanz zu ziehen über die Vergangenheit unserer Partei, um dann, vereinigt mit Euch, in den Ostertagen die sozialistische Einheit in Deutschland wiedererstehen zu lassen. (Bravo!)

Ein tiefes Gefühl der Befriedigung geht durch die Reihen der Arbeiter und der Werktätigen, weil das schlummernde Sehnen, endlich mit dem Bruderkampf ein Ende zu machen, in Erfüllung geht. Uns hat am meisten gerührt und berührt, als auf dem Vereinigungsparteitag der beiden Berliner Organisationen der Genosse Eugen Ernst sagte: „Endlich sind wir wieder zusammen!" Diese Worte waren nicht nur den Anhängern unserer beiden Parteien aus dem Herzen gesprochen, sie sind auch das, was die deutsche Arbeiterklasse in ihren Millionenmassen innerlich fühlt und denkt, und der beste Ausdruck dafür, der beste Beweis für diese Behauptung ist die Tatsache, daß, seitdem das Problem der Einheit aktuell auf der Tagesordnung steht seit den letzten Monaten, Monat für Monat Hunderttausende neuer Mitglieder in unsere beiden Parteien hineinkommen. (Sehr richtig! und Bravo!) und daß die Sozialistische Einheitspartei auf den Plan treten wird in ihren alten Beständen als eine Partei von 1,3 Millionen, und wenn die hinzuströmen, die sich jetzt allein in unserer sowjetischen Besatzungszone bereits zum Anschluß an die Sozialistische Einheitspartei melden, mit einer Partei von 1½ Millionen. (Händeklatschen.)

So reagiert in unserem Gebiet die Arbeiterschaft, und ich bin überzeugt, über kurz oder lang wird diese Woge der Einheit auch hinüberschlagen in den Westen, und wir werden dort genau dieselbe Entwicklung bekommen. Warum ist diese tiefe Befriedigung in den werktätigen Volksmassen? Weil sie wissen, daß durch die Schaffung dieser mächtigen Sozialistischen Einheitspartei neue Tatsachen geschaffen werden, weil sie wissen, daß es jetzt nicht mehr so kommen wird wie nach 1918, weil sie wissen und fühlen: Wo die Einheit der Arbeiter-

klasse hergestellt wird, da gibt es keine Konjunktur für den Wiederaufstieg der Reaktion bei uns. Ich möchte mich besonders an die Genossen aus dem Westen wenden. Bei uns braucht keiner aufzustehen und zu jammern, daß, wenn jetzt die Besatzungsmächte weggehen würden, die Anhänger der Demokratie und des Friedens vernichtet würden, wie es gerade Dr. Hoegner in München erklärt hat. (Sehr richtig!) Zustände wie in Bayern sind dort, wo die Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet wird, nicht mehr möglich. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Und warum sind sie nicht mehr möglich? Weil wir unsere demokratischen Selbstverwaltungen haben, weil wir sie von Faschisten gesäubert haben. Sie sind nicht möglich, weil bei uns die preußischen Junker entmachtet, enteignet und damit die Grundlage für den preußischen Militarismus vernichtet wurde. (Bravo!) Solche Zustände sind nicht möglich, weil bei uns die Monopolkapitalisten und Trustherren nichts mehr zu sagen haben, weil sie in der sowjetischen Besatzungszone enteignet sind und sich zum großen Teil zurückgezogen haben in ihre Westgebiete, weil bei uns die Betriebe entweder schon heute oder morgen, wenn die 3800 von der sowjetischen Verwaltung beschlagnahmten Betriebe nach der Erklärung des Marschalls Shukow in die Hände der Selbstverwaltung gegeben werden, die deutschen Arbeiter, die Betriebsräte, Ingenieure, die Techniker, die Provinzial- und Landesverwaltungen selbst diese Wirtschaft führen. (Bravo! und Beifall.) Jetzt wollen wir dazu übergehen, durch die Schaffung der Arbeitereinheit mit Hilfe unserer Organisation, der Sozialistischen Einheitspartei, diese ersten Errungenschaften in einem Teil Deutschlands, das ein Drittel Deutschlands ist, zu sichern und zu festigen. Wir haben diese Erfolge errungen, als wir noch getrennt marschierten. Jetzt haben wir die Hände frei. Kein Bruderstreit wird mehr unsere Kraft absorbieren. Und wir werden beweisen, daß die deutsche Arbeiterklasse ohne Großkapitalisten, ohne große Bürokratie aus ihren eigenen Kräften die Wirtschaft und den Staat führen kann. Wir wollen mehr. Wir wollen durch unsere Einheit, durch unsere Arbeit, durch unser Beispiel für die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland, für die Einheit unseres Landes selbst kämpfen. Wir sind überzeugt, daß die Wahrheit über unser großes Werk der Einheit trotz aller Lügen und trotz aller Legenden wie eine Welle jetzt über Deutschland hinweggehen wird. Die Zusicherung haben uns auch unsere Genossen aus dem Westen, die aus allen Bezirken herbeigeeilt sind, heute wieder gegeben, und wir wissen, daß die künstlichen Dämme, die dort noch aufgerichtet sind von der Reaktion und ihren Helfershelfern, nicht bestehen werden. Und, Genossen, wir sind überzeugt, und da stimme ich den Ausführungen des Genossen Fechner bei, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern rings um Deutschland aufhorchen wird, wenn sie erfährt, daß die deutschen Arbeiter als die ersten in Europa wieder die Spaltung überwunden und die sozialistische Einheit hergestellt haben. (Händeklatschen unterbricht den Redner.)

Damit machen wir auch zum Teil gut, was wir am 4. August 1914 taten, als wir durch die Bewilligung der Kredite zur Spaltung der Arbeiterklasse in Deutsch-

land kamen, als die übrigen Länder das zum Alibi nahmen, genau dasselbe zu tun. Heute sind wir die ersten, die zeigen, wie die Arbeiterklasse ihre Kräfte zusammenfassen kann, um ihre historische Mission erfüllen zu können. Genossen, mehr wollte ich nicht zur Begrüßung sagen als diese einfachen Worte. Gehen wir kühn vorwärts. Wir sind überzeugt, daß wir auf dem guten und richtigen Wege sind. Dann wird das Volk mit uns gehen, dann wird der Sieg unser sein. (Beifall.)

Genosse **Gniffke:** Ich danke dem Genossen Dahlem für seine Begrüßungsworte, und wir bitten, auch die Genossen drüben nochmals herzlichst zu grüßen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Genossinnen und Genossen, ich habe eine ganz ausgezeichnete Nase. Ich bemerke, es wird hier geraucht. Ich muß darauf hinweisen, daß das Rauchen hier im Theater verboten ist. Es tut mir sehr leid, aber Ihr müßt Euch das Rauchen noch etwas verkneifen. Ich tue das auch sehr ungern.)

Als Nächster hat das Wort jetzt zur Berichterstattung der Genosse Weimann.

Genosse **Weimann** über sozialistische Kulturarbeit.

Verehrte Parteigenossinnen und Genossen! Im August 1945 nahmen wir unsere Kulturarbeit wieder auf. Vom Zentralausschuß wurde ich mit der Leitung dieser Tätigkeit beauftragt. Wir mußten uns zunächst völlig neu orientieren, denn wir befanden uns in einer gegen früher völlig veränderten Welt. Wir erlebten eine Katastrophe von ungeheuerlichem Ausmaß, wie sie in der Weltgeschichte noch nie dagewesen ist.

Der Nazismus ging an seiner eigenen Hohlheit und Brüchigkeit zugrunde. Denn im Grunde war alles Fassade und Propaganda, was man in eitler Überheblichkeit und Vermessenheit als „tausendjährig" bezeichnete.

Der Nazismus kann nicht als eine bloße Zufallserscheinung angesehen werden. Er ist ein deutsches Gewächs und wurzelte in der deutschen Vergangenheit. Mit dem Nazismus brach infolgedessen auch diese Vergangenheit zusammen. Mit ihr der alte Militär- und Obrigkeitsstaat, vor allem das feudal-junkerliche Preußen, das vorherrschende Kernstück Deutschlands. Mit ihr zugleich auch die Weimarer Republik. Denn gerade sie ließ die Kräfte wieder aufkommen, die uns in das furchtbare Verderben stürzen sollten.

So bitter auch diese Erkenntnis für uns war, so zogen wir aus ihr doch die Lehre: Diese Welt kann und darf nie wiederkehren! Wir können daher auch an das, was vor 1933 gewesen war, nicht wieder anknüpfen. Wir müssen das immer wieder betonen, auch gegenüber manchen unserer eigenen Genossen. Wir können nicht einfach dort, wo wir damals aufgehört haben, wieder anfangen.

In dem Wirbel dieser Zeit, in dem großen Zusammenbrechen alles dessen, was unerschütterlich erschien, haben sich zwei Mächte stark und lebenskräftig erwiesen: Demokratie und Sozialismus. Die Demokratie erwies sich als eine Kraft, die Menschen und Völker zu großen Leistungen anspornt, weil sie Werte und Möglichkeiten in sich birgt und entfaltet, die der Gestaltung positiver Staats- und Lebensformen dienen.

Der Sozialismus wuchs empor zu einer Bewegung, die die ganze Welt durchbraust. Er hat seine Feuerprobe glänzend bestanden und wurde zu jener gewaltigen Kraft, die die Massen bewegt und die Menschen begeistert.

Vom Sozialismus erwarten sie die Befreiung aus Qual und Not, vor allem aber die endgültige Lösung jener großen Schicksalsfrage der Menschheit, wie man solch furchtbare Katastrophen wie die der letzten Jahrzehnte für immer unmöglich macht.

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen. Der Sozialismus schließt die Demokratie ein, ohne sie wäre der Sozialismus unvollkommen. Erst aus der inneren Verflechtung beider, aus den Wechselbeziehungen zwischen ihnen ergibt sich die Möglichkeit zur Entwicklung der Persönlichkeit, zur Entfaltung wahren und freien Menschentums.

Wir bejahen daher auch die Persönlichkeit. Der Sozialismus bedeutet keine Vermassung oder gar Nivellierung des Menschen, wie man uns geflissentlich vorwirft. Allerdings lehnen wir die egoistische Ich-Betonung, das hemmungslose Profitstreben der liberal-kapitalistischen Welt ab. Demgegenüber wollen wir die Entfaltung der lebendigen Persönlichkeit im Rahmen der Gemeinschaft, die Persönlichkeit, die im Volke wurzelt und im Dienst am Ganzen, an der Organisation, am Volke und darüber hinaus an der Menschheit ihre schönste und höchste Aufgabe sieht.

Unsere geistige Haltung ergab sich aus unserer sozialistischen Überzeugung, die durch die Schrecken der Nazizeit neu erhärtet war, von selbst.

Wir waren immer Marxisten und sind es auch in dieser Zeit geblieben. Der so oft totgesagte Marxismus ist noch nicht überholt. Im Gegenteil: Gerade die Gegenwart hat mit besonderer Eindringlichkeit die Berechtigung der marxistischen Lehre bewiesen.

Wir brauchen auch keinen neuen Sozialismus! Uns genügt der alte Sozialismus, der Sozialismus marxistischer Prägung. Er bedeutet für uns noch immer die Grundorientierung, den Ausgangspunkt, den wir brauchen. Er bildet den Kompaß, mit dem wir steuern.

Wir bejahen also den Marxismus, nicht als Dogma und Doktrin, sondern als lebendige Wissenschaft, die selbstverständlich immer wieder mit der Entwicklung, mit den veränderten Tatsachen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Einklang gebracht werden muß.

Wir bejahen den historischen Materialismus als Forschungsprinzip und Untersuchungsmethode, die eine gesetzmäßige Ordnung in das scheinbare Durcheinander des Geschehens bringt. Damit gewinnen wir einheitliche Gesichtspunkte für die Vielfalt der Erscheinungen, damit ordnen wir die geistige und materielle Welt in einen großen, einheitlichen Zusammenhang ein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind gewiß nicht das einzige, aber das in letzter Instanz bestimmende Element der sozialgeschichtlichen Entwicklung.

Diesen marxistischen Sozialismus vertreten wir seit Jahrzehnten. In seinem Zeichen sind wir groß geworden. In seinem Zeichen überwinden wir die Spaltung und schaffen uns die gewaltige Macht der sozialistischen Einheitspartei.

Wir wollen eine Partei des schaffenden Volkes werden. Das bedeutet, daß wir nicht mehr wie früher nur eine Partei der Hand- und Industriearbeiter sein können. Wir brauchen die Kopfarbeiter, die Mittelschichten, die Landbevölkerung und nicht zuletzt auch die geistig Schaffenden.

Wir wollen die Jugend und vor allem auch die Frauen, die heute die große Mehrzahl der Bevölkerung bilden, gewinnen.

Ohne diese neuen Massen können wir niemals die Partei des schaffenden Volkes werden. Um sie zu gewinnen, müssen wir die Tore weit auftun und uns auf ihre besondere Mentalität und Ideologie einstellen. Wir müssen in ihrer Sprache zu ihnen sprechen und dürfen uns nicht an veraltete Werbemethoden klammern.

Wir haben weiter erkannt, daß Sozialismus und Vaterland durchaus keine Gegensätze sind. Wir wissen, wie stark die nationale Frage die Massen bewegt, daß ihr Schicksal mit dem Schicksal ihres Landes untrennbar verbunden ist. (Sehr gut!) Darum sehen wir die nationale Frage heute anders und viel betonter als früher.

Als Partei des schaffenden Volkes haben wir ein erhebliches Interesse daran, daß das Vaterland wirklich zu einem Vaterland für die breiten Massen gestaltet wird. Wir wissen aus den schmerzlichen Erfahrungen der 12 Jahre Nazizeit, daß nur in einem freien Vaterland das Proletariat seine Kräfte frei entfalten kann.

Das Wort von Jean Jaurès hat mehr als je seine Bedeutung: „Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Natur zu zertrümmern."

Wir bejahen auch mit Entschiedenheit die nationale Einheit des deutschen Volkes und in Verbindung damit auch seine kulturelle Einheit. Die Sozialistische Einheitspartei verkörpert diese nationale und kulturelle Einheit unseres Volkes, die zu erhalten für unsere Zukunft als lebenswichtig anzusehen ist.

Zum Sozialismus führen viele Wege. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Menschen nur aus wirtschaftlicher und marxistischer Erkenntnis zu uns kommen. Die meisten von ihnen, besonders aus den neuen differenzierten Massen, kommen häufig aus ethischen Gründen, aus einem allgemeinen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, aus der Zustimmung zu unseren Forderungen oder aus Solidarität mit ihren Berufskollegen, jedenfalls aus gefühlsbetonten Motiven zu uns.

Auch Sozialismus und Religion sind einander nähergerückt, sie schließen sich jedenfalls gegenseitig nicht aus. In diesem Zusammenhang erwähne ich einen Satz aus einer Rede, die der Leiter der CDU, Jakob Kaiser, kürzlich gehalten hat: „Ich habe keine Zweifel darüber gelassen, daß auch wir, die Männer einer Partei, die ihre Politik durch das christliche Gesetz bestimmt sieht, die zu

schaffende wirtschaftliche und soziale Grundlage als eine sozialistische gestaltet sehen wollen."

Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob diese Auffassung in den führenden Kreisen der CDU allgemein verbreitet ist. Aber ich führe diese Stimme hier an, weil sie mir charakteristisch erscheint als Beweis für die starke Kraft, die heute der sozialistische Gedanke ausströmt und wie er in Kreise eindringt, die ihm früher ablehnend gegenüberstanden.

Es ist uns klar geworden, daß eine Idee, die die Massen und Menschen in diesem weiten und vielseitigen Sinne bewegt, nicht nur eine rein wirtschaftliche Aufgabe, nicht nur ein politisches Programm sein kann. Es erscheint uns unmöglich, daß dieses größte und schönste Ideal der Menschheit sich im Wirtschaftlichen und Materiellen erschöpfen kann. Es muß, das ist unsere innere Überzeugung, etwas Größeres und Höheres sein.

Während die Wirtschaft immer nur ein Teilgebiet des Lebens betrifft, ist der Sozialismus etwas Universelles. Er bedeutet eine Gesamtorientierung. Er soll über die wirtschaftliche Umgestaltung hinaus unser Leben in allen seinen Teilen, Beziehungen und Äußerungen erfassen und durchdringen.

Erstes Ziel ist selbstverständlich, die Menschen aus sozialer und wirtschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die Wirtschaft in der Richtung des Gemeinwohls zu lenken. Darüber hinaus aber kommt es darauf an, das Bewußtsein zu revolutionieren, dem Menschen ist die völlige Entwicklung seiner Fähigkeiten und Persönlichkeit zu sichern, neue und höhere Lebenswerte zu schaffen. Es gilt, die innere Leere und Gedrücktheit, die die Menschen heute erfaßt hat, zu beseitigen und dem Dasein neuen Sinn und Inhalt zu geben.

Die alten Gewalten und Führungsschichten sind zusammengebrochen und haben versagt. Der neue Staat kann daher nur ein Staat des schaffenden Volkes sein. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die weitere, daß die Erneuerung des Staates nur von unten her, aus den breiten Massen des Volkes kommen kann. Wir brauchen die Menschen und Kräfte, die den neuen Staat bejahen, die imstande und fähig sind, das Neue positiv zu gestalten und aufzubauen.

Nur wenn wir den Staat geistig durchdringen und ihn mit überlegenen fähigen Kräften durchsetzen, können wir uns die Plattform für einen grundlegenden Neuaufbau schaffen.

Für die Sozialistische Kulturzentrale stand daher im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die demokratisch - sozialistische Schul- und Erziehungsreform. Wir haben ein Programm dieser Reform aufgestellt und auch gemeinsame Aktionen mit der KPD im Sinne dieses Programms durchgeführt.

Nach wie vor verlangen wir gründliche Säuberung aller öffentlichen Einrichtungen der Schule und Erziehung von nazistischen, und ich füge hinzu, auch von reaktionären Einflüssen. (Sehr richtig!) Soviel auch hier schon getan ist, es muß noch weiter durchgegriffen werden. Der nazistische Lehrer und Hochschullehrer,

der Nazikünstler können unmöglich Repräsentanten des neuen Staates und Geistes sein.

An der Ausbildung neuer Lehrkräfte haben wir mitgearbeitet und einen großen Teil geeigneter Bewerber dafür ausgewählt; das gleiche ist in den verschiedenen Bezirken geschehen. Die vorgesehene Ausbildung neuer Lehrer im Rahmen von Kursen, die 8 Monate dauern, kann natürlich nur eine Notmaßnahme sein, um den Lehrermangel zu beheben, der durch die Entfernung der Nazielemente entstanden ist.

Von jeher schon fordern wir die Universitätsausbildung der Lehrer. In eingehenden Beratungen stellten wir einen Plan auf, der die Einrichtung von pädagogischen Fakultäten an den Universitäten vorsieht. In einer dreijährigen Ausbildungszeit sollen die jungen Lehrer für ihre verantwortliche Arbeit vorbereitet werden.

An dieser Stellungnahme zeigt sich die hohe Achtung und Wertschätzung, die wir dem Beruf des Volksschullehrers entgegenbringen. Wir sehen in ihm eine Erzieher- und Kulturpersönlichkeit, die namentlich auf dem Lande von großer Bedeutung für den Aufbau und die Festigung des demokratischen Staates ist.

Ausgehend von der Einheit des deutschen Volkes fordern wir die Einheitsschule, die allen Kindern ein höchstmögliches Maß von Wissen vermittelt. Durch einen zweckmäßig gegliederten organischen Aufbau des gesamten Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule soll die Möglichkeit geschaffen werden, die natürlichen Anlagen und Fähigkeiten aller Kinder zu entwickeln.

Die Einheitsschule kann nur eine weltliche Schule sein. Klare Trennung von Kirche und Staat und damit von Kirche und Schule ist die zwingende Folgerung, die sich daraus ergibt. (Sehr richtig!)

Die Schule darf nicht nach Konfessionen aufgespalten werden. Nur die Eltern entscheiden darüber, ob die Kinder am Religionsunterricht der Kirche teilnehmen oder nicht. Dieser Standpunkt schafft Klarheit und bedeutet keinerlei Stellungnahme gegen die Religion oder Kirche, wie das geflissentlich behauptet wird.

Nach meiner Meinung ist der Sozialismus mit jeder wahren Religion in Einklang zu bringen. Aber es ist ausschließlich Sache jedes einzelnen Menschen selbst, in die wir uns als Partei nicht hineinmischen, wie er sich zu Religion und Kirche stellt.

Eine Frage, die uns in der Kulturzentrale ebenfalls fortlaufend beschäftigt, ist die Hochschulreform. Die neue Zeit kann vor den Toren der Hochschulen und Universitäten nicht haltmachen. Ein frischer Luftzug tut not, der die Reste der Vergangenheit, die sich hier sehr stark eingenistet haben, hinwegfegt.

Es gilt, den Lehrkörper zu erneuern und junge befähigte Kräfte heranzuziehen, die im Volke wurzeln und den Erfordernissen der Zeit Rechnung tragen. Unsere erste Forderung aber heißt: Fort mit jeglichem Bildungsprivileg, Beseitigung aller Hemmungen, die dem Aufstieg der jungen Generation des schaffenden Volkes im Wege stehen.

Es ist untragbar, daß immer noch 80—90 Prozent aller Studenten den bisher bevorrechteten Kreisen angehören. Die Bahn muß frei sein auch für den befähigten Arbeiterstudenten.

Die hohen Summen, die der Staat für die Unterhaltung der Hochschulen ausgibt, und die von der werktätigen Bevölkerung in harter Arbeit aufgebracht werden, dürfen nicht dazu dienen, eine neue Nazigeneration großzuziehen.

Die geistige Elite der Nation muß sich in Zukunft aus der jungen Generation der Arbeiterschaft rekrutieren. Das bedeutet keine Bevorzugung des Arbeiterstudenten, vielmehr gilt es, das große Unrecht der Vergangenheit, das an der jungen Arbeiterschaft begangen wurde, wieder gutzumachen. Dieses Unrecht wurde immer als besonders hart und bitter empfunden.

Darum heißt die Parole: Bahn frei dem Arbeiterstudenten!

Schon gibt es auch Organisationen, Betriebe, Gemeinden, die Patenschaften für Arbeiterstudenten übernehmen, um diesen das Studium auch finanziell zu gewährleisten.

Die Lösung der finanziellen Frage, d. h. die finanzielle Sicherstellung des Studenten für die Zeit seines Studiums, ist von entscheidender Bedeutung. Soweit die öffentlichen Mittel und Stipendien nicht ausreichen, dürfte es notwendig sein, durch die großen Organisationen der Arbeiterschaft, Partei und Gewerkschaften, einen Studienfonds zu schaffen, der besonders befähigten Arbeiterstudenten zugute kommt.

Zu den vielen Fragen, die uns beschäftigen, gehört nicht zuletzt die Stellungnahme zur Volkshochschule. Diese Bildungseinrichtung der Gemeinden darf nicht allein der allgemeinen Wissensvermittlung und Erweiterung elementarer Kenntnisse dienen. Sie hat im demokratischen Staat vor allem die Aufgabe, eine Bildungsarbeit zu pflegen, die dem Aufbau dieses Staates dient und die Arbeiterschaft befähigt, an diesem Aufbau aktiv und verantwortlich mitzuwirken.

Wir müssen an den Volkshochschulen entscheidend mitarbeiten, ihr befähigte Lehrkräfte aus unseren Kreisen stellen und dafür sorgen, daß auch der wissenschaftliche Sozialismus und die mit ihm zusammenhängenden Gebiete in den Lehrplan aufgenommen werden.

Ebenso brachten wir Richtlinien zur Theaterfrage heraus, die unter Ablehnung des Geschäfts- und Vergnügungsbetriebes dem lebendigen Volkstheater sowie der Wiedererrichtung der Besucherorganisationen, natürlich unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse, das Wort reden.

In letzter Zeit nahmen wir ferner Stellung zur Frage des Volkssports und haben auch hierfür entsprechende Richtlinien vorbereitet.

Die Gestaltung unserer Feste und Feiern, besonders an Gedenktagen und wichtigen Anlässen, haben uns ebenfalls beschäftigt. Wir führten in Berlin unter dem Motto „Sozialistische Feierstunden" künstlerische Veranstaltungen von großem Format durch, die aus dem Geist und Wollen der sozialistischen Bewegung heraus geschaffen wurden.

Im Vordergrund aller Bemühungen stand die sozialistische Bildungs- und Schulungsarbeit, die ich überhaupt als die wichtigste und dringendste Aufgabe unseres Bildungswesens bezeichnen möchte.

In Berlin veranstalteten wir eine Anzahl Wochenendkurse für Funktionäre, in denen alle wichtigen Probleme der Gegenwart behandelt wurden.

Daneben fanden in allen Parteigruppen Kurse über die Geschichte der Arbeiterbewegung und darauf aufbauend Fortsetzungskurse mit der Einführung in die sozialistische Gedankenwelt statt.

Gleichzeitig wurden eine Anzahl von zentralen Spitzenkursen als wissenschaftliche Seminare veranstaltet, und zwar über alle aktuellen Probleme. Eine sozialistische Tribüne brachte ein Programm aktueller Vorträge über interessante und wichtige Probleme der Gegenwart, die jede Woche stattfanden.

Eine teilweise recht intensive Funktionärschulung wurde in verschiedenen Bezirken durchgeführt, so im Lande Sachsen in Form von Internatskursen für Bauernfunktionäre, Parteisekretäre, Referenten und Verwaltungsanwärter. In Magdeburg und anderen Bezirken fanden ebenfalls Internatskurse statt.

In anderen Bezirken setzten in letzter Zeit gemeinsame Schulungskurse mit der KPD ein, so in Dessau, Halle, Magdeburg, Thüringen. Auch Sonderkurse und Bildungsveranstaltungen, ebenso Arbeitskreise für junge Sozialdemokraten werden aus fast allen Bezirken berichtet.

Die Frage sozialistischer Festkultur, die Durchführung politisch-kultureller Veranstaltungen, die Ausgestaltung der Parteiversammlungen im Sinne einer künstlerischen Durchdringung und Umrahmung wurde in einigen Bezirken mit besonderer Sorgfalt gepflegt.

Ein Teil der Bezirke setzte schon in der Anfangszeit unseres Bestehens, als ein Zusammenhang mit der Zentrale noch kaum bestand, aus eigener Initiative mit einer durchaus beachtlichen Schulungs- und Bildungsarbeit ein, die für die Aktivität unserer Genossen im Lande bemerkenswert ist.

Eine sehr wichtige Aufgabe sehen wir in der Herausgabe sozialistischer Literatur, besonders unserer klassischen Standardschriften von Marx, Engels und Lassalle. Auch für den Sozialisten unserer Zeit ist es immer wieder notwendig, sich zu den Quellen sozialistischer Erkenntnis zurückzufinden.

Wir hatten nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan die Herausgabe dieser Schriften vorbereitet. Äußere Hindernisse haben diese Herausgabe leider immer wieder verzögert.

Ich hoffe, daß der neuen Einheitspartei die Lösung dieser wichtigen Frage in einem schnelleren Tempo als bisher gelingen wird.

Der Sozialistischen Kulturzentrale stand der zentrale Kulturausschuß zur Seite, ebenso eine Anzahl Fachkommissionen, so für sozialistische Schulung und Literatur, Kunst und Theater, Schule und Erziehung, für Hochschulreform und für Volkssport und Körperpflege.

Die Arbeit dieser Körperschaften, die teilweise sehr häufig zusammentreten, verdient unsere volle Anerkennung.

Wir gaben ferner Richtlinien heraus für die Bildung und Tätigkeit örtlicher und bezirklicher Kulturobleute und Kulturausschüsse, ebenso für das kommunale Bildungswesen, das im demokratischen Staat sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen hat.

Dem Aufbau unserer Bildungsarbeit dienten zwei sozialistische Kulturkonferenzen, am 23. September und 9. Dezember 1945. Ferner fand am 11. Januar 1946 in Berlin die erste Landeskulturtagung für die gesamte Zone statt, an der alle Bezirke teilnahmen. Behandelt wurden dabei die Aufgaben unserer Kulturarbeit, die sozialistischen Schulungsaufgaben, ferner nahmen wir Stellung zur Schul- uhd Erziehungsreform.

Auf unsere Anregung hin erfolgte im Januar dieses Jahres die Gründung eines gemeinsamen Kulturausschusses der Arbeiterorganisationen, in dem die beiden Arbeiterparteien und die Gewerkschaften vertreten sind. Diese gemeinsame Arbeit hat sich sehr gut eingeführt. Wir können auf eine erfolgreiche und harmonische Tätigkeit zurückblicken. Dieser Kulturausschuß verkörpert die Kultureinheit der gesamten Arbeiterbewegung. Er ist legitimiert, die kulturellen Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten und zur Geltung zu bringen.

Wir veranstalteten mit Hilfe dieses Ausschusses eine Reihe gemeinsamer Aktionen, vor allem auf dem Gebiet der Erziehungs- und Schulreform, daneben Gedenkfeiern für Engels, Bebel, Liebknecht.

Eine Kulturwoche vom 24. bis 31. März 1946 in der gesamten Zone mit Ausnahme von Berlin diente dem Zweck, die Einheit der deutschen Kultur und die Bedeutung der Arbeiterschaft für die deutsche Kultur zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere kam es darauf an, die Verbindung zwischen den kulturschöpferischen Kreisen der Kunst und Wissenschaft und den breiten Massen des schaffenden Volkes sinnfällig zu manifestieren.

Es zeigte sich, daß auf dem Boden des demokratischen Staates trotz der Not unserer Zeit sich ein Kulturleben entwickelt hat, das auf einer bemerkenswerten Höhe steht und zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Mit der Sozialistischen Einheitspartei werden die Kulturaufgaben eine weitere Steigerung erfahren. Sie wird darauf hinwirken, alle positiven Kräfte und Fähigkeiten im Volke zu mobilisieren und für den Neuaufbau unseres Staats- und Volkslebens einzusetzen.

Die erste Voraussetzung hierfür ist eine intensive Schulungsarbeit in unseren eigenen Reihen. Sie wird sich in zwei Richtungen bewegen:

1. In der Heranbildung sozialistisch geschulter kämpferischer Menschen vor allem aus der jungen Generation.

2. In der planmäßigen Schulung unserer Funktionäre und Funktionärinnen sowohl für die Aufgaben der Partei wie für die Aufgaben in Staat und Gemeinde.

Es stehen uns dafür eine Reihe Internatsschulen in allen Bezirken zur Verfügung, die die Durchführung einer intensiven, länger dauernden Ausbildung ermöglichen. Der Leitgedanke ist, daß unsere aktiven Mitglieder, vor allem die jüngeren, ebenso wie alle Funktionäre, mindestens einmal im Jahre an einem solchen Lehrgang teilnehmen. (Sehr richtig!)

Von der Heranziehung sozialistisch durchgebildeter Menschen und sachlich befähigter Kräfte hängt es ab, ob wir die gewaltigen Aufgaben meistern werden, die uns als der größten und führenden Partei des schaffenden Volkes gestellt sind. Ein Versagen auf diesem Gebiet würde verhängnisvoll für die Zukunft des deutschen Volkes und unserer Partei sein.

Wir müssen auch die Beziehungen zum Ausland wiedergewinnen. Kenntnis über die wichtigsten Länder und Völker zu verbreiten, gehört mit zu unseren Aufgaben, ebenso den Anschluß an die Kultur des Auslandes wiederzufinden.

Die geistige Verheerung der Nazizeit, die Verhärtung der Seelen, müssen wir überwinden. Demgegenüber betonen wir die Wiederherstellung der geschändeten Menschlichkeit. Es ist Sache des Sozialismus, diese hohe Aufgabe zu erfüllen.

Sozialismus ist für uns keine kalte Wissenschaft, kein starres System, kein nüchternes Rechenexempel, sondern eine blutvolle, von warmer Menschlichkeit durchpulste Bewegung.

Klarheit des Denkens und Erkennens, verstandesmäßige Erfassung des Sozialismus zum zielbewußten Handeln, aber dabei muß die Seele mitschwingen, dahinter muß ein warmes Herz schlagen.

Sozialismus hat nur dann Berechtigung, wenn er das Leben schöner und reicher gestaltet. Wir wollen eine Volkskultur entwickeln, an der alle Menschen teilnehmen. Alles Große und Edle, was die führenden Geister der Menschheit bisher gedacht und geschaffen haben, nehmen wir für uns in Anspruch.

Das tätige Volk darf nicht länger ausgeschlossen sein von den Schätzen der Kunst und Kultur. Kultur und Volk müssen in eine lebendige Verbindung miteinander gebracht werden.

Zum Sozialismus gehören ebenso Kants kategorischer Imperativ wie die warme Menschlichkeit Goethes, die Gemälde eines Rembrandt nicht weniger wie die neunte Sinfonie Beethovens.

Sozialismus ist uns nicht nur Lippenbekenntnis, sondern innerster Besitz, heiligste Überzeugung.

Ein Sozialist wird immer die Worte Goethes im Herzen tragen:

Edel sei der Mensch,
Hilfreich und gut! (Bravo-Rufe, Beifall.)

Genosse Fechner: Als nächster Berichterstatter hat Genossin Käthe Kern das Wort.

Genossin Käthe Kern: Verehrte Gäste, Genossen und Genossinnen! Bei unserer Arbeit zur Erfassung der Frau haben wir auszugehen von den wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen unserer Zeit. Im 19. Jahrhundert hatte die Industrialisie-

rung der Wirtschaft große wirtschaftliche und soziale Umwälzungen und eine weitgehende Einsetzung der Frau in das Erwerbsleben gebracht. Die Frauenarbeit hatte einen ausgesprochen proletarischen Charakter, und Lilly Braun stellte fest, daß etwa Dreiviertel aller erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen waren. Die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1925 zeigten deutlich eine Umschichtung in der Struktur der Frauenarbeit. Während um die Jahrhundertwende die Hausarbeit der Frauen durch Fabrikarbeit abgelöst wurde, hatten sich inzwischen die Frauen von der gewerblichen Arbeit abgewendet und waren in die Angestelltenberufe geströmt. Wir hatten 1925 gegenüber 1907 eine Verdoppelung der Zahl der männlichen Angestellten, aber eine Verdreifachung der weiblichen Angestellten zu verzeichnen.

Unter dem Naziregime setzte sich im Zusammenhang mit der Aufrüstung und der zunächst erfolgten Ausweitung der Grenzen sowie der enormen Ausdehnung des Verwaltungsapparates diese Entwicklung fort. Einem Heer von weiblichen Angestellten in den Ministerien, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen, Konzernen und Bankpalästen standen auf der anderen Seite die Rüstungsarbeiterinnen und die ausländischen Arbeiterinnen als moderne Sklavinnen gegenüber. Die Auswirkungen des Hitler-Krieges, der enorme Frauenüberschuß und der soziale Absturz weiterer Bevölkerungsschichten in Besitzlosigkeit hat vor allem das Frauendasein in noch nicht dagewesenem Ausmaß revolutioniert. Mehr denn je sind die deutschen Frauen in das Erwerbsleben mit einbezogen, das von ihnen nicht mehr als Durchgangsstadium angesehen werden kann, sondern als Dauerzustand zu werten ist.

Die politische Entwicklung muß daher die Mehrheit der deutschen Frauen zum Sozialismus führen. Wir wissen, daß die Erschwerung der Haushaltsführung infolge der Kriegsauswirkungen, die doppelte Belastung der erwerbstätigen Frau und Ernährungssorgen viele Frauen noch nicht zur politischen Besinnung kommen lassen. Wir müssen aber den Frauen klarmachen, daß sie nur durch politische Mitarbeit ihr Schicksal meistern und ihre Lage auf die Dauer bessern können. So haben die gewerkschaftlich organisierten Frauen bereits die Einführung des bezahlten Hausarbeitstages erreicht. Durch die Frauenausschüsse haben unsere aktiven Genossinnen Eingaben an die alliierten Militärbehörden gemacht und die Notlage unserer Frauen, Mütter und Kinder geschildert. Wir erkennen dankbar an, daß die Besatzungsbehörden sich dem deutschen Volke gegenüber nicht von Rachegesichtspunkten leiten lassen, sondern bemüht sind, unsere Ernährung trotz der Welternährungskrise zu sichern. (Bravo!) So ist es uns in Berlin gelungen, eine Verbesserung der Lebensmittelzuteilung für Frauen mit mehreren Kindern und für Schwangere zu erzielen.

Wir bitten auch um Gehör für einen Herzenswunsch unserer Frauen, deren Männer, und unserer Mütter, deren Söhne sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden. (Sehr richtig! Beifall.) Wir wären dankbar für beschleunigte Entlassung aller antifaschistischen kriegsgefangenen Männer und Jugendlichen. (Sehr

richtig! Beifall.) Wir bitten dabei zu beachten, daß gerade sie in erster Linie eingezogen wurden, während die aktiven Nazis vorzugsweise für unabkömmlich erklärt und in der Heimat eingesetzt wurden, um die Bevölkerung unter Druck zu halten. (Sehr richtig!)

Wir legen dem Parteitag folgende Entschließung zur Annahme vor:

Der Parteitag beschließt, daß die Partei in geeigneter Weise erneut bei den alliierten Besatzungsbehörden vorstellig wird, um zu erwirken, daß alle Kriegsgefangenen, welche nicht Mitglieder oder Anhänger der nationalistischen Bewegung waren, beschleunigt entlassen werden. (Beifall.)

Die Angaben unserer Bezirksverbände ergeben, daß der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft zwischen 14 und 33¼ Prozent schwankt. In Berlin beträgt der prozentuale Anteil der weiblichen Mitglieder zwischen 16 und 30 Prozent, wobei die westlichen Kreise — und zwar beziehen sich die Angaben auf die Zeit vor der Spaltung — am schwächsten sind, während in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken die weibliche Bevölkerung politisch aktiver und dementsprechend auch organisatorisch stärker erfaßt ist. (Bravo!) Den geringsten Prozentsatz weiblicher Mitglieder hat Halle mit 18 Prozent aufzuweisen. Es folgt Brandenburg mit 18,13 Prozent. Hier ist zu beachten, daß in größeren Orten die Frauen stärker und in kleineren Orten schwächer erfaßt sind. Weimar beziffert den Anteil der Frauen auf 20 Prozent, ebenso Schwerin, während für Mecklenburg aus Rostock 24 Prozent und aus Stralsund 33 1/3 Prozent gemeldet werden. (Bravo!) In den fünf Unterbezirken Leipzigs schwanken die Ziffern zwischen 14,6 und 23,5 Prozent. Auf Leipzig selbst entfallen 22,9 Prozent. Im Durchschnitt beträgt die weibliche Mitgliedschaft im ganzen Bezirk Leipzig 20,7 Prozent. Der Bezirk Dessau meldet 22,13 Prozent und Dresden 33 1/3 Prozent. (Bravo!) Von den Bezirken Magdeburg und Chemnitz fehlen Zahlenangaben.

Wir müssen feststellen, daß in dem durchschnittlichen prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft unserer Partei der große Frauenüberschuß und die soziale Wandlung der Stellung der Frau noch nicht genügend zum Ausdruck kommt. Wir haben aus diesen Tatsachen die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir unsere politische Aufklärungsarbeit für die Frauen noch intensiver gestalten müssen.

Bemerkenswert an den Berichten aus den Bezirken ist, daß unsere Genossinnen fast durchweg im Rahmen der von Marschall Shukow im November vorigen Jahres genehmigten Frauenausschüsse aktiv mitgearbeitet haben. Diese Frauenausschüsse setzen sich paritätisch zusammen aus den Vertreterinnen der vier antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend unter Hinzuziehung parteiloser Frauen. In fast allen Frauenausschüssen sind unsere Genossinnen mit Genossinnen aus der KPD führend beteiligt an der kommunalen und sozialen Arbeit. Bei den Stadtmagistraten sind Beratungsstellen der Frauenausschüsse eingerichtet, zu deren Leitung unsere Genossinnen noch mehr als seither herangezogen werden müssen.

Auf den vielen öffentlichen Kundgebungen der Frauenausschüsse, die der politischen Umerziehung und der Aufklärung der Frauen dienten, hatten unsere Genossinnen Gelegenheit, zu Frauen aller Bevölkerungsschichten zu sprechen und auch für unsere grundsätzliche Auffassung zu werben. Diese Veranstaltungen fanden über unsere Erwartungen hinaus das stärkste Interesse der Frauen und gestalteten sich oft zu großen Massenkundgebungen. So mußten bei der ersten großen Kundgebung des zentralen Frauenausschusses beim Magistrat der Stadt Berlin mehrere hundert Frauen umkehren, weil sie keinen Einlaß mehr finden konnten. Diese Kundgebung hat über den Rahmen von Berlin hinaus begeisternd und befruchtend auf die Mitarbeit unserer Genossinnen in den Frauenausschüssen der Provinzen und Länder gewirkt und auch bisher politisch indifferente Frauen für den Aufbau eines neuen Deutschlands gewonnen. Auch die von unserer Partei gemeinsam mit den Frauen der KPD durchgeführten Kundgebungen hatten durchweg einen guten Erfolg, in Berlin, zum Beispiel im Bezirk Prenzlauer Berg, schon im September vorigen Jahres, später in Johannisthal und in Lichtenberg; vor allem aber waren in Berlin die gemeinsamen Frauenversammlungen von den Betriebsfraktionen der KPD und SPD bei der BVG, bei der Berliner Sozialversicherungsanstalt und schließlich kürzlich bei der Gasag ein wichtiger Auftakt zur Stärkung des Einheitsgedankens auch bei den Frauen. Und trotz aller Gegenpropaganda der Vereinigungsgegner in Berlin wurde die Frauenkundgebung der SPD und KPD am 25. März im Admiralspalast in Berlin zu einem einmütigen Bekenntnis der über 2000 anwesenden Frauen zur sofortigen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. (Beifall.)

Im Zusammenhang damit möchte ich auch hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Frage der Vereinigung von unseren Genossinnen in Berlin viel leidenschaftsloser und sachlicher debattiert worden ist als von den Männern. Unsere Frauen haben damit den Beweis erbracht, daß sie sich bei dieser Entscheidung von politischen Gesichtspunkten und nicht von gefühlsmäßigen Erwägungen leiten ließen. (Bravo! Beifall.) Die Frauen mit einem gesunden Sinn für praktische Arbeit haben erkannt, daß es höchste Zeit ist, die Debatten über die Vereinigung zu beenden, um mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbauarbeit schneller voranzukommen. Angesichts des furchtbaren Erbes, das uns Hitler in finanzieller, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht hinterlassen hat, kann es nicht darauf ankommen, getrennt bei kommenden Wahlen erst einmal die Kräfte zu messen. Die Zusammenfassung der gesamten Kräfte der Arbeiterklasse in einer großen Millionenpartei ist das Gebot der Stunde. Nur die zusammengeballte Kraft der breiten Masse der Erwerbstätigen wird uns in die Lage versetzen, die furchtbare Not der Gegenwart zu meistern, die durch Hitlers wahnsinnige Kriegführung bis zur totalen Niederlage entstanden ist, die zerschlagene deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und einer sozialistischen Gesellschaftsordnung den Weg zu bahnen.

In welch hohem Maße unsere Genossinnen zur Überwindung der furchtbaren Nöte unserer Zeit beitragen, dafür möchte ich auch einige Beispiele aus den Berichten unserer Bezirksverbände anführen. Das Flüchtlingsproblem und neuerdings die Umsiedlung von Millionen Menschen stellte vor allem unsere Bezirke Görlitz, Mecklenburg und Brandenburg vor schwere Aufgaben. Die Menschen kamen verlaust, krank und mit zerrissenen Kleidern. Die Frauen der beiden Arbeiterparteien fanden sich in den Nähstuben zusammen, um helfend einzugreifen. Aus Kasernen und Lägern wurden Uniformen geholt und umgearbeitet. Oft war das Material blutig und verschmutzt und mußte von den Frauen erst gewaschen werden. Aber es wurde keine Mühe gescheut. Gelegentlich konnte auch bei der Beschlagnahme von Wohnungen aktiver Nazis Wäsche und Garderobe für die Nähstuben erfaßt werden. So wurden zum Beispiel in der Wohnung eines SS-Brigadeführers in Potsdam 973 Servietten, 48 große Tafeltücher für 24 Personen, 50 Tischtücher, Dutzende von Handtüchern und elf Zentner Lumpen aufgefunden. Dabei soll dieser Bestand nur einen Rest dargestellt haben, da ein großer Teil schon auf die Seite gebracht worden war.

Bei der Betreuung der rückkehrenden Kriegsgefangenen, in der Aktion „Rettet das Kind" und bei der Durchführung der Schulspeisung haben viele unserer Genossinnen vorbildliche ehrenamtliche Hilfsarbeit geleistet. So wurden zum Beispiel in Berlin von den Frauen in den Nähstuben der Frauenausschüsse zu Weihnachten für die Kinder allein 90 000 Stück Kleidungsstücke hergestellt.

Aus Magdeburg können unsere Genossinnen berichten, daß in gemeinsamer Arbeit von antifaschistischen Frauen für das Hilfswerk der Provinz Sachsen an Geldspenden 500 000 Mark gesammelt wurden.

Unermüdlich setzen sich unsere Genossinnen in den Frauenausschüssen für die Errichtung von Kindergärten zur Entlastung der berufstätigen Mütter ein. So wird auf allen Gebieten von unseren Genossinnen praktische Sozialarbeit zur Linderung der Not geleistet.

Aus der steigenden Kriminalität der Jugend und ihrer moralischen und sexuellen Gefährdung erwächst uns Frauen auch die Aufgabe, die gefährdete Jugend in unsere schützende Obhut zu nehmen, sie durch unser Beispiel menschlich und seelisch zu beeinflussen und sie wieder zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

Über allen unseren Maßnahmen für die Kinder, die heranwachsende Jugend, wollen wir aber nicht versäumen, für die Kranken und arbeitsunfähigen Alten auch zu sorgen. Sie hatten geglaubt, in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit sich für den Krankheitsfall und ihr Alter gesichert zu haben, und mußten nun erleben, wie Hitler sie um die Früchte ihrer Arbeit und um die finanzielle Sicherung ihres Lebensabends brachte.

Grundsätzlich wollen wir als Sozialistinnen bei unserer Sozialarbeit nicht außer acht lassen, daß letzten Endes die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Ursache allen Übels ist. Unsere politische Aufklärungsarbeit muß diese Erkennt-

nis in immer weitere Kreise des deutschen Volkes hineintragen. Vor allem gilt es, die Frauen davon zu überzeugen, daß nur die Sozialistische Einheitspartei ihre Interessen wahrnimmt, ihnen erträgliche Lebens- und Daseinsbedingungen schafft und ihren Kindern eine bessere Zukunft sichern kann. Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei, die uns im Entwurf vorliegen, zeigen uns den Weg aus der Katastrophe der Gegenwart und stellen die Forderungen auf für das große geschichtliche Ziel der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Die zur demokratischen Erneuerung Deutschlands erhobenen Gesamtforderungen werden von uns Frauen voll und ganz bejaht. Unseren Frauen ist durch den Hitler-Krieg schwerstes Leid zugefügt worden. Wir wünschen deshalb strenge Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen der Behandlung, die unseren Genossen zuteil wurde, die für die Befreiung Deutschlands vom Naziregime kämpften und ihr Leben lassen mußten, und der Behandlung, die den Kriegsverbrechern in Nürnberg zuteil wird, dann will es uns oft scheinen, als ob diese eine solche menschliche Behandlung gar nicht verdient hätten. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir Frauen begrüßen auch den Volksentscheid zur Überführung der Betriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der demokratischen Selbstverwaltung. Nur diese wird uns vor der Entfesselung neuer Kriege durch eine imperialistische Rüstungsindustrie bewahren. In der planvollen Gestaltung der Wirtschaft erblicken auch wir Frauen die beste Voraussetzung, für alle Werktätigen Arbeit zu beschaffen und den lebensnotwendigen Bedarf der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu sichern. Im Hinblick auf die starke Einbeziehung der Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben ist ihre verantwortliche Beteiligung bei dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft nicht nur selbstverständlich, sondern auch notwendig. (Sehr richtig!) Wir fordern volle Gleichberechtigung der Frauen und gleichen Lohn für gleiche Leistung. Die gewerkschaftliche und politische Mitarbeit der Frau wird dazu beitragen, diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Vielfach sind in den noch geltenden Tarifverträgen für Frauen nur 50 bis 60 Prozent der Männerlöhne vorgesehen. (Hört, hört!) Mit diesem Überbleibsel aus der Hitler-Zeit muß aufgeräumt werden. (Sehr richtig!) Die Frau hat sich bei der Wiederaufbauarbeit bestens bewährt und hat deshalb auch Anspruch auf volle Anerkennung ihrer gleichwertigen Arbeitskraft. Die Berichte unserer Genossinnen aus den Bezirken lassen erkennen, daß Frauen wohl zahlreich als Angestellte bei Behörden vertreten sind, aber leider noch nicht genügend in gehobenen und verantwortlichen Posten. Wir wünschen, befähigte Frauen mit leitenden Stellen in Wirtschaft und Verwaltung zu betrauen. (Bravo! Beifall.)

Die unter dem Naziregime eingeführten Beschränkungen für das Universitäts- und Hochschulstudium der Frauen müssen beseitigt und ihnen die Tore zu allen für sie geeigneten Berufen geöffnet werden. Auch wir Frauen wünschen eine demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Ein jeder,

auch die Frau, soll Ausbildung und Einsatz finden nach Leistungen und Fähigkeiten. Die Erziehung der Jugend muß im Geist einer fortschrittlichen Demokratie erfolgen und damit der Freundschaft unter den Völkern und der wahren Menschlichkeit dienen. Unsere Genossen und Genossinnen rufen wir auf, sich selbst oder ihre Söhne und Töchter zur Ausbildung für die erforderlichen neuen demokratischen Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Auch der Sozialberufsausbildung werden wir unsere volle Aufmerksamkeit widmen. Für uns ist die Not unserer Zeit nicht Schuld des einzelnen, sondern eine Verpflichtung für die Allgemeinheit. Wir begrüßen daher die Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter- und Kinderschutzes, die besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus sowie die Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

Auf allen diesen Gebieten ist die verantwortliche Mitarbeit der Frau ein dringendes Bedürfnis unserer Zeit.

Ein Blick in das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei zeigt uns, daß bei dem Gesamtaufbau der Partei, angefangen von der Ortsgruppe über den Kreis, den Bezirk bis zum Parteivorstand und zur obersten Instanz, dem Zentralsekretariat, die besondere Berücksichtigung der Frau vorgesehen ist. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte sich von Anbeginn an für die volle Gleichberechtigung der Frau eingesetzt. Die Sozialistische Einheitspartei gibt uns auch heute die Gewähr, unseren weiblichen Einfluß auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wahrnehmen zu können. Die Millionenpartei des schaffenden Volkes wird für beide Geschlechter die gleichen sozialen Entwicklungsbedingungen gewährleisten, und so wird, wie August Bebel einmal sagte, auch die Frau sich auf eine Höhe der Vollkommenheit ihres Wesens erheben, von der wir noch keine rechte Vorstellung besitzen, weil bisher ein solcher Zustand in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit fehlte.

Unsere vornehmste Aufgabe aber erblicken wir Frauen darin, beizutragen zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern. Wir wollen durch unsere politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Mitarbeit nicht nur unserem eigenen Leben wieder einen Inhalt und einen Sinn geben, wir wollen beitragen zur Schaffung eines wirklichen Friedens, zum Aufbau einer wahren Kultur, zur Erhaltung eines sinnvollen Lebens für die gesamte Menschheit. (Beifall.)

Genosse **Gniffke**: Als letzter Punkt kommt Punkt 4: Genosse Schreiber über die Jugendarbeit.

Genosse **Schreiber** (mit Händeklatschen begrüßt): Verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Der Bericht über die Jugendarbeit war auf den Parteitagen der Sozialdemokratie von jeher einer der erfreulichsten. Der jeweilige Berichterstatter konnte in stolzen Worten auf die zurückliegende Aufbauarbeit verweisen. In nüchternen Zahlen vermochte er dann Umfang und Art der geleisteten Arbeit darzulegen. Diese Berichtsvoraussetzungen bestehen heute noch nicht. Die Organisation der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde durch den Terror der

Nazis zerschlagen. In vielen Orten war die illegal arbeitende Arbeiterjugendgruppe die Keimzelle des Widerstandes gegen den Hitlerismus. Die hohe Zahl der in politischen Prozessen abgeurteilten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend beweist diese Tatsache sinnfällig. Als im April 1945 das sogenannte tausendjährige Reich zusammenbrach, hoffte mancher unter uns, daß die Jugendarbeit der Partei dort wieder beginnen könnte und würde, wo sie 1933 gewaltsam unterbrochen wurde. Doch zwischen den Jahren 1933 und 1945 lag die Zeit der entsetzlichsten Blutherrschaft, die Zeit der brutalsten Völkervernichtung, lag der von Adolf Hitler entfesselte Krieg, lag der Krieg, der dem deutschen Volke schließlich die Befreiung vom Hitler-Joch und die Besetzung Deutschlands durch die vier siegreichen Besatzungsmächte brachte. Mit der Besatzung kam wieder Ordnung in das unermeßliche Chaos, das in Deutschland als Folge des Zusammenbruchs herrschte. Es spricht für die politische Weitsicht der Besatzungsmächte und insbesondere für die positive Haltung der sowjetischen Administration, daß sie zu den dringlichsten Aufgaben des Wiederaufbaus und der Festigung der Demokratie die Erfassung und Betreuung der Jugend rechnete. Marschall Shukow war es, der durch den Erlaß vom 31. Juni 1945 die ersten Maßnahmen auf diesem Gebiet hervorrief und die Bildung kommunaler Jugendausschüsse für die gesamte sowjetische Besatzungszone anordnete. Rückschauend kann man heute sagen, daß dieser Erlaß nicht nur eine gute Maßnahme war, nicht nur ein Akt des Entgegenkommens der sowjetischen Besatzungsbehörde an die aufbauwilligen Kräfte. Nein, er war mehr. Wir wissen es heute, er war seinerzeit die einzige mögliche Lösung der Jugendfrage. Und warum? Zum Zeitpunkt des Erlasses waren die politischen Parteien im ersten Stadium ihrer Entwicklung. Sie suchten selbst erst nach den organisatorischen Formen, die für ihre Wiederaufbauarbeit unerläßlich waren. Ihnen in diesem Stadium die Erfassung der Jugend zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit gewesen, die Jugend parteipolitisch zu erfassen und auszurichten. Dieser Auftrag konnte und durfte unter den damaligen Umständen auf keinen Fall erteilt werden. Es war deshalb durchaus richtig, die Jugendarbeit den kommunalen Einrichtungen zu überlassen. An die Parteien und die antifaschistischen Kräfte erging deshalb der Ruf, sich in diese Arbeit einzuschalten und Mitarbeiter für die Arbeit der Jugendausschüsse zur Verfügung zu stellen.

Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses rief daraufhin alle ehemaligen Mitarbeiter der Arbeiterjugend, der Arbeiter-Turn- und -Sportverbände und aller sonstigen Arbeiter-Kulturorganisationen, die auf dem Gebiet der Jugendpflege schon tätig gewesen waren, auf, ihre Mitarbeiter zur positiven Mitwirkung in die kommunalen Jugendausschüsse zu entsenden. Viele Tausende unserer besten Mitarbeiter sind damals diesem Rufe gefolgt. Sie stehen noch heute teils hauptamtlich, teils ehrenamtlich im Dienste der kommunalen Jugendarbeit.

Doch mit den mehr anregenden und betreuenden Maßnahmen der kommunalen Jugendausschüsse und deren Förderung erschöpfte sich die Arbeit unseres Jugend-

sekretariats keineswegs. Mit der Entwicklung der Partei, dem Zustrom jugendlicher Menschen zur Partei entstand die Notwendigkeit zur Durchführung von Sondermaßnahmen für die Gruppe der jüngeren Parteimitglieder. Es sei hier an den Beschluß des Parteiausschusses erinnert, der das Eintrittsalter in die Partei auf 16 Jahre herabsetzte.

Damit entstand das Problem der Arbeit an und für die jüngeren Parteimitglieder in der Partei. Es war notwendig, für diese Arbeit eine besondere Form der innerparteilichen Jugendarbeit zu schaffen. Auf Initiative des Jugendsekretariats entstanden in allen Bezirken Bezirks-Jugendsekretariate. Diesen wurde die Aufgabe gestellt, in den Ortsvereinen Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften oder Aktivgruppen jüngerer Sozialdemokraten zu schaffen. Nach anfänglich tastenden Versuchen und Fehlschlägen entwickelten sich diese immer mehr zu einem bewußt gepflegten Zweig der inneren Parteiarbeit.

Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses hat für diese Arbeit Richtlinien herausgegeben und damit versucht, den allerorts allmählich erwachsenden Maßnahmen eine gewisse Einheitlichkeit der Durchführung zu sichern. In Anlehnung an die in vielen Mitarbeitern noch lebendige Form der Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde der Bogen der Arbeit für die jüngeren Parteimitglieder von der Pflege der Geselligkeit in jugendtümlicher Form bis zur intensivsten Schulungsarbeit gespannt. Die uns vorliegenden Berichte lassen eindeutig erkennen, daß auf dem Gebiete der Partei-Jugendarbeit sehr verheißungsvolle Ansätze entstanden sind, deren Ausbau unbedingt angestrebt werden sollte.

Mit der Eröffnung der Universitäten innerhalb der sowjetischen Besatzungszone entstand ein weiteres Arbeitsgebiet des Jugendsekretariats. Es wurden in allen Orten, in denen Universitäten und Hochschulen entstanden, Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Studenten innerhalb der Parteiorganisation angestrebt und gebildet. Diese Studenten-Arbeitsgemeinschaften haben sich überall gut entwickelt. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Entsendung von Sachbearbeitern in die Prüfungsausschüsse, die mit der Prüfung der Voraussetzung der Aufnahme in die Universitäten und Hochschulen sich beschäftigen. Wir ließen uns in der Arbeit für die jungen Studierenden davon leiten, daß es von höchster Wichtigkeit ist, wer künftig unsere Hochschulen besucht. Die Förderung begabter Arbeiterkinder und die Finanzierung ihres Studiums ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die dem sozialdemokratischen Studentenausschuß obliegt. Der gegenwärtige Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet ist der, daß für jeden Hochschulort entweder Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Studenten geschaffen oder diese in Bildung begriffen sind. Parallel zu den kommunalen Jugendausschüssen wurde im Rahmen der Zentralverwaltung für Volksbildung auf Initiative des Präsidenten, des Genossen Wandel, ein Zentraljugendausschuß geschaffen, dem die Förderung und Führung aller Jugendmaßnahmen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone als Aufgabe gestellt wurde. Diesem Ausschuß gehören Vertreter aller antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der

Konfessionen an. Dieser Ausschuß stellt eine Plattform dar zur gemeinsamen Jugendarbeit auf breitester Grundlage. Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses ist an den Arbeiten dieses Zentraljugendausschusses stärkstens beteiligt. In diesem Ausschuß fließen alle Erfahrungen zusammen, die mit den kommunalen Jugendausschüssen gemacht werden. Aus dem gesamten Reichsgebiet gehen dem Jugendausschuß laufend Berichte zu über die auch in den Westzonen durchgeführten Maßnahmen auf dem Gebiet der Erfassung und Betreuung der Jugend. Überall ist nun festgestellt worden, daß der Drang der Jugend nach eigenen Organisationsformen erwacht ist und ständig erstarkt. Auch das Jugendsekretariat des Zentralausschusses hat sich vom Standpunkt der Partei öfter mit der Frage nach Schaffung einer eigenen sozialistischen Jugendorganisation beschäftigt. Es lag nahe, in Erinnerung an die Jahre, die wir in der Arbeiterjugend standen, in Erinnerung an die stolze Tradition der Sozialistischen Arbeiterjugend, an die Jugendtage von Weimar über Hamburg bis Wien, auch eine entsprechende Organisation nach dem Mai 1945 erstehen zu lassen. Nach eingehender Prüfung haben wir es jedoch für richtiger gehalten, zusammen mit unseren Freunden aus der kommunistischen Jugend und aus allen anderen antifaschistischen Parteien einen anderen Weg für die Erfassung der Jugend zu gehen. Folgende Gründe sprechen für die Entscheidung: Der Nazismus hat dem deutschen Volke ein Erbe hinterlassen, das in jeder Hinsicht in seiner Grauenhaftigkeit und Fürchterlichkeit unvorstellbar ist. Dieses Erbe zu sichten und die noch nutzbar zu machenden Bestandteile aus dem Chaos und der Verwüstung herauszulösen und für den Neuaufbau nutzbar zu machen, ist eine Titanenarbeit. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, an 1933 anzuknüpfen und das, was seinerzeit gut war, einfach jetzt wiederaufzunehmen.

Wenn dieser Vorsatz schon keine Berechtigung hatte für die Arbeit der politischen Parteien, sondern für diese die Notwendigkeit sich dringend ergab, die Plattform des antifaschistischen Blocks zu finden, konnte er noch viel weniger Geltung besitzen für die Erfassung und Betreuung der Jugend. Alle Erkenntnisse, alle Erfahrungen zwangen vielmehr dazu, etwas gänzlich anderes zu machen. Es mußte eine neue Organisationsform auch für die Jugendarbeit gefunden werden, um mit dieser und in dieser eine bessere Arbeit leisten zu können. Und aus dieser Erkenntnis heraus beteiligte sich auch das Jugendsekretariat an der Vorbereitung und Gründung der Freien deutschen Jugend, der Organisation der Jugend, die jetzt für die sowjetische Besatzungszone ihre Legitimation erhalten hat.

Ich darf wohl sagen, wir waren und sind an diesen Arbeiten in besonderer Weise beteiligt. Es kommt uns nicht darauf an, eine Jugendorganisation zu machen. Jugendorganisationen kann man nicht machen, es sei denn, man hat die Absicht, ein Zerrbild einer solchen etwa in Gestalt einer Hitler-Jugend erneut ins Leben zu rufen. Wir glauben vielmehr und sind gewiß, daß wir recht daran taten, die lebendigen Ströme echten jugendtümlichen Lebens aufzufangen und in eine neue Organisation zu leiten, die in rechter Weise Tradition und zukunftsweisende Ele-

mente verbindet. Die freie deutsche Jugend übernimmt die jugendlichen Lebensformen, die sich einst die freideutsche und sozialistische Jugendbewegung selbst geschaffen hatte. Die neue deutsche Jugend ist im Gegensatz zu den früheren parteipolitisch aufgebauten Jugendorganisationen eine überparteiliche Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der Jugend. Geeint sind in der Freien deutschen Jugend die parteilosen und parteigebundenen Jugendlichen im gemeinsamen Bekenntnis zum Sozialismus.

Auf einer überparteilichen Grundlage wird die neue deutsche Jugend unter Wahrung der ihr gemäßen Lebensart der gemeinsamen Aufgabe der Erziehung der Jugend zum Sozialismus dienen. Wenn wir auch bewußt auf die Schaffung einer eigenen Jugendorganisation innerhalb der Partei verzichteten, so doch nur deshalb, weil wir eine höhere Zielsetzung sehen. Das heißt aber nicht, daß wir innerhalb der Freien deutschen Jugend darauf verzichten werden, die Tradition der sozialistischen Jugendbewegung zu pflegen und zu neuem Leben zu erwecken. Wir beabsichtigen vielmehr, innerhalb dieser großen deutschen Jugendorganisation sozialistische Aktivgruppen zu bilden, von denen die Werbung und allgemeine politische Unterweisung der großen Zahl der politisch völlig ungeschulten Jugendlichen erfolgen soll. Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands innerhalb der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront als Antriebskraft für den demokratischen Neubau und den Sozialismus wirken soll, in demselben Sinne werden die sozialistischen Aktivgruppen in der Freien deutschen Jugend wirken. Wir wissen, daß wir der Jugend in der Freien deutschen Jugend erst einen Organisationsrahmen zu geben versucht haben. Wichtiger aber als die Organisation ist der Geist, der in ihr lebendig ist. Die Jugend für die kämpferische Demokratie zu gewinnen und für die Idee des Sozialismus zu begeistern, das ist die Aufgabe der Freien deutschen Jugend, wie wir sie sehen. Wir verkennen aber nicht die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Wir kennen die falschen Idole und sehen die moralischen Verfallserscheinungen in der Jugend als Auswirkung des Krieges durchaus. Eine große Hilfe für unsere Arbeit aber ist der gesunde Lebensinstinkt der Jugend und die ihr angeborene Begeisterung und Hingabe für ein großes Ideal. Diese in der Jugend aller Völker wirkenden Kräfte sind auch in unserer deutschen Jugend lebendig. Diese Kräfte für den Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus zu wecken, das ist die große Aufgabe, die unser harrt. Wir müssen die deutsche Jugend gewinnen, wenn wir die Zukunft besitzen wollen, denn die Jugend ist das Bauvolk der kommenden Zeit. (Bravo und anhaltendes Händeklatschen.)

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Mit diesem letzten Bericht haben wir sämtliche Berichte zu Punkt 4 der Tagesordnung entgegengenommen. Mit Rücksicht darauf, daß die Zeit jetzt schon vorgeschritten ist, würde ich empfehlen, daß wir den Punkt 5 und 6 heute von der Tagesordnung absetzen und ihn auf die morgige Tagesordnung setzen. — Ist jemand dagegen? — Ich höre nur Zustimmung. — Also, es wird so verfahren!

Zu dem Punkt 4 der Tagesordnung ist eine Entschließung eingebracht worden, und zwar von den Genossen Buchwitz, Rausch, Haufe, Mendel, Engelmann, Friedel und Hentsch. Diese Entschließung ist dem Parteiausschuß zugeleitet worden. Der Parteiausschuß hat diese Entschließung durchgesprochen und sie einstimmig gebilligt und empfiehlt auch dem Parteitag die Annahme dieser Entschließung. Ich bringe diese Entschließung jetzt zur Verlesung.

„Der Parteitag stellt entgegen den Behauptungen, daß seine Zusammensetzung unter Ausschaltung des demokratischen Gesetzes der freien Wahl der Delegierten erfolgt sei, fest, daß alle Delegierten nach den Bestimmungen des Parteistatuts unter Wahrung der innerparteilichen Demokratie von den Mitgliedern gewählt worden sind.

Der Parteitag stellt fest, daß der Zentralausschuß auf der ersten Funktionärversammlung am 17. Juni 1945 gewählt wurde und durch die Bezirksparteitage als die beauftragte Führung der Partei anerkannt und von dem Vertrauen der Mitgliedschaften aller Parteiorganisationen getragen ist.

Der Parteitag billigt die politische und organisatorische Arbeit des Zentralausschusses.

Der Parteitag bekennt, daß der Zentralausschuß im Rahmen der ihm nach den beschlossenen Satzungen zugestandenen Rechte die Interessen der Gesamtpartei wahrgenommen hat und dankt ihm für die geleistete Arbeit.

Der Parteitag spricht dem Zentralausschuß sein Vertrauen aus.

Otto Buchwitz-Dresden
Rausch-Görlitz
Arno Haufe-Dresden
Horst Mendel-Chemnitz
Richard Engelmann-Chemnitz
Eugen Friedel-Chemnitz
Richard Hentsch-Chemnitz."

Genossinnen und Genossen! Es liegen bereits einige Wortmeldungen vor. Es liegt auch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor von dem Genossen Schwert-Brandenburg.

Ich erteile dem Genossen Schwert zur Geschäftsordnung das Wort.

Genosse Schwert: Genossinnen und Genossen! Wir sind aus allen Provinzen und Bezirken der SMA zusammengekommen, um uns die Waffe zu schmieden, die Waffe der Einheit, die wir brauchen, um den Kampf mit der Reaktion, Militarismus und Hitlerismus und nicht zuletzt den Kampf gegen die Feinde der Demokratie kraftvoll zu gestalten. Aus diesem Grunde bitte ich auch, von einer Diskussion der hier vorgetragenen Berichte abzusehen und beantrage, die Debatte weiterzuführen unter Absetzung einer Diskussion. Reden wir nicht so viel, handeln wir, damit wir endlich zum Ziele kommen und uns die Waffe schaffen, von der ich eben sprach. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Gniffke: Ich glaube, ich gehe mit dem Genossen Schwert konform, wenn ich feststelle, daß er damit gesagt hat, daß wir auf eine Aussprache über die gehörten Berichte verzichten wollen.

Ich lasse das abstimmen!

Zunächst einmal die Frage, ob jemand dagegen sprechen will?

Das ist nicht der Fall. Ich bitte deshalb um das Handzeichen.

Ich danke schön. — Die Gegenprobe!

Gegen eine oder zwei — oder drei Stimmen. Also mit überragender Mehrheit ist beschlossen, auf eine Aussprache über die gehörten Berichte zu verzichten.

Ich komme dann zu der Abstimmung über den Antrag, den ich Ihnen vorgelegt habe in der Form der Entschließung.

Wünscht einer der Unterzeichner hier noch etwas zu sagen als Begründung?

Ich bin auch der Auffassung, daß diese Entschließung, die Sie jetzt alle gehört haben, für sich spricht, und ich bitte deshalb, die Delegiertenkarte zur Hand zu nehmen und bitte die Genossinnen und Genossen, die sich für die Entschließung aussprechen wollen, die Delegiertenkarte zu erheben.

Ich danke sehr.

Die Gegenprobe!

Ich stelle fest: Die Entschließung ist einstimmig angenommen worden. (Lebhafter Beifall.)

Es liegt hier noch ein Antrag der Genossin Käthe Kern vor, den sie bereits in ihrem Referat begründet hat. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Entschließung zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteitag beschließt, daß die Partei in geeigneter Weise erneut bei den alliierten Besatzungsbehörden vorstellig wird, um zu erwirken, daß alle Kriegsgefangenen, welche nicht Mitglieder oder Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung waren, beschleunigt entlassen werden." (Bravo! Starker Beifall.)

Ich stelle fest, daß alle Anwesenden durch Beifall schon bezeugt haben, daß sie dafür sind.

(Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! — Ich möchte bitten, daß der Antrag angenommen und dem Einigungsparteitag unterbreitet wird.)

Genosse Gniffke (fortfahrend): Liebe Genossen, ich glaube, das ist ein zusätzlicher Antrag, eine Erweiterung, die wir zufügen müssen: Annahme dieses Antrages und gleichzeitig Überweisung an den Vereinigungsparteitag. (Zustimmung.) Ich bitte also um das Handzeichen bzw. Erheben der Delegiertenkarte.

Dankeschön.

Die Gegenprobe!

Auch diese Entschließung mit dem Zusatzantrag ist einstimmig angenommen worden.

Genossinnen und Genossen! Damit wären wir an das Ende des ersten Berichtstages angelangt. Es entwickelt sich nunmehr das Programm zu dem Höhepunkt. Morgen werden wir noch einige Referate entgegennehmen. Wir werden auch dann

noch die Kommissionen zu wählen haben und werden dann letzten Endes auch den Parteivorstand wählen. Übermorgen wird dann die erste Tagung des Vereinigten Parteitages sein.

Leider ist es uns im Hinblick darauf, daß heute Karfreitag ist, nicht möglich gewesen, für die Delegierten am heutigen Abend zu sorgen insofern, als sie sich noch vergnüglich irgendwo zusammenfinden könnten. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn wir jetzt, nachdem es bereits 15½ Uhr ist, zum Essen gehen, daß wir dann sicher noch einige Stunden hier und dort gemütlich zusammensitzen können.

Wir wollen morgen nicht erst um 11 Uhr anfangen, sondern um 10 Uhr, wie es auch gedruckt vor Ihnen liegt. Wir haben die Bitte an Sie zu richten, nicht erst 10.15 Uhr zu kommen, damit wir pünktlich anfangen und alles auch glatt erledigen können.

So, Genossinnen und Genossen, ich wünsche Euch noch gute Unterhaltung heute und bitte, morgen pünktlich zur Stelle zu sein.

Damit schließe ich die heutige Tagung.

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Sonnabend, 20. April 1946

Eröffnung: 10 Uhr

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne die zweite Sitzung des 40. Parteitages. Ich möchte zunächst einige kleine geschäftliche Mitteilungen geben. Es haben, wie ich höre, einige Delegierte keinen Stimmzettel bekommen zur Vorstandswahl. Ich bitte die Mitglieder der Wahlkommission, Stimmzettel hier im Büro entgegenzunehmen und sie dann während des Verlaufs des Parteitages an die Genossen, die keinen Stimmzettel bekommen haben, auszugeben. Ich bitte das sofort zu veranlassen, damit wir dann noch rechtzeitig die Wahl vornehmen können und die Delegierten das Ergebnis mit nach Hause nehmen können.

Dann sind noch Begrüßungsschreiben eingegangen an den Parteitag von der Betriebsgruppe des Städtischen Vieh- und Schlachthofes in Leipzig, vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund von Nachterstädt und vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Thale (Harz).

Genossen! Wir würden dann jetzt in die Tagesordnung eintreten, wenn seitens des Parteitages kein besonderer Wunsch mehr vorliegt; ich höre keinen Widerspruch, dann beginnen wir mit der Fortsetzung der Tagesordnung. Das Wort zu seinem Bericht über das Pressewesen hat der Genosse Gniffke.

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Die Geschichte unseres Pressewesens in den verflossenen 10 Monaten ist zugleich die Geschichte des Wiedererstehens und der Entfaltung unserer Sozialdemokratischen Partei nach dem Zusammenbruch. Alle Arbeit und alle Kämpfe haben sich in unserer Presse widergespiegelt.

Sie zeigt, wie es durch eine planvolle und zielbewußte Arbeit von Tausenden von Genossen gelungen ist, aus dem Nichts ein großes Unternehmen im Dienste der Sozialdemokratischen Partei zu schaffen, aus den Trümmern ein einflußreiches Instrument im Kampf für den Neuaufbau Deutschlands zu formen.

Als auf Grund des Befehls Nr. 2 des Herrn Marschall Shukow in dem durch die sowjetische Militärmacht besetzten Berlin und der besetzten östlichen Zone

die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien zugelassen wurde, trat auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder aus ihrer Illegalität heraus in die öffentliche Wirksamkeit.

Nachdem der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei als leitendes Organ der im Wiederaufbau begriffenen Partei bestätigt war, mußte er nicht nur die politische Führung übernehmen, sondern auch sogleich herangehen, alle verlorengegangenen Werte wieder zusammenzutragen, die materiellen Ansprüche der Gesamtpartei gegenüber dem nationalsozialistischen Erbe anzumelden und die Forderungen der Gesamtpartei auf Wiederherstellung ihres alten Vermögens zu verfolgen.

Der Zentralausschuß mußte dabei von folgenden Tatsachen ausgehen:

1. Der Sitz der Parteizentrale war vor 1933 die Reichshauptstadt. Hier war auch das Vermögen der Partei in den dafür gegründeten Gesellschaften zusammengefaßt.

2. Berlin ist heute noch die Hauptstadt Deutschlands und wird es auch bleiben! (Beifall.) Nach seiner Konstituierung hat darum der Zentralausschuß aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand gewählt, der nicht nur mit den Aufgaben der politischen Führung, sondern auch der Geschäftsführung betraut wurde.

Die Geschäftsführung ließ es sich sogleich angelegen sein, zunächst einmal alle Werte zusammenzufassen, die der Partei vor 1933 zur Verfügung standen und die der Nazismus im Zuge seiner sogenannten Machtergreifung der Arbeiterschaft gestohlen hatte. Diese Werte waren vor 1933 in vielen Einzelgesellschaften und Dachgesellschaften zusammengefaßt.

Eine der ersten Aufgaben war es, diese Gesellschaften wieder zu neuem Leben erstehen zu lassen. In verhältnismäßig kurzer Zeit war es der wiedererstandenen „Konzentration" möglich, herauszufinden, welche Werte noch vorhanden waren und welche durch den Hitlerschen Raubkrieg zerstört wurden.

Dabei erstreckte sich die geleistete Vorarbeit nicht allein auf die Vermögenswerte in Berlin und die sowjetische Zone, sondern auf das Gesamtgebiet Deutschlands, so daß wir heute in der Lage sind, die zuverlässigste Auskunft über alle vorhanden gewesenen Betriebe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben.

Das Vermögen, das Hitler allein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Druckereien und Verlagen geraubt hat, betrug im Jahre 1933 zusammengerechnet rund 61 Millionen Reichsmark. Im sowjetisch besetzten Gebiet haben wir dann auch nach Zulassung der Partei sehr bald Gelegenheit bekommen, mit der sowjetischen Militäradministration die Frage der Wiederherstellung des Parteivermögens zu behandeln, wobei uns eine beschleunigte Prüfung aller unserer Ansprüche von vornherein zugesagt wurde.

Im Maßstab dieses Gebietes konnten wir auf Grund des Befehles Nr. 124 des Herrn Marschall Shukow unsere Anmeldungen vornehmen, die sich bisher auf folgende Vermögenswerte erstreckten: Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-

lands hatte im Jahre 1933 44 Zeitungsbetriebe. Sie verteilen sich auf die einzelnen Länder und Provinzen wie folgt:

Berlin	9
Thüringen	14
Freistaat Sachsen	8
Provinz Sachsen	4
Brandenburg	6
Mecklenburg	3
zusammen	44

Es befanden sich darunter große Verlagsunternehmungen, an die sich noch jeder Parteigenosse erinnern wird.

Um nur einige zu nennen:

1. „Vorwärts"-Verlag. Der „Vorwärts"-Verlag brachte neben Zeitschriften, Büchern und Broschüren den „Vorwärts" und den „Abend" heraus.
2. Der Dietz-Verlag, dem wir für die Verbreitung der sozialistischen Literatur viel zu verdanken hatten.
3. „Der Bücherkreis", der Tausende von Genossen mit schönen und wertvollen Buchgaben versorgte.
4. Der Arbeiterjugend-Verlag, der viele Hunderte von Schriften herausgab, die die sozialistische Jugend begeisterten.
5. Der Verlag der „Dresdner Volkszeitung".
6. Der Verlag der „Tribüne" in Erfurt.
7. Der Verlag der „Görlitzer Volkszeitung".
8. Die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei „Das Volk".
9. Verlag der „Volksstimme" in Magdeburg und andere.

Nun sind selbstverständlich diese Vermögenswerte nicht mehr vollzählig vorhanden, viele sind schon im Verlauf der Jahre vor Kriegsbeginn von den Nazis an private Eigentümer verschleudert worden. Diese haben die Maschinen und anderes Inventar weiterverkauft. Der jahrelange Verschleiß hat auch viele Werte vollkommen zerstört. Sehr viel ist durch den Hitlerschen Raubkrieg vernichtet worden.

Die Parteileitung hält selbstverständlich an dem Prinzip der Wiederherstellung des Parteivermögens fest. Aber unabhängig hiervon haben wir die erfreuliche Feststellung zu treffen, daß die sowjetische Militär-Administration der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin und in ihrer Zone schon viele der verfügbaren Werte zur Verfügung gestellt hat. Im Hinblick darauf, daß die Gebäude in der Lindenstraße 3 durch die Kriegshandlungen vollkommen zerstört sind, wurde uns in Berlin für die Parteiverwaltung gleich zu Beginn unserer Tätigkeit ein großes Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestellt.

Aber auch in allen Provinzen und Ländern der Sowjetzone erhielten wir geeignete Gebäude und Räume für die Parteiverwaltungen, insbesondere auch für Druckereien und Verlagsbetriebe. Damit waren wichtige Voraussetzungen für

den Aufbau der Organisation und der sozialdemokratischen Presse geschaffen. In allen Provinzen und Ländern konnten nun die sozialdemokratischen Zeitungsverlage neu erstehen und mit dem Druck von Flugblättern, Broschüren, Referentenmaterial, Prospekten und Büchern beginnen — und vor allem Zeitungen herausgeben.

In Berlin und in der Sowjetzone brachten wir in den verflossenen Monaten 7 sozialdemokratische Zeitungen mit 19 Kopfblättern, zusammen also 26 Zeitungen heraus.

Ein Blick auf die sozialdemokratische Presse in den einzelnen Ländern und Provinzen ergibt folgendes Bild:

1. **Thüringen.** In Thüringen hat sich eine Dachgesellschaft gebildet, die Landesverlagsanstalt und Druckereigesellschaft „Tribüne", in der vier Verlagsunternehmungen zusammengefaßt sind. Die ehemaligen Vermögenswerte der Druckerei- und Zeitungsbetriebe in Thüringen sind uns im Werte von RM 400 000.— zurückübereignet. Daneben stehen der Partei noch drei weitere Druckereien zur Verfügung.

Die Zeitung „Tribüne" wurde bis zum Parteitag in Gotha mit 14 Lokalausgaben herausgegeben. Besondere Lokalausgaben erschienen u. a. in Erfurt, mehrere in den Kreisen Westthüringens, in drei verschiedenen Kreisen Südthüringens, in Gera, Altenburg, Jena, Weimar, Eisenach, Pößneck, Rudolstadt und Saalfeld.

2. **Provinz Sachsen.** In der Provinz Sachsen betrugen die der Partei geraubten Werte ungefähr 5 Millionen Reichsmark. In Halle wurde uns der Verlag der Mitteldeutschen Nationalzeitung übereignet.

Weiter sind uns Druckereien übereignet worden in Halle, Zeitz, Sangerhausen, Wittenberg, Bad Liebenwerda, Torgau und Bitterfeld.

Außerdem besitzen wir wieder Verlage und Druckereien in Magdeburg, Schönebeck a. E., Gardelegen, Salzwedel, Stendal, Haldensleben, Dessau, Oschersleben, Halberstadt. In der Provinz Sachsen erscheint das „Volksblatt" mit verschiedenen Kopfblättern.

3. **Freistaat Sachsen.** In Dresden erscheint die „Volksstimme" mit zahlreichen Kopfblättern. Filialbetriebe befinden sich in Freiberg, Zwickau, Chemnitz. Ende des vergangenen Jahres erwarb die Volksstimme in Niedersedlitz eine größere Anlage.

In Freiberg wurde eine große Druckerei gepachtet.

In Leipzig steht der Vobach-Verlag unter unserer treuhänderischen Verwaltung.

In Chemnitz verfügt die Partei wieder über die früheren Gebäude und Druckereien.

4. **Brandenburg.** In Brandenburg erscheint der „Märker" in einer beträchtlichen Auflage.

5. **Mecklenburg.** In Schwerin geben wir in der Norddeutschen Druckerei- und Verlagsanstalt die „Volksstimme" heraus. Außerdem wurde die frühere Bären-

sprungsche Druckerei erworben. In Rostock wurden uns die Gebäude, die früher unserer „Volkszeitung" gehörten, wieder zur Benutzung überlassen.

Am anschaulichsten zeigt aber ein Blick auf die Berliner Presse, wie durch den Fleiß von Tausenden von Händen und Hirnen aus dem Nichts zahlreiche Zeitungen entstanden sind und sich eine einflußreiche Presse entwickelt hat. In Berlin erscheinen 14 Tageszeitungen, darunter 3 sozialistische Zeitungen.

Darüber hinaus werden folgende Tageszeitungen herausgegeben:

Die „Tägliche Rundschau", eine Zeitung der sowjetischen Militär-Regierung, die nicht nur für Berlin, sondern für die gesamte sowjetisch besetzte Zone erscheint. Es handelt sich hierbei um eine Zeitung ähnlich der „Neuen Zeitung", die von der amerikanischen Militär-Regierung in München für das gesamte amerikanisch besetzte Gebiet herausgegeben wird.

In Berlin erscheinen dann weiter: „Der Berliner", als Zeitung der britischen Militär-Regierung.

Ferner mehrere von den Militärbehörden lizensierte Zeitungen:
„Der Tagesspiegel", durch die amerikanische Militär-Regierung;
„Der Telegraf", durch die britische Militär-Regierung;
„Spandauer Volksblatt", durch die britische Militär-Regierung;
„Der Kurier", durch die französische Militär-Regierung;
als weitere Parteizeitungen die
„Neue Zeit", als Organ der Christlich-Demokratischen Union;
„Der Morgen", als Organ der Liberal-Demokratischen Partei;
„Die freie Gewerkschaft", wie bereits der Name sagt, als Organ des FDGB;
und dann noch die beiden parteilosen Zeitungen
„Berliner Zeitung" und als Abendzeitung der „Nachtexpreß".

In Berlin haben alle Tageszeitungen eine Gesamtauflage von etwa 4½ bis 5 Millionen Exemplaren. In dieser Gesamtauflage haben die sozialistischen Tageszeitungen eine Auflagenziffer von etwa 600 000 Exemplaren.

Sicher ist in diesem Zusammenhang auch interessant, kurz festzustellen, wie es bei unseren kommunistischen Freunden aussieht. Die kommunistische Partei hat in der östlichen Zone einschließlich Berlin nicht wie wir sieben, sondern nur sechs Hauptblätter mit 9 Kopfblättern, zusammen also 16 Zeitungen. Läßt man also die Kopfblätter unberücksichtigt, so haben wir in der sowjetisch besetzten Zone 7 sozialdemokratische und 6 kommunistische Tageszeitungen.

Ich habe nur von den Zeitungen gesprochen, dabei sind in Berlin und in den Ländern und Provinzen außerdem zahlreiche Broschüren erschienen.

Es wurden veröffentlicht: die Reden der führenden Genossen, Aufklärungsschriften aller Art, Referentenmaterial, Sozialistische Liederbücher und anderes mehr. Insgesamt hat sich in den wenigen Monaten eine umfangreiche und vielgestaltige Presse entwickelt, die die Massen stark beeinflußt hat und die nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewirkt hat.

In diesem Zusammenhang ist folgende Feststellung zu machen erforderlich: Der Zentralausschuß hat sogleich, nachdem bekannt wurde, daß in Hannover sich ein Verbindungsbüro der Sozialdemokratischen Partei etabliert hatte, versucht, auch mit diesem die Verbindung herzustellen. Er hat mich im Dezember v. J. beauftragt, dort meinen Besuch zu machen, um den Genossen nicht allein das Material zur Verfügung zu stellen, das wir auch für die Westzonen zusammengestellt hatten, sondern uns auch über einen Weg zu verständigen, der bei dem Aufbau der Sozialdemokratischen Partei in den Westzonen den Genossen die Möglichkeit bietet, allerschnellstens eine sozialdemokratische Presse wieder aufzubauen. Leider wurde auch auf diesem Gebiet jede Zusammenarbeit mit uns abgelehnt und dazu noch mit einer Begründung, die kein Sozialdemokrat, gleichgültig, wo er sich befindet, anerkennen kann. Genosse Dr. Schumacher erklärte, daß er nicht der Auffassung sei, daß Berlin wieder die Hauptstadt Deutschlands werden müsse, weil nach seiner Auffassung Berlin viel zu weit östlich liege. (Hört, hört!)

So konnte es denn leider nicht zu einer Verständigung kommen, und wir mußten von uns aus handeln, weil man drüben glaubte, es sei noch zu früh. Und Ihr wißt, wir sind dann auch dabeigegangen, haben sehr schnell die Lizenz bekommen und den „Vorwärts"-Verlag in Berlin gegründet. (Bravo!) Aber nicht nur das. Wir haben auch noch die Lizenz bekommen für den Dietz-Verlag, und wir werden von Berlin aus zeigen, daß wir diesen Verlag zu neuem Leben erwecken werden, zum Segen der sozialistischen Arbeiterbewegung. (Bravo! Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung und der Meinungsbildung ist nun einmal die Presse. Die Presse übt eine Massenwirkung aus wie kein anderes Organ. Diese Tatsache ist jedem Politiker, jedem Sozialisten, aber auch jedem Reaktionär bekannt. Es ist darum selbstverständlich, daß sich jeder, der zu einer Machtausübung im persönlichen oder im Interesse einer Gruppe oder seiner Klasse gelangen will, sich der Presse bedienen wird. Eine freie und unabhängige Presse gibt es nicht, sie wird immer im Dienste einer Klasse oder einer Machtgruppe stehen. Das ist in der ganzen Welt so, natürlich auch in den Demokratien der Welt.

Wir hier in Deutschland haben es in der Zeit von 1918 bis 1933 erlebt, wie die Klasse der Großkapitalisten durch eine Inflation die Masse der Bevölkerung verarmte, selbst aber einen Korruptionsfonds von 500 Millionen Goldmark zusammentrug, um damit die Presse ihren Interessen dienstwillig zu machen.

Hugenberg wurde der Vertrauensmann seiner Klasse, und er verstand es, eine sogenannte unpolitische Generalanzeigerpresse zu schaffen, die dann im Interesse der Klasse der Großkapitalisten gelenkt wurde. Sie bereitete Hitler den Weg. Und dann kam Goebbels, lenkte, und allzu willig folgte dann der größte Teil der Redakteure den Wünschen und Losungen und stellte sich dann im Dritten Reich auf den Boden der Tatsachen. Bald übernahmen sie ihren Anteil an der geistigen Verwilderung des deutschen Volkes und propagierten in dem Hitlerschen

Raubkrieg das Durchhalten bis zum letzten Hemd, bis zur letzten Maschine, bis zum letzten Haus. Heute stehen wir in der größten Katastrophe der deutschen Geschichte.

Wir haben angefangen, uns wieder politisch zu betätigen. Wir haben angefangen, auch wieder eine sozialistische Presse aufzubauen. Bei dieser Presse ist alles klar. Sie vertritt die Interessen der Arbeiterklasse, sie ist darum die Presse des schaffenden Volkes, der werktätigen Bevölkerung.

Die sozialistische Presse bekennt sich zur Wahrnehmung der Klasseninteressen. Die nichtsozialistische Presse hat zu jeder Zeit, auch in der Weimarer Zeit, behauptet, daß sie keine Klasseninteressen wahrnimmt. Sie hat sich immer überparteilich getarnt. Ja, es war zu allen Zeiten so, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt, die kapitalistische Klassenpolitik unter der Tarnung der Überparteilichkeit auszuüben. Auch heute wird sich die nichtsozialistische Presse in Deutschland nicht in den Dienst der Arbeiterklasse stellen.

Sie mag sich bestenfalls in den Dienst des Aufbaus einer neuen Demokratie stellen, aber sie wird unter Demokratie nur ein System von formalen Rechten verstehen. Sie wird sich daher auch in mehr oder minder verschleierter Form dagegen wehren, daß wir dieser Demokratie einen neuen sozialen Inhalt geben.

Um diesen sozialen Inhalt geht es uns gerade.

Dieser Inhalt der Demokratie ist der Gegenstand unseres Kampfes. Die Arbeiterschaft, die Angestellten, die werktätige Bevölkerung fordern, daß die neue Demokratie mit einem sozialistischen Inhalt erfüllt werde, daß die Demokratie nicht ein zweites Mal bei der formalen politischen Gleichberechtigung stehenbleibe, daß sie vielmehr in eine wirtschaftliche, geistige und kulturelle Gleichheit aller umgewandelt wird.

Dem Kampf um eine neue sozialistische Demokratie hat unsere Presse in den vergangenen Monaten gedient.

Wir haben aus dem Nichts ein großes Werk geschaffen, das konnte nur geschehen, weil Tausende von Männern und Frauen in allen Ländern und Provinzen daran mitgearbeitet haben.

Ihnen allen danken wir für ihre Mitarbeit.

Wir danken es auch allen Arbeitern und Angestellten aller Verwaltungen, Verlagsunternehmen und Druckereien. Besonders herzlich danken wir allen jenen Tausenden ungenannter Funktionäre für ihren Fleiß und ihre unermüdliche Arbeit, danken wir allen jenen Männern und Frauen, die in allen Dörfern und Städten für unsere Zeitungen geworben, sie ausgetragen, die Bezugsgebühren kassiert und sie abgerechnet haben. Wir wissen die vielfältige Kleinarbeit wohl zu würdigen. Wir wissen, wieviel Kraft und Zeit jene Genossen dafür aufgewandt haben. Wir wissen, unter welch schwierigen Umständen das geschah, bei schlechter Ernährung und unzulänglicher Bekleidung. Bei Wind und Wetter, bei Sturm und Kälte sind diese Genossen von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf gelaufen

und haben mit unermüdlichem Fleiß für unsere Partei und unsere Presse gearbeitet. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß es gelungen ist, in wenigen Monaten aus den Trümmern ein so großes und einflußreiches Parteiunternehmen zu schaffen. Sie alle schließen wir heute in unseren Dank ein.

Aber, Genossen, alle jene Kräfte, jener Fleiß und jene Treue, alle jene Liebe und Begeisterung für unsere sozialdemokratische Partei und ihre Presse nehmen wir hinüber in die neue Sozialistische Einheitspartei.

Auch in dieser neuen Partei wird die Presse das einflußreichste und wirkungsvollste Instrument sein. Wir stehen ja noch mitten im Kampf, die Presse muß auch weiterhin die Massen wecken und unterrichten, aufklären und schulen, ermutigen und begeistern. Sie muß dazu beitragen, daß die neue Partei noch größer und stärker wird, als es je eine andere Arbeiterpartei gewesen ist. Die Presse muß dafür sorgen, daß die neue Partei noch klarer in ihrem Bewußtsein und noch entschlossener in ihrem Handeln die Interessen des werktätigen Volkes vertritt und für die Ideen unserer großen sozialistischen Lehre kämpft. Sie muß dazu beitragen, daß aus der neuen Partei eine machtvolle Gemeinschaft wird, eine große Willens- und Kampfgemeinschaft für ein neues freies und einiges Deutschland, für eine wahrhafte Demokratie und für den Sozialismus. (Bravo! Beifall.)

Genosse **Fechner:** Ich schlage vor, daß wir nun auch den Kassenbericht des Genossen Karsten entgegennehmen, dann den Bericht der Revisoren und anschließend eine Aussprache über die gehörten Referate vornehmen.

Ich bitte, daß die Mandatsprüfungskommission auf dieser Seite der Bühne sofort zusammentritt.

Das Wort hat der Genosse Karsten. Ich bitte, ihm zu gestatten, daß er von hier aus spricht.

Genosse **Karsten:** Genossinnen und Genossen! Die Kassenfrage in unserer Partei brauche ich nur kurz zu behandeln, da wir ja auch nur eine verhältnismäßig kurze Berichtszeit haben und andererseits die finanziellen Fragen in der Öffentlichkeit nicht im einzelnen so dargestellt zu werden brauchen, wie wir das im Parteiausschuß wiederholt getan haben. Die Berichtszeit umfaßt ja zur Zeit erst sechs Monate, und für diese sechs Monate konnten wir auch noch nicht bis ins einzelne eine präzise Beitragseinnahme durchführen, da mit außerordentlich technischen Schwierigkeiten gerechnet werden mußte, wie Beitragsmarkenherstellung und dergleichen mehr. Wir haben uns daher im ersten Halbjahr damit begnügen müssen, Pauschalsummen von den Bezirken anzufordern, und diese Pauschalsummen sind ja dann auch von den meisten Bezirken in ausreichender Weise an uns abgeführt worden. In den ersten Monaten allerdings konnten wir ja von außen her kein Geld erwarten, und wir haben uns auf Berlin und Brandenburg, so weit reichten damals unsere Arme, weil keine Verbindungen vorhanden waren, mit freiwilligen Spenden stützen müssen. Diese sind auch in erheblichem Umfange eingegangen, und ich möchte sagen, Tausende von Freunden

und Anhängern unserer Partei haben uns die Mittel zur Verfügung gestellt, um den ersten Aufbau vornehmen zu können. Dabei möchte ich insbesondere noch danken den Arbeitervierteln in Berlin, die sich in ganz besonderer Weise ausgezeichnet haben. (Bravo!) Später haben wir dann mit der Beitragsregelung beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, die ein erhöhtes Einkommen haben, auch in entsprechender Weise der Partei erhöhte Beiträge zur Verfügung zu stellen haben. Das ist auch geschehen.

Einen anderen Fall möchte ich in diesem Zusammenhang berichten. Wir haben unsere alten verdienten Genossinnen und Genossen aus der Vornazizeit, die uns die Treue gehalten haben, durch eine besondere Marke geehrt, die auf die Mitgliedskarte geklebt wird, um nach außen hin zu zeigen, daß wir ihre Arbeit und ihre Treue zur Partei auch entsprechend werten. Diese Ehrung hat in unseren Kreisen guten Anklang gefunden.

Die Anforderungen, die an die Parteikasse gestellt wurden, waren nicht unerheblich. Aber dank der Opferwilligkeit unserer Mitgliedschaft haben wir keine besonderen finanziellen Schwierigkeiten gehabt. Es brauchte an keiner Stelle infolge Mangels an Mitteln der Aufbau der Partei zu scheitern. Wenn ich Ihnen ein paar Zahlen sage, so können Sie auch daraus ersehen, wie sich die Finanzen in der Partei geregelt haben. Wir haben insgesamt 780 000 Mark an Parteigeldern bekommen. Dazu kommt noch ein nicht unerheblicher Teil, den wir aus Eigenbetrieben erhalten haben. Allein auf Sammellisten aus Berlin und Brandenburg haben wir ca. 250 000 Mark an Einnahmen zu verzeichnen gehabt. (Bravo!) Die wichtigsten Ausgaben für Personalaufwand, Sozialversicherung usw. betragen 127 000 Mark, für Organisation rd. 70 000 Mark, für Bürounterhaltung 22 000 Mark und für sonstige Aufwendungen 25 000 Mark. Wir können also bei den heutigen Finanzen der Partei noch eine nicht unerhebliche Mitgift in die neue Einheitspartei mit hinübernehmen.

Schwierigkeiten bestanden zu Anfang aus räumlichen Gründen. Unser Büro war erst in der Bülowstraße und dann mußten wir zur Ziethenstraße umziehen, da die bis dahin innegehaltenen Räume unzulänglich waren. Auch diese Räume genügten nicht, und schließlich erhielten wir das Haus Behrenstraße 35/39. Diese Räumlichkeiten haben für unsere Parteiarbeit im großen und ganzen genügt, wenn es auch manchmal etwas knapp war.

Wir haben aber, das muß bei dieser Gelegenheit betont werden, gewisse Schwierigkeiten bei der Auswahl der anzustellenden Mitarbeiter gehabt. Die Funktionäre aus früherer Zeit waren zu einem erheblichen Teil überaltert und nicht mehr arbeitsfähig. Dabei will ich betonen, daß sich viele trotzdem in den Dienst der Sache gestellt haben. Die zwölf Jahre haben aber keinerlei Funktionäre heranbilden können, die für organisatorische Arbeiten zu gebrauchen waren, und es mußte daher mit vielen Neulingen der Aufbau begonnen werden. Bei dem Mangel an geschulten Kräften konnte es daher auch nicht ausbleiben, daß hier und dort nicht immer und in allen Fällen der rechte Mann am rechten Platze

stand und nicht in allen Fällen politisch absolut Gefestigte vorhanden waren. Dieses Manko hat sich ja dann auch gezeigt, als wir diese Frage in Berlin diskutierten, ob wir uns zu einer Einheitspartei verschmelzen sollen. Aber von diesen Einzelerscheinungen abgesehen, möchte ich doch auch an dieser Stelle allen Mitarbeitern des Zentralausschusses, die sich in hingebungsvoller Arbeit in den Dienst der Sache gestellt haben, den Dank des Zentralausschusses aussprechen und daran die Bitte knüpfen, daß sie auch in der neuen Partei ihre Arbeit mit aller Energie weiterführen.

Noch ein paar Worte zur Mitgliederbewegung. Wir haben Ihnen ein kleines Blättchen in die Mappe hineingelegt, es wird sicher von allen studiert worden sein. Diese Zahlen zeigen den unerhörten Aufstieg, den unsere Partei in den zehn Monaten genommen hat. 681 500 Mitglieder bis zum 31. März ist eine stolze Zahl, und diese Zahl ist um so mehr beachtenswert, weil ja doch der Hitlerkrieg ungeheure Opfer von uns gefordert hat und noch viele Millionen fern von der Heimat und in Kriegsgefangenschaft sind. Dabei wollen wir einen Vergleich ziehen: Wir haben im russischen Sektor im Jahre 1932, also vor der Nazizeit, 581 000 Mitglieder gehabt. Wir haben jetzt 681 500 Mitglieder. (Bravo!) Demgegenüber möchte ich einen Vergleich mit der westlichen Zone ziehen, die ja auf Grund ihrer außerordentlich großen „demokratischen" Rechte eigentlich ein viel stärkeres politisches Leben haben müßte. Was finden wir dort? Die Westzone hat eine etwa doppelt so hohe Bevölkerungszahl als die Ostzone. Die Mitgliederzahl betrug 1932 530 000. Nach den Angaben, die jetzt Ollenhauer hier irgendeinem Reporter in Berlin gemacht hat, sollen ungefähr 450 000 Leute dort im Westen sozialistisch organisiert sein. Das macht also wieder umgerechnet 85 Prozent von den Mitgliedern, die sie vor 1933 hatten. 85 Prozent vor 1933, und wir haben 180 Prozent gegenüber 1932. Darüber hinaus noch ein Vergleich: Im Westen sollen es 450 000 und bei uns 680 000 Mitglieder sein, d. h. sie haben zwar doppelt soviel Einwohner, aber nur etwa die gute Hälfte an Mitgliederzahl uns gegenüber. Dieser Vergleich sagt zur Genüge, wo das regere politische und organisatorische Interesse zu finden ist. Und ich glaube, es ist nicht nur ein regeres organisatorisches Leben im Osten Deutschlands vorhanden, sondern auch der sozialistische Auftrieb, den wir im Osten haben, bringt uns in stärkerem Maße Zuzug von mit uns Sympathisierenden.

Dann zum Schluß noch einen Ausblick. Die Mitgliederzunahme wächst weiter in unerhörtem Ausmaße, wie wir es früher nicht gekannt haben. Wir müssen damit rechnen, daß, wenn der 1. Mai da ist, wir nicht 681 000, sondern vielleicht 750 000 oder noch mehr Mitglieder haben. Und da die Kommunisten mit ähnlichen Zahlen aufwarten können, und da bereits Hunderttausende sich schon vorgemerkt haben in den verschiedensten Bezirken für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, können wir damit rechnen, daß am 1. Mai die zweite Million knapp erreicht sein wird. (Bravo! Beifall.) Diese stolze Zahl darf uns nicht ruhen lassen, sondern wir müssen weiter arbeiten, und wenn wir im Westen erst

die erforderliche Bresche geschlagen haben, wird auch von dort her ein neuer Zustrom von Mitgliedern kommen, und wir werden eine noch stärkere und größere Partei werden, von der das Volk mit Recht annimmt, einiges erwarten zu können, und die dem Volke bestimmt dient und nutzt. Wir wollen weiter unsere Kräfte sammeln und stärken für die Partei und für den Sozialismus. (Bravo! Beifall.)

Genosse **Fechner:** Einige kleine Mitteilungen: Hans Witt aus Dessau wird gebeten, sich in den Vorraum zu begeben, der Vater wartet dort.

Es ist in der neunten Reihe eine schweinslederne braune Aktentasche mit Schloß mitgenommen worden, aber nicht von dem Besitzer, sondern von jemand anders. Aus dem Inhalt dieser Tasche ist sofort zu erkennen, daß es eine Tasche aus Kottbus ist. Es wird gebeten, weil darin wichtiges Material enthalten ist, diese Tasche hier im Büro abzugeben.

Genosse Buch von der Mandatsprüfungskommission wird gesucht.

Ich bitte nunmehr den Genossen Karl Litke, den Bericht der Revisoren zu geben.

Genosse **Litke:** Genossinnen und Genossen! Mit der Wahl des Genossen Karsten zum Parteikassierer hatte die Partei im vergangenen Jahre einen außerordentlich glücklichen Griff getan. Karsten hat zwei Seiten, ein einnehmendes Wesen und auf der anderen Seite besitzt er die Stärke, alles abzuweisen, was unberechtigt ist. Sein Amt ist ein stündlicher und täglicher Kampf mit großen Schwierigkeiten. Ich brauche sie nicht zu schildern, Ihr wißt selbst, wie das im vergangenen Jahr gewesen ist. Er hat aber eine Organisation in seiner Abteilung aufgebaut, die mustergültig ist. Er hat sich Mitarbeiter herangezogen, die tüchtig und wertvoll sind, und da haben wir wieder gesehen, daß August Karsten ein Organisator ist. Wir haben die Kasse geprüft; sie ist in Ordnung. Ich bitte, August Karsten Entlastung zu erteilen. (Bravo! Beifall.)

Genosse **Fechner:** Wir kommen nunmehr zur Aussprache über die gehörten Berichte. Wird das Wort dazu gewünscht? (Nein.) Ich stelle fest, es soll über diese Frage nicht gesprochen werden. (Zuruf: Wollen nicht.) Dann müssen wir dem Wunsche des Genossen Litke entsprechen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Ich bitte die Delegierten, die der Auffassung sind, daß das geschehen soll, die Delegiertenkarte zu erheben. — Danke. Ich bitte die Gegenprobe. Ich stelle fest, daß alle Delegierten für die Entlastung des Kassierers gestimmt haben.

Genossinnen und Genossen! Ich würde folgendes empfehlen: Damit Ihr das Wahlresultat zur Wahl des Vorstandes noch mit nach Hause nehmen könnt, schlage ich vor, jetzt die Abstimmung vorzunehmen. Das kann sehr einfach vor sich gehen. Ich nehme an, daß alle Delegierten jetzt im Besitz eines Stimmzettels sind. (Zuruf: Nein.) Ist die Wahlkommission in der Nähe? Wo sind die Mitglieder der Wahlkommission? Dann müssen wir noch damit warten. Ich werde sofort veranlassen, daß inzwischen alle Vorbereitungen getroffen werden. Wir werden dann nach dem Referat des Genossen Grotewohl die Wahl vornehmen.

Dann kommen wir zu dem Punkt „Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse". Dazu erteile ich unserem Genossen Otto Grotewohl das Wort.

Genosse **Grotewohl** (von stürmischem Händeklatschen begrüßt): Genossinnen und Genossen! Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind mit folgenden Worten eingeleitet: „Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte. Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt. Der Hitlersche Faschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten Reaktionäre und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes. Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus. Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend. Er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel. Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?" Mit diesen Worten haben wir die Behandlung der Frage der Einheit der deutschen Arbeiterklasse eingeleitet. Mit diesen Worten sind die Voraussetzungen zur Bildung der Einheitspartei gegeben.

Die Verhältnisse in Deutschland müssen jeden denkenden Menschen davon überzeugen, daß die Größe der Aufgaben, vor denen wir stehen, eine andere politische Entwicklung niemals zulassen kann. Ein Blick in die wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt das jedem sofort. Wir stehen vor der Tatsache, daß die glorreiche Politik Hitlers und die schandbare Kriegspolitik der Nazisten uns einen Schuldenberg von dreiviertel Billionen Mark hinterlassen hat. Dieser Schuldenlast von dreiviertel Billionen Reichsmark stehen an Gesamtwerten in Deutschland höchstens eine Drittelbillion Mark gegenüber, d. h. wir stehen vor dem größten aller Konkurse, der jemals in der Geschichte der Staaten vorgekommen ist. Wir stehen vor einem Ausmaß unerhörtester Armut. Wir haben durch die Kriegseinwirkungen ca. zwei Drittel unserer Produktionsmittel verloren und müssen mit diesen Produktionsmitteln und mit einem verkleinerten Land ca. 70 Millionen Menschen ernähren. Bei dieser Sachlage muß sich jeder darüber klar sein, daß die Größe der Aufgabe den Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte in Deutschland verlangt.

Wir wissen, daß die Auswirkungen der Beschlüsse von Potsdam uns vor Tatsachen stellen, die gewiß nicht die angenehmsten für uns sind. Wir wissen aber auch, daß diese Beschlüsse von Potsdam uns die Möglichkeit bieten, wiederaufzubauen und Hoffnungen für die Zukunft des deutschen Volkes zu entwickeln. Wer all diese Auswirkungen, wer die Lasten und die Inanspruchnahme des deutschen Volkes, die sich aus der Wiedergutmachung ergeben, sieht, weiß, daß diese

Regelung die einfache Antwort der Alliierten auf die Scheusäligkeiten, Brutalitäten und Niederträchtigkeiten des Hitler-Regimes sind, ja, wir müssen sogar so weit gehen, uns darüber klar zu sein, daß bei der nackten Anwendung eines Vergeltungssystems seitens der Alliierten wir vermutlich alle nicht in diesem Saal sitzen könnten. (Sehr richtig!)

Diese Dinge, Genossinnen und Genossen, haben wir ins Auge zu fassen, wenn wir uns die Frage vorlegen, welchen Weg wir zu gehen haben. Eine Frage drängt sich mit besonderem Nachdruck auf, es ist die Frage der Einschaltung der deutschen Arbeiterschaft in den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nach dem totalen Zusammenbruch aller wirtschaftlichen Einrichtungen in Deutschland ist es nicht möglich, den Aufbau Deutschlands etwa dem Privatkapitalismus oder der Privatinitiative zu überlassen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Der Aufbau Deutschlands kann sich einzig und allein nur auf der Arbeitskraft der deutschen Arbeiterklasse vollziehen. (Beifall.) Weil das so ist, ist es uns und jedem denkenden Menschen selbstverständlich, daß wir unter gar keinen Umständen zulassen können, daß sich in Deutschland wieder Privatgewinnler und Privatwirtschaft als bestimmendes Element entwickeln können. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Deutschlands Neuaufbau kann nur auf den Schultern der Arbeiter und unter grundsätzlicher Anerkennung unserer sozialistischen Prinzipien erfolgen. (Bravo! Beifall.) Wir stehen dabei vor großen Schwierigkeiten. Wir wissen, was es bedeutet, eine Initiative für den Aufbau dieses furchtbaren chaotischen Zustandes zu sichern. Wir wissen, in welcher Hoffnungslosigkeit sich weiteste Schichten des deutschen Volkes immer noch befinden. Wir wissen auch, in welcher geistigen Verwirrung sich immer noch große Schichten des deutschen Volkes befinden. Wir wissen, daß eine Reihe von Dingen mitspielen, die uns überaus ernst sind und deren Erledigung uns wie keine Frage am Herzen liegt. Ich meine zunächst die elementarste aller wirtschaftlichen Fragen, die Ernährung der deutschen Menschen.

In der sowjetischen Besatzungszone ist infolge der planmäßigen Bewirtschaftung unserer Ernährungsbasis der Anschluß an die neue Ernte ohne Kürzung unserer Rationen gesichert. (Bravo! Beifall.) Wir wissen auch, daß wir wahrscheinlich in der Lage sein werden, ab 1. Mai die niedrigsten Rationen, die auf der Lebensmittelkarte V zustehen, noch zu erhöhen.

Genossinnen und Genossen! So sehr uns diese Dinge mit Beruhigung erfüllen, so sehr sehen wir mit tiefem Mitleid und mit großem Schmerz, wie wir in weiten anderen Gebieten Deutschlands vor sehr ernsten Ernährungsschwierigkeiten stehen. Wir können und werden uns nicht dazu aufschwingen und von unserer Zone aus etwa sagen: Was rührt es uns? Nein, wir wissen, daß die Gestaltung der Zukunft Deutschlands von der Gesamtlösung dieser Frage abhängig ist. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir wissen genau, daß es richtig ist, wenn

Heinrich Heine einmal das Wort gesprochen hat: „In hungrigen Magen Eingang finden nur Suppenlogik mit Knödelgründen."

Wir wissen genau, daß das geistige Denken, daß die politische Aufgeschlossenheit des Menschen letzten Endes abhängt von seiner wirtschaftlichen und von seiner Lebens- und Ernährungsbasis. Das alles schicke ich voran, damit niemand auf den Gedanken kommen möge, daß die Vorgänge in der amerikanischen und englischen Zone etwa von uns unsachlich betrachtet oder angesehen werden.

Vor mir liegt der Bericht, der am 13. April von dem Zentralamt der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin als amtliche Erklärung bekanntgegeben wurde. In diesem Bericht, Genossinnen und Genossen, ist folgendes zu lesen:

Innerhalb der Grenzen der amerikanischen Zone befinden sich nicht einmal genug Lebensmittel, um ein Leben selbst mit einem Hungerstandard zu ermöglichen; und es heißt dann weiter:

Es wurde bekanntgegeben, daß die Ration des Normalverbrauchers in der amerikanischen Zone am 1. April von 1550 auf 1275 Kalorien täglich reduziert wurde. Wenn wir die Lebensmittel aus den Vereinigten Staaten erhalten, die man uns zugesagt hat, kann diese Ration bis zum 30. Juni beibehalten werden. Obwohl die Rationierung in ihrer jetzigen Höhe keine außergewöhnliche äußerliche Wirkung mit sich gebracht hat, können wir schwere anhaltende Arbeit der Stadtbevölkerung bei diesem Standard auf lange Sicht nicht erwarten.

Und an einer anderen Stelle heißt es: Die einheimischen Vorräte, die am 1. April in der amerikanischen Zone vorhanden waren, würden zusammen mit den importierten Lebensmitteln, die entweder tatsächlich vorhanden oder unterwegs waren, eine tägliche Ration für den Normalverbraucher von etwa 915 Kalorien vom 1. April bis zum 30. September ermöglichen. Wenn Vorräte aus der nächsten Ernte zur Verfügung stehen, ist, um vom 1. April bis 30. September eine Ration von 1550 Kalorien für den Normalverbraucher aufrechtzuerhalten, die Einführung von etwa 495 000 Tonnen Lebensmitteln zusätzlich erforderlich.

Deutschland hat sich, das wissen wir, nie zu mehr als 85 Prozent selbst ernährt, und es mußten von 1943 bis 1944 jährlich über 7 Millionen Tonnen an Lebensmitteln importiert werden. Deutschland verfügt jetzt nur noch über 76 Prozent seiner landwirtschaftlichen Fläche. Die verlorene Fläche hätte die Produktion überschüssiger Lebensmittel für etwa vier Millionen ermöglicht. Diese Tatsachen faßt der amerikanische Bericht wie folgt zusammen:

Die Pumpe kann nur mit Lebensmitteln in Gang gesetzt werden. Ohne Lebensmittel kann Deutschland keine Kohle produzieren. Ohne Kohle kann es nicht ein Mindestmaß des Transportwesens und der Industrie aufbauen. Ohne Kohle kann Deutschland keine Düngemittel produzieren, und wenn es keine Düngemittel produziert, ist es auch nicht imstande, selbst Lebensmittel zu erzeugen.

Das, Genossinnen und Genossen, ist, da die Verhältnisse in der englischen Zone ähnlich liegen, der Zustand für zwei Drittel des deutschen Landes und des deutschen Volkes. Wir wissen es genau, daß die Ernährung des deutschen Volkes,

daß die Ausnutzung unseres Grund und Bodens, daß die Instandsetzung unserer landwirtschaftlichen Maschinen, daß die Herstellung von Düngemitteln, daß die Hilfe bei Landarbeiten, bei Einsaat und Ernte, bei dem Zustand unserer landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nur erreicht werden kann durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land und zwischen allen schaffenden Menschen in Deutschland. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wer leben will in Deutschland, muß begreifen, daß unsere Kräfte zusammengehören und daß wir keine Zeit haben, uns gegenseitig mit Parteidoktrinen zu bearbeiten. (Sehr richtig! Beifall.) Das begreift man auch in vielen Teilen der westlichen Zone. Die „Rhein-Neckar-Zeitung" schreibt folgende Worte:

Wo soll die Erneuerung herkommen? Aus der bürgerlichen Welt, die mit Ausnahme von einzelnen oder kleinen Zirkeln dem Hitlergeist verfallen war? Aus der bürgerlichen Welt, die ihre ohnedies niedergehende gesellschaftliche Macht noch einmal mit dem starken Mann hochreißen wollte? Muß die Erneuerung nicht von der Arbeiterbewegung kommen, der einzigen politischen Formation, die grundsätzlich gegen Hitler stand und mehr Blutopfer brachte, als man ahnte? Ist es nicht Zeit, daß jeder Bürgerliche sich ihr nähert, wo unser Leben doch nur auf der Arbeiterexistenz beruhen kann?

Wir hoffen, daß solche Einsicht in Deutschland Allgemeingut werden möge, um endlich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufbauarbeit zu schaffen.

Wir wissen, welche Schicksalsfragen Deutschlands mit diesen Problemen verbunden sind. Die Fragen der Ernährung des deutschen Volkes sind so eng mit den übrigen politischen Fragen verknüpft, daß es mir an dieser Stelle gestattet sei, einige Ausführungen zu jenem Thema zu machen, das heute die Weltöffentlichkeit erfüllt, ich meine die Rhein-Ruhr-Frage. Bei den Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, deren baldige Errichtung für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unentbehrlich ist, haben sich immer wieder und immer wieder neue Schwierigkeiten und Komplikationen ergeben. Frankreich macht seine Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung von der vorherigen politischen Lösung der Frage des Ruhrgebietes und des Rheinlandes abhängig. Es ist nun aber eine unbestrittene Tatsache, daß Deutschland ohne die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit und vor allen Dingen ohne die Produktion des Ruhrgebietes nicht leben kann. (Beifall.)

Die Produktion des Ruhrgebietes ist nicht nur notwendig zur Leistung der Reparationen und zum Wiederaufbau Deutschlands, sondern auch zur Sicherung der in den Potsdamer Beschlüssen für das deutsche Volk vorgesehenen mittleren Lebenshaltung. Eine volle Entfaltung der Ruhrproduktion ist nicht nur ein dringendes Gebot zur Sicherung des Lebens des deutschen Volkes, sie ist darüber hinaus ein unentbehrlicher Bestandteil des europäischen Wirtschaftspotentials, auf das weder Deutschland noch Europa und insbesondere Frankreich verzichten kann.

Diese Tatsachen sind von den Vertretern der alliierten Mächte in Potsdam auch anerkannt worden; dort wurden im August 1945 die Bedingungen festgelegt, unter denen Deutschland die durch die Hitler-Tyrannei der Welt zugefügten Schäden wiedergutmachen und sein eigenes Leben auf demokratischer Grundlage neu aufbauen sollte. In Punkt 14 der Potsdamer Beschlüsse wird unmißverständlich gesagt, eine alliierte Kontrolle ist über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind. Das neue demokratische Deutschland und seine vom Geist des Antifaschismus durchdrungenen führenden Kräfte sind in allen Teilen des Reiches bestrebt, die doppelte Aufgabe der Wiedergutmachung der Hitler-Verbrechen und des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Neubaues Deutschlands durchzuführen. Sie sind bereit, die volle Verantwortung für diese schwierige und undankbare Aufgabe zu übernehmen. Hier wird in den Beschlüssen gesagt, den deutschen Behörden ist vorzuschlagen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung des deutschen Verwaltungsapparats zu fordern und zu übernehmen. Auf diese Weise ist dem deutschen Volke klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm selbst ruhen. Wir würden die Verantwortung lieber heute als morgen für das deutsche Volk übernehmen. (Sehr richtig! und anhaltender Beifall.)

Wir wissen, Genossinnen und Genossen, daß eine vorherige, dem Geist der Potsdamer Beschlüsse zuwiderlaufende Abtrennung von Rhein und Ruhr oder ihre wirtschaftliche Loslösung von Deutschland die dauernde Verelendung des deutschen Volkes zur Folge hätte. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Damit würde Deutschland zu einem Herd sozialer Unrast, zu einem Herd wirtschaftlicher Lebensunfähigkeit und damit erst recht zu einem Herd ständiger Unruhe in Europa werden.

Wir kennen die schwierige Lage Frankreichs genau. Wir haben volles Verständnis für das Bedürfnis des französischen Volkes nach Sicherheit. Wir verstehen die Sorge des französischen Volkes, das dreimal im Laufe von siebzig Jahren von Deutschland kriegerisch überfallen worden ist. Wir wissen, daß das deutsche Volk gerade auch in Frankreich alle jene Schandtaten wiedergutmachen muß, die Adolf Hitler und seine Schergen in diesem gesegneten Land begangen haben. Wir wissen, in welchem Maße Industrie und Landwirtschaft in Frankreich ausgeraubt, geschwächt und vernichtet wurden. Wir wissen, daß Frankreich unter den Folgen des Hitler-Krieges nicht weniger leidet als alle anderen Länder und Deutschland. Wir wissen, daß auch seine Frauen und Kinder hungern und frieren. Wir halten es deshalb für eine selbstverständliche Ehrenpflicht, alles zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung der Schäden des Hitler-Faschismus zu tun. Wir glauben aber nicht, daß eine Herauslösung von Rhein und Ruhr aus der deutschen Gesamtwirtschaft oder die angekündigte Schleifung wichtiger Erzeugungskapazitäten den wirklichen Zielen einer umfassenden Wiedergutmachung und eines gesunden Aufbaus der deutschen und der

europäischen Wirtschaft dienen. (Sehr richtig!) Ein Friede, der auf solchen Voraussetzungen aufgebaut würde, bedürfte für immer der militärischen Sicherung. (Sehr richtig!) Ein Friede aber, der auf die Dauer einer militärischen Sicherung bedarf, ist kein wirklicher Friede. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.) Ein wirklich dauerhafter Friede kann nur aufgebaut werden auf den Grundsätzen der politischen und wirtschaftlichen Vernunft. Die beste Gewähr für die nur dem Frieden dienende Ausnutzung der Ruhrindustrie bietet die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Gesamtheit. (Beifall.)

Eine solche Lösung sichert nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern sie bedeutet einen wirklichen und dauerhaften Frieden. Eine Verstaatlichung der Großbetriebe an der Ruhr und darüber hinaus in ganz Deutschland beseitigt mit einem Schlage die Gefahren des Monopolkapitalismus und seine immer wieder zum Kriege drängenden Machtgelüste. Hier liegen die wirklichen und dauerhaften Möglichkeiten, einem wirklichen Frieden zu dienen. Die einzige Gewähr, einen solchen Frieden unumstößlich zu sichern, bietet nur eine geschlossene starke Arbeiterpartei und die in den Gewerkschaften zusammengeschlossene deutsche Arbeiterbewegung. (Bravo! Beifall.)

Vor uns liegt der Reparationsplan, ein Plan, der in seiner großen Bedeutung das Schicksalsbuch des deutschen Volkes sein wird. Wir werden uns mit ihm eingehend befassen müssen, und ich habe die Absicht, das auf unserem Vereinigungsparteitag zu tun. Hier möchte ich in diesem Zusammenhang nur sagen, der Reparationsplan, der vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde, sieht für die deutsche Industrie vor eine Leistungskapazität von etwa 50 bis 55 Prozent, und es ist der Grundsatz aufgestellt, daß wir in die Lage versetzt werden sollen, 1949 etwa den Stand unserer Lebensverhältnisse von 1932 wiederzuerringen. (Bravo!)

Genossinnen und Genossen! Wir dürfen aber nicht vergessen, daß das Jahr 1932 das Jahr der tiefsten wirtschaftlichen Depression in Deutschland mit seiner höchsten Arbeitslosigkeit gewesen ist. (Sehr gut!) Es ist klar und einleuchtend, daß die Regelung dieser Fragen niemals mehr belastet werden darf mit parteipolitischen Bruderkämpfen. (Sehr richtig! Beifall.) Der Export soll uns ermöglicht werden, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Wir sind durchaus der Auffassung, daß jene Hitlerschen Gedanken von der Raumgestaltung Deutschlands zur Ernährung seines Volkes, volkswirtschaftlich gesehen, längst der Vergangenheit angehören. Man kann selbstverständlich auch ein Volk ernähren, wenn man ihm, wie dem Industrievolk Deutschlands, die Möglichkeit gibt, seine Industriefabrikate in andere Länder auszuführen, um sie in Lebensmittel zu vertauschen. Aber das, Genossinnen und Genossen, setzt gewisse Dinge voraus, es setzt voraus die Gutwilligkeit der Welt, mit uns zu handeln, und es setzt die Entschlossenheit voraus, auch unsere Waren abzunehmen. (Sehr richtig!) Das aber

werden und können wir nur erreichen, wenn es uns gelingt, das Vertrauen der Welt zurückzuerobern. (Sehr richtig!)

Der Plan, der vorsieht, daß Deutschland aus den Erträgen dieser Exportwirtschaft eineinhalb Milliarden zur Einführung von Lebensmitteln verwenden darf, ist für Deutschland, das müssen wir scharf ins Auge fassen, keine Garantie, sondern er ist nur eine Möglichkeit. Und er ist das, Genossinnen und Genossen, was wir selbst aus ihm machen. Es kommt für uns darauf an, Tatkraft, Arbeitsethik und Wiederaufbauwillen in einem Maße zu entwickeln, das die meisten sich heute noch nicht vorstellen können, das aber alle entwickeln müssen, wenn wir nicht etwa daran denken, dauernd zum Kostgänger der Welt werden zu wollen. (Sehr richtig!) — Was im übrigen nicht mit der Würde der deutschen Arbeiterklasse im Einklang stehen dürfte — oder wenn wir nicht entschlossen sind, durch eigene Kraft die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen. (Beifall.) — Und, Genossen, wenn ich die Frage wieder so stelle und zu diesem Ergebnis komme, dann lautet die Antwort darauf immer nur: Also Einheit! (Sehr richtig! Beifall.)

Nun möchte ich einige Dinge, die mit unserer neuen Partei in Verbindung stehen, hier behandeln. Genossen, wir kommen aus einer Bewegung und aus einer Partei, die über jahrzehntealte Tradition verfügt, über eine Tradition, in der politische, gesellschaftliche und kulturelle Erfahrungen vereinigt sind, die etwas bedeuten. Wir haben dieses Gut rein und unbefleckt in die neue Einheitspartei hinüberzunehmen, wir haben die Verpflichtung, in dem kommunistischen Genossen in dieser neuen Einheitspartei niemals mehr den Rivalen, sondern immer nur den Kameraden zu sehen. (Bravo! Anhaltender Beifall.)

Vielleicht gibt es hier oder da noch Reibungen, vielleicht gibt es hier oder da noch irgendwelche kleinliche Gesichtspunkte. Aber wir, Genossinnen und Genossen, haben alle die Aufgabe, jeder einzelne von uns, das Beste von uns hinüberzunehmen in die Einheitspartei, um sie zu einem lebensfähigen Gebilde zu gestalten. (Bravo! Beifall.) Warum müssen wir das tun? Wir müssen das tun, weil von dem Gelingen dieses großen Werkes das Schicksal Deutschlands abhängt. (Beifall.)

Wenn es nicht gelingt, diese Einheitspartei zu dem großen demokratischen konstruktiven Träger in Deutschland zu machen, wenn alle jene Unkenrufe der Gegner der Vereinigung und jener Leute, die diese Parteibildung nur als die Vorstufe einer Diktatur hinstellen, recht behalten sollen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß das Werk der Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse an der Elbe haltmachen wird. Wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Elbe in der Einigungsfrage der Arbeiterklasse keine Grenze wird, sondern daß die Einigung der Arbeiterklasse sich über ganz Deutschland erstrecken muß. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Darum gilt es, einiges für unsere politische Arbeit, die wir in dieser Zeit und die wir in Zukunft dem deutschen Volke gegenüber durchzuführen haben, zu beachten. Eines gilt es vor allem zu beachten, wir leben nicht mehr in jenem turbulenten politischen Deutschland, das vor 1933 bestand.

Wir leben mit einem deutschen Volk, in dem es immer noch geistige Kräfte gibt, die tastend und hoffnungslos herumlaufen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere ganze propagandistische Tätigkeit auf gar keinen Fall ausarten darf in leere und haltlose Versprechungen. (Sehr richtig! Beifall.)

Wer die Verhältnisse in Deutschland richtig beurteilt, wird mit mir darin übereinstimmen, daß in Deutschland heute leere Versprechungen ein Verbrechen sind! (Sehr richtig!) Wir können nur eines versprechen, wir können dem deutschen Volke nur zusichern, daß wir unsere ganze Kraft, über die wir verfügen, einsetzen wollen, um die Verhältnisse zu ändern, und daß der Grad unserer Erfolge abhängt von dem Ausmaß der Unterstützung, die wir durch die Masse des deutschen Volkes erfahren. (Sehr gut!)

Und, Genossinnen und Genossen, dann muß auch ein Wort gesprochen werden über die Art unserer Propaganda. Die neue Partei muß sich darüber klar sein, daß ihre gesamte propagandistische Tätigkeit an der Tatsache nicht vorübergeht, daß noch weite deutsche Schichten politisch krank sind und daß wir sie darum nicht anschreien dürfen, daß wir sie nicht überreden, sondern nur überzeugen müssen. (Sehr richtig! Beifall.) Das Ohr des deutschen Volkes hat in Zukunft nicht derjenige, der am lautesten schreit, sondern derjenige, der am richtigsten spricht.

Und nun, Genossinnen und Genossen, ein Wort zu der Frage der deutschen Jugend. Es ist Euch sicher gestern genau so zu Herzen gegangen wie mir, als hier der junge Genosse Heilmann sprach und hier so schlicht hinsagte: „Helft uns und steht uns zur Seite!“ Ja, Genossen, da stehen wir vor einem der entscheidenden Probleme. Vor mir liegt der Brief eines alten Parteigenossen, der mir in Bayern gegeben wurde. Gestattet, daß ich Euch diesen Brief einmal in einigen Stellen vorlese. Der Brief ist geschrieben von einem jungen Kriegsgefangenen an seinen Vater, der ein alter Sozialist ist. Und dieser junge Kriegsgefangene schreibt eigentlich nicht einmal für sich, sondern das, was er schreibt, ist im Grunde genommen die ganze Tragödie der deutschen Jugend. Dieser Junge schreibt seinem Vater: „Lieber Vater! Über Deinen Brief habe ich mich sehr gefreut. Als ich aber Dein Bild betrachtete, bekam ich einen Schrecken. Mein Gott, hast Du Dich verändert! Tiefe Gramesfalten haben sich Dir um Deinen Mund gelegt und Dein Haar ist schlohweiß geworden. Etwas müde scheinst Du zu sein. Ich sage: scheinst Du zu sein, denn ich weiß ja, daß es bei Dir nicht so ist. Eine Aufgabe wartet auf Dich als Sozialist und auch auf mich. Sie erfordert Deine ganze Tatkraft. Du darfst nicht müde sein. Das gilt ebensogut für mich wie für uns junge Menschen alle. Nach diesem Riesenbetrug, dieser jahrelangen Nervenbelastung, will uns eine tiefe Müdigkeit und Lustlosigkeit befallen. Wir müssen uns dagegen mit allen Mitteln wehren, denn Müdigkeit wäre unser Untergang. Wir müssen zurückfinden zur Welt und zu den Menschen herabsteigen vom hohen Roß der Illusion. Herausreißen müssen wir den Kloß Nationalismus aus unserer Kehle, denn fast wären wir an ihm erstickt.

Ich bin überzeugt, daß man auch gut und freundschaftlich mit anderen Völkern leben kann, wenn man nicht dauernd, von einem übertriebenen Nationalismus und einer dummen Überheblichkeit gepeitscht, auf seine ordenklirrende Hemdenbrust klopft. Man erzeugt dadurch nur Haß, mindestens aber Befremdung bei anderen Völkern. Wäre es nicht viel klüger, sich als Weltbürger zu fühlen, als Mensch überhaupt? Ist Menschlichkeit wohl ein Wort, das die Welt nicht mehr zu kennen scheint? Ich will meine ganze Kraft daransetzen, mitzuarbeiten nach meiner Rückkehr, um uns wieder ein menschenwürdiges Dasein, ein neues, schaffendes Leben zu ermöglichen." Und dann, Genossinnen und Genossen, schreibt dieser junge Mensch noch einen Satz: „Aber bevor ich mich Männern anschließe, will ich wissen, wer sie sind und was sie wollen." (Bravo!) — Darin, Genossinnen und Genossen, liegt die ganze Tragik der deutschen Jugend. Darin liegt aber auch zugleich die ganze Verpflichtung, die wir Älteren dieser Jugend gegenüber haben. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Wir dürfen keine Stunde zögern, dieser Jugend uns immer mehr und immer mehr zu widmen und kameradschaftlich an ihrer Seite zu stehen. Vergeßt nicht die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerungsklassen. Wir stehen vor der Tatsache, daß in dem Aufbau der Altespyramide der deutschen Bevölkerung eine große Lücke klafft. Die Jahrgänge von 1925, die Jahrgänge von dem Alter von 25 Jahren bis etwa 45 Jahre, sind zum größten Teil ausgestrichen. Sie sind entweder in Kriegsgefangenschaft, oder sie sind ein Opfer dieses Krieges geworden, oder sie haben sonst ihr Leben eingebüßt. Diese große Lücke gilt es zu überbrücken. Bedenkt einmal, was dieser Zustand für die kommenden Jahre des Wiederaufbaus in Deutschland bedeutet. Heute sind wir noch da, belastet oder nicht belastet mit den Erfahrungen und Kenntnissen, die wir aus der Weimarer Zeit gesammelt haben. Wo aber ist der Nachwuchs? Wo sind die elastischen Jahrgänge und wo ist die Jugend, die mit dem Elan und mit dem Glauben an ihre Sache in die Schranken springen könnte, wie es in den Jahren der Zukunft erforderlich ist? Darum muß eine unserer größten und gewaltigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, sein, ein Schulungswerk von unerhörtem Ausmaß für unsere junge Anhängerschaft in politischer, weltanschaulicher, fachlicher und verwaltungsmäßiger Art aufzubauen und durchzuführen. (Händeklatschen.) Dafür aber darf uns keine Mühe zu groß sein, dafür müssen wir alles einsetzen. Vor allen Dingen müssen wir die weltanschauliche Schulung einsetzen. Unsere deutsche Jugend und die deutsche Arbeiterjugend muß doch erst lernen, was Sozialismus ist. Sie muß ja erst lernen, daß dieser Begriff Sozialismus nicht nur eine Weltanschauung ist, sondern daß er für einen Menschen, der für diese Bewegung kämpft, innerstes und heiligstes Lebenseigentum werden muß und Herz und Seele auszufüllen hat. Diese Innerlichkeit zu unserer Bewegung wiederherzustellen, wie sie einmal die alte Veteranengeneration als selbstverständlich kannte und sie hineintrug bis in die letzten Winkel ihrer Familie und ihrer Arbeitsplätze, sie müssen wir wieder anfachen und den großen gewaltigen Stern Solidarität über der Arbeiterwelt zum Leuchten

bringen. (Bravo! Beifall.) Und da, Genossinnen und Genossen, wissen wir, mit welcher Verwirrung wir selbst noch in den eigenen Reihen kämpfen. Ihr braucht nur nach dem Westen zu schauen, oder Ihr braucht Euch nur in Berlin umzuschauen, um jene Kreise unserer sozialistischen Bewegung zu sehen, die glauben, einen anderen Weg gehen zu müssen. In Berlin war es so, daß sich ein Teil der Partei abgespalten hat, der glaubte, die Vereinigung nicht mitmachen zu können, weil sie die heiligen Güter der Demokratie vertreten müssen. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir von diesen Grundsätzen der Demokratie nicht abzuweichen gedenken. Ich werde dazu auch noch in einigen Ausführungen Stellung nehmen. Aber welche sozialistische geistige Verwirrung in diesen Köpfen herrscht, das haben wir bei dieser Splittergruppe unter der Führung der Genossen Germer, Neumann und wie sie heißen in Zehlendorf auf ihrem Splitterparteitag gesehen. Wie sehr sich die Reste dieser SPD in Berlin dem Gebot der sachlichen Umstände nicht beugen, wird durch nichts deutlicher erhärtet als durch die Verlegenheiten, in welche diese Splittergruppe gerät und geraten ist, als sie ihre grundsätzliche Stellungnahme umreißen wollte.

Ich behandle diese Dinge, Genossinnen und Genossen, jetzt nicht darum, weil es etwa Berliner Angelegenheiten sind, sondern ich fühle mich verpflichtet, darüber etwas zu sagen, weil ich genau weiß, daß die schiefe Plattform auch die Plattform vieler Sozialisten in West- und Süddeutschland ist. Ein Bekenntnis zum Sozialismus war auf diesem sogenannten Parteitag unumgänglich nötig. Aber der Sozialismus dieser abgesplitterten Gruppe und der Sozialismus vieler Genossen im Westen ist heute so schielend, so zweideutig und verwaschen, wie es der utopische, der kleinbürgerliche, der deutsche Sozialismus waren, die Marx in seinem Kommunistischen Manifest in ihrer ganzen Dürftigkeit und Komik bereits vor hundert Jahren bloßgestellt hat. (Zustimmung.) Dieser Zehlendorfer Sozialismus (Heiterkeit) ist so verächtlich, wie es der nationale Sozialismus Hitlers war. Jeder Arbeiter, der nur einen Hauch der Lehre von Karl Marx empfangen hat, muß begreifen, daß ihn das Zehlendorfer Programm auf ein pseudo-sozialistisches Gleis schiebt, auf dem er geradenwegs, ob er will oder nicht, in die Hinterhalte der sozialen Reaktion geraten wird. Er braucht sich nur auf die Bedürfnisse seiner sozialen Lage zu besinnen, um zu begreifen, daß er sich in einer sehr ungemäßen Gesellschaft befindet. Über kurz oder lang wird er dahinterkommen, daß er sich auf einen falschen Platz rücken ließ. Sobald sich wieder das klare Klassenbewußtsein regt, wird dieser Arbeiter nicht mehr zögern, sich den Reihen der Sozialistischen Einheitspartei wieder einzugliedern.

Der Pseudosozialismus der Zinnowaldschule in Zehlendorf ist eine Utopie. Eine Utopie sind auch die Gesichtspunkte, die aus dem Westen herüberklingen. Die Arbeiter werden, besonders in Berlin, die richtige Wahl treffen, wenn sie entscheiden sollen über die Frage: Marx oder Germer, Engels oder Neumann. (Sehr richtig! Beifall.) Sein oder Nichtsein — das ist die Frage für diesen Sozialismus. Die Entwicklung ist vollkommen klar. Die Gegner der Einheits-

bewegung sind, ob sie wollen oder nicht, Handlanger der Reaktion. Ich bedauere es sehr, daß auf dem sogenannten Parteitag dieser Zehlendorfer Kleinbürger keine endgültigen programmatischen Erklärungen darüber abgegeben worden sind, wie diese Splittergrüppchen sich denn nun den wirtschaftlichen und politischen Aufbau Deutschlands vorstellen. Man hat klugerweise die grundsätzlichen politischen Erklärungen vertagt, da man wohl selbst den Eindruck hatte, daß man mit diesem kleinbürgerlichen Reformprogramm keinen klassenbewußten Arbeiter gewinnen kann. Aber einige Kostproben sind doch verlautet, und es verlohnt sich, kurz auf dieses Wunderrezept einzugehen. Da konnte man lesen, daß es in Deutschland keinen Klassenkampf mehr gibt. (Heiterkeit.) Wir erlauben uns, bescheiden zu fragen, ob die Verkünder der neuen Heilslehre die Zeit von 1918 bis 1946 verschlafen haben.

Wir sind der Auffassung, daß der Kampf der Arbeiterklasse so lange geführt werden muß, solange es in Deutschland noch Kräfte gibt, die den Klassenkampf von oben wieder zu organisieren beginnen. An diesem Grundsatz unserer marxistischen Weltanschauung, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, werden wir uns auch nicht durch die neue Heilslehre von Zehlendorf abbringen lassen. Und es ist fast komisch: Am 6. April 1946 hat dieser sogenannte Parteitag in der Zinnowaldschule stattgefunden, und er beschloß — das ist ein wörtliches Zitat — : „Der Klassenkampf ist in Deutschland beseitigt." Darüber fanden dann schwere Auseinandersetzungen statt, so daß Klingelhöfer, der scheinbar jetzt das geistige Oberhaupt dieser Gruppe werden wird, in einem Flugblattentwurf den Klassenkampf in einer Sitzung der Splittergruppe von vorgestern abend wieder einführte. (Heiterkeit.) Dagegen erhoben sich aber in der Aussprache prompt wieder schwere Bedenken, man dürfe den Klassenkampf nicht so scharf heraustreten lassen, ja, man solle ihn streichen. Schließlich entschloß man sich aber doch für die Beibehaltung des Klassenkampfes, wenn nun nicht inzwischen — denn heute morgen hat wieder eine Tagung, in der Schumacher gesprochen hat, stattgefunden — etwa wiederum ein anderer Beschluß gefaßt sein sollte, dann wird es bei den Pseudosozialisten so gehen, wie es dem Märchenprinzen geht, von dem wir aus dem deutschen Märchen wissen: Und wenn er nicht gestorben wäre, so lebte er noch heute. (Heiterkeit.)

Auf demselben geistigen Niveau liegt das Argument, daß der konsequente Marxismus als die geistige Welt der deutschen Arbeiterbewegung seit nunmehr achtzig Jahren heute überholt und für unsere Arbeit wertlos sei. Wir erlauben uns, dagegen festzustellen, daß die Weltanschauung des historischen Materialismus durch die politische und gesellschaftliche Entwicklung von 1918 bis 1933 auf das großartigste bestätigt worden ist. Wir sind der festen Überzeugung, daß heute noch die Gesetze gelten, die Marx und Engels in ihrem Kommunistischen Manifest niedergelegt haben. Wir sind sogar so ketzerisch, festzustellen, daß die deutsche Arbeiterklasse besser abschneiden wird, wenn sie den Lehren ihrer

Altmeister folgt, als wenn sie den Schalmeienklängen der Zehlendorfer ihr Ohr leiht. Wir haben es alle am eigenen Leibe verspürt, in welche Gefahr sich die deutsche Arbeiterklasse begeben hatte, als sie sich von den Grundsätzen des konsequenten Marxismus entfernte. (Hört, hört!) Sie mögen schreien und reden, soviel sie wollen, die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht für kleinbürgerliche Utopien entscheiden. (Sehr richtig! Beifall.)

Und die dritte Frage ist, wie der Parteitag der Rückschrittler der Öffentlichkeit offenbarte, folgende: Es gibt in Deutschland eine neue „Lumpenbourgeoisie", die die Sozialdemokratische Partei unbedingt für sich gewinnen muß. Genossinnen und Genossen, wir haben einmal gesagt, daß die Sozialistische Einheitspartei die Partei aller schaffenden Deutschen sein solle, aber wir opfern nicht die Einheit der Arbeiterklasse für diese von Schumacher als „Lumpenbourgeoisie" bezeichneten Kreise. (Sehr richtig! Beifall.) In der Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist es uns lebenswichtiger, die Arbeiter als entscheidendes Element zu haben, als jene Kreise, die wir erst neu gewinnen und mit dem Geist des Sozialismus erfüllen müssen. (Bravo! Händeklatschen.)

Ich nehme zu diesen Dingen Stellung, weil ich weiß, daß die Auseinandersetzungen über die grundsätzlichen Fragen des Sozialismus, die bei uns hier in Berlin und in unserer Zone überhaupt keine Rolle mehr spielen, noch eine Rolle spielen werden in den westlichen Gebieten, und ich möchte, daß unsere Genossen aus den westlichen Gebieten diese unsere Auffassung gründlichst kennenlernen.

Es ist nun müßig, sich noch weiter mit dem Argument der Einheitsgegner zu befassen. Wir brauchen gegen sie nicht weiter Stellung zu nehmen, denn jeder klassenbewußte und politische Arbeiter wird eines sofort spüren, da drüben redet kein Arbeiterfunktionär, da herrscht nicht der Geist einer klassenkämpferischen marxistischen Ideologie, sondern da treiben Kleinbürger eine reformistische Politik, die alles mögliche sein mag — aber sozialistisch ist sie auf keinen Fall. (Bravo! Beifall.) Wir haben schon einmal in der deutschen Arbeiterbewegung eine Strömung erlebt, die glaubte, sich von den Grundsätzen des klassenkämpferischen Marxismus entfernen zu können, und die glaubte, diese Entwicklung mit wissenschaftlichen Gründen erläutern und darlegen zu müssen. Ich meine den Revisionismus. Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Sozialdemokratische Partei hat diesen revisionistischen Kurs der Sozialdemokratie in den hinter uns liegenden Jahren bitterböse bezahlt. (Sehr richtig! Beifall.) Wir brauchen heute keine neuen sozialistischen Theorien, wir brauchen nur die Theorie des Marxismus, unter der zwei Generationen deutscher Arbeiter siegreich und mit Erfolg gekämpft haben, wieder zur Anwendung zu bringen. Dieser Geist soll und wird auch die Sozialistische Einheitspartei beseelen. Wir müssen die Situation erkennen, in der wir stehen. Die deutsche Arbeiterklasse kämpft heute nicht mehr, wie vor fünfzig Jahren, um kleine politische, sozialpolitische und wirtschaftliche Teilziele, heute geht es nicht mehr nur um Streikrecht oder Wahlrecht, um Koalitionsrecht oder um Mitbestimmung, heute steht die deutsche Arbeiterklasse

vor einer großen geschichtlichen Aufgabe, sie steht an dem Entscheidungspunkt, an dem die gesellschaftliche Entwicklung und der Kampf der Generationen vor uns die deutsche Arbeiterklasse herangeführt hat. Wir stehen vor der endgültigen praktischen Durchführung des Sozialismus in Deutschland.

Diese wichtige Aufgabe kann aber keine der beiden Arbeiterparteien für sich allein lösen. Nur vereinigt werden wir das große Ziel erreichen, und damit, Genossinnen und Genossen, darf ich noch eingehen auf einige Fragen, die eine entscheidende Rolle für die Gestaltung unserer Politik haben. Da ist zunächst die Frage der Demokratie, jene Frage, die in ihrer Auswirkung dazu geführt hat, daß es weite Schichten in Deutschland gibt, die glauben, aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei müsse unter allen Umständen die Demokratie Schaden leiden und die Form der Diktatur für Deutschland kommen.

Wie liegen die Dinge? Es ist durchaus verständlich, wenn es viele Menschen in Deutschland gibt, die heute, nachdem das Pendel der geschichtlichen Uhr in Deutschland unter Hitler so weit nach rechts ausgeschlagen ist und alle Vorstellungen von Demokratie durch eine so unerhörte Art der Diktatur abgelöst hat, erfüllt sind von Mißtrauen und von einer psychologisch erklärlichen, geistig aber nicht fundamentierten Vorstellung, daß nunmehr eine Form der Demokratie kommen müsse, die ganz, ganz anders aussehe, und sie verstehen unter dem Begriff Demokratie die persönliche Freiheit. Unter den Nachwirkungen des Hitler-Reiches verstehen sie die persönliche Freiheit in einer solchen Form, daß diese persönliche Freiheit sogar zur Auflösung gemeinsamen Gedankenguts führen kann.

Das, Genossinnen und Genossen, ist keine Demokratie. Die Sozialistische Einheitspartei kämpft um diesen Staat auf dem Boden der Demokratie. So steht es in unseren Grundsätzen. Es gibt reaktionäre Zeitungen, die bei dieser Formulierung es für richtig hielten, zu schreiben: Aha, diese Partei will die politische Macht erobern. (Beifall. Heiterkeit.) (Zuruf: Die merken auch alles!) Ja, Genossinnen und Genossen, in diesem Punkt wollen wir wirklich restlos geständig sein. Es ist wahr, sie merken auch alles, denn das wollen wir wirklich in Deutschland. (Bravo! Sehr richtig! Beifall.) Das, Genossinnen und Genossen, ist sogar der Ausgangspunkt aller Überlegungen. (Sehr richtig!) Bei dieser Gelegenheit möchte ich hier über diese Bedenken, die bestehen, wiederum aus dieser süddeutschen Zeitung, einer amerikanischen Lizenzzeitung, einiges über die Leibschmerzen mancher Menschen in diesem Punkt sagen. „Und doch kommt unser Gewissen damit nicht zur Ruhe: Wenn die neugewonnene Freiheit der Kritik im Westen nichts anderes bringt als politische Minderheiten und ihren Parteihader, wie es einer hilflos dahinstotternden freien Wirtschaft ohne Reserven entspricht, die dem und jenem, wie es der Zufall will, Erfolge zuschiebt, das Ganze aber veröden läßt, eine Freiheit des Denkens, bei der die verarmten Massen nur

hoffnungslos werden, dann würde sich die Freiheitstragödie von 1933 nur wiederholen." (Sehr richtig!) Wir wünschen nur, daß diese Stimme aus den westlichen Gebieten bald die Erkenntnis überall werden wird.

Genossinnen und Genossen! Wie steht es mit der Demokratie? Die bürgerliche Demokratie geht zurück auf die Erklärung der Menschenrechte im 17. Jahrhundert. Hier darf ich auf das Buch unseres Altmeisters Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" zurückgreifen und seine Betrachtung dieser Dinge vortragen: „Wir wissen jetzt, daß dieses Reich der Menschenrechte und der Vernunft weiter nichts war als das idealisierte Reich der Bourgeoisie, daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisiejustiz, das auf die Gleichheit hinauslief, auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz, daß als eines der wesentlichsten Menschenrechte proklamiert wurde das bürgerliche Eigentum und daß der Vernunftsstaat, der Rousseausche Gesellschaftsvertrag, ins Leben trat und nur ins Leben treten konnte als bürgerlich-demokratische Republik." Und diese bürgerlich-demokratische Auffassung über die Anwendung einer formalen Demokratie haben wir ja von 1918 bis 1933 in Deutschland mitzuerleben Gelegenheit gehabt. Eine Demokratie, die uns nur die Freiheit gibt zu stimmen und im übrigen die Gefahr in sich birgt, unser Werk sterben zu lassen, ist uns keine Demokratie. Sie reicht für uns in Deutschland nicht aus. (Sehr richtig! Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir wissen, daß die Übertragung irgendwelcher Regierungssysteme und irgendwelcher Auffassungen, wie sie brauchbar sind für andere Länder, wie sie sich in anderen Ländern hervorragend bewährt haben, wie z. B. die Demokratie in England, für Deutschland nicht automatisch übernommen werden können. (Sehr richtig!)

Wir haben keine jahrhundertelangen demokratischen Erfahrungen wie das englische Volk. Wir haben keine Traditionen, wie sie das französische Volk hat, und wir haben auch nicht jene revolutionären Voraussetzungen, die das russische Volk 1917 bei seiner glorreichen Revolution gehabt hat. Darum kann weder das russische Regierungssystem noch das französische, noch das amerikanische oder das englische auf Deutschland aufgepfropft werden. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Wir haben unseren Staat nach unseren Verhältnissen aufzubauen. (Sehr richtig! Beifall.) Und da gibt es schon einige Dinge, die sehr unterschiedlich in Erscheinung treten. Es gibt in Deutschland und gab in Deutschland gesellschaftliche und wirtschaftliche Kräfte, deren Vernichtung die Voraussetzung für den Aufbau jeder Demokratie ist. (Beifall.) Diese Kräfte sind der Faschismus, die Großindustrie, der Großgrundbesitz und der Militarismus. (Zwischenruf: Und alle Bürokratie!) Und wir, Genossinnen und Genossen, haben den Anfang damit gemacht. Wenn man uns in der russischen Zone eine schnellere und größere Freiheit geschenkt hat als Euch in den westlichen Zonen, dann ist der Erfolg

dieses Geschenks in Deutschland und in unserer Zone bereits zu erkennen. (Beifall.) Mit tiefer Beschämung habe ich die Ausführungen Högners, des Ministerpräsidenten von Bayern, gehört, der sich hinstellte und in einem Interview sagte, nachdem die amerikanische Besatzungsarmee von sich aus erklärt hatte, daß sie glaube, länger als zehn Jahre eine Besatzung nicht durchführen zu brauchen, in Deutschland müsse man eine Besatzungszeit von fünfzehn Jahren haben (Pfui!), da sonst der Bürgerkrieg ausbrechen werde.

Genossinnen und Genossen! Wir haben uns sachlich mit solchen Dingen zu beschäftigen. Die Person Högners interessiert uns gar nicht; nur weil er Träger dieser Worte ist, nenne ich ihn. Um was dreht es sich? Wenn es so ist, daß wir fünfzehn Jahre lang auf den Bajonetten der Besatzungsmächte in Deutschland leben müssen, nur um die Reaktion niederzuhalten, dann wäre das eine Schmach und Schande für das deutsche Volk. (Laute Bravorufe und stürmischer Beifall.) Dann, Genossinnen und Genossen, hätten wir damit auch der Welt und den Besatzungsmächten den Beweis erbracht, daß das deutsche Volk keinen Pfifferling wert ist. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Wir begrüßen jede Hilfe der Besatzungsmächte in der Niederhaltung und Ausrottung der Reaktion, aber wir wollen uns nicht allein auf sie verlassen, sondern halten es für unsere moralische Pflicht, unsere eigene Kraft einzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Und darum, Genossinnen und Genossen, haben wir die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeigeführt. (Bravo! Beifall.)

Wir wissen genau, wenn wir morgen eine Partei von eineinhalb Millionen Sozialisten in der sowjetischen Zone sind, dann ist die Sicherheit dieser Zone nicht mehr gewährleistet durch die russische Besatzungsarmee, sondern durch unsere eigene Kraft. (Stürmischer Beifall.) Und das, Genossinnen und Genossen, möchten wir über ganz Deutschland sagen. Wir möchten mit der Vereinigung den Besatzungsmächten und der ganzen Welt den Beweis erbringen, daß in Deutschland nie wieder Friedensstörer und Reaktionäre aufkommen können. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.)

Darum ist unsere Auffassung über die Demokratie auch ein wenig unterschiedlich von den Auffassungen jener Genossen, die glauben, an alten sozialdemokratischen Idealen festhängen zu müssen. Das ist das Neue der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, daß wir den Satz niedergeschrieben haben: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus. Sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt." (Sehr richtig! Bravo! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Wer kann im Auslande gegen eine solche Auffassung sein, wer kann in Rußland, in Frankreich, in England diesen sozialistischen Kampfeswillen nicht wünschen? Wir wollen die friedliche Entwicklung in Deutschland. Wenn wir von diesem Weg abweichen müssen, dann ist es die unverbrüch-

liche Schuld der deutschen Reaktion. Dann mag sie sich auch darüber klar sein, daß wir dieses Mal wissen, wie wir uns zu verhalten haben. (Sehr richtig! Beifall.) Wenn davon gesprochen wird, daß die Sozialistische Einheitspartei eine Partei sei, die unter ausländischem Einfluß steht, so will ich dazu nur das sagen, was wir selbst in unseren Grundsätzen gesagt haben. Zunächst ist es überhaupt eine geradezu lächerliche Formulierung, einen solchen Satz zu prägen. Selbstverständlich stehen wir nicht nur in der russischen, sondern in allen Zonen in Deutschland unter dem Einfluß und der Kontrolle der Besatzungsmächte. (Sehr richtig! Beifall.) Aber für uns und für unseren Willen und unser Wollen ist maßgeblich jene Formulierung in dem Satz: „Die Sozialistische Einheitspartei kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren Interessen ihres Volkes." Das allein ist uns Richtschnur, nach der wir handeln, nach der wir politisieren wollen. Und, Genossinnen und Genossen, wir sind glücklich, zu sagen, daß sich die Erkenntnis für diese unsere Auffassung auch langsam und sicher in anderen Ländern durchsetzt und in Erscheinung zu treten vermag.

Unter uns weilt der Genosse Walter Hones aus England, der uns die Botschaft einer ganzen Reihe von Abgeordneten der Labour-Party und der Gewerkschaftsführer heute morgen zu unserem Kongreß überbracht hat. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Die Botschaft dieser prominenten Mitglieder der britischen Arbeiterbewegung, von Gewerkschaftsführern und Parlamentsabgeordneten der Arbeiterparteien an den Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Gewerkschaftsführer und Parlamentsabgeordneten der Arbeiterpartei senden Euch brüderliche Grüße nach Berlin. Wir wünschen Euch Erfolg in Eurem Unternehmen, die politische Einheit auf fairen und gerechten Grundlagen herzustellen. Wir glauben, daß die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland und Europa notwendig ist. Die Ereignisse beweisen die Wahrheit der Erklärung Harold Laskis vom Jahre 1943. Und wenn der Bruderstreit zwischen Sozialisten und Kommunisten, der soviel dazu beitrug, die Arbeiterbewegung in Deutschland und Italien zu zerstören, nach dem Ende des Krieges fortgeführt wird, das Resultat dieses Krieges für die Freiheit sehr wohl eine noch schlimmere Sklaverei sein könnte. Wir stimmen überein mit der im Memorandum der Arbeiterpartei über die internationale Nachkriegsordnung enthaltenen Erklärung, daß der Sozialismus eine grundlegende Notwendigkeit in Europa ist, um dem Faschismus in allen Formen politischer Sklaverei ein Ende zu bereiten und einen hohen, stetig steigenden Standard der wirtschaftlichen Besserung zu erreichen, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Unterernährung zu beheben und die Verbreitung von Demokratie und politischer Freiheit zu fördern. Wir glauben, daß ein sozialistischer Wiederaufbau im Nachkriegseuropa nur durchgeführt werden kann durch die enge Zusammenarbeit und die Einheit von

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Sozialisten und Kommunisten, und wir hoffen sehnlichst, daß Euer Parteitag die Einheitsbewegung einen großen Schritt weiterführen wird." (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Eure Begeisterung und Euer Beifall ist die Antwort, die auf diese Botschaft zu erteilen sein wird. Die Botschaft ist von folgenden Arbeiterabgeordneten des britischen Parlaments unterzeichnet:

K. Zilliacus, H. Lester Hutchinson, Charles Smith, S. Tiffany, DN. Pritt Parkin, W. Cove, D. Kirkwood, RW. Mackay, M. Orbach, Doctor Jeger, Mrs. Manning, Major Wilkes, Captain Chetwynd, John Platts Mills, HL. Austin, Major Bruce, FT. Willey, E. Griffith, Tom Cook, S. Swingler, Mrs. Braddock, J. Silverman, H. Dayies, T. Scollen, Ly Solley, N. N. Dodds, B. Strauss.

Auch von den folgenden führenden Persönlichkeiten:

Gewerkschaftsbewegung: Lord Passfield Dash Sidney Webb und Dash; Jack Tanner, Präsident des vereinigten Metallarbeiter Dash-Verbandes Groß-Britanniens; Harry Adams, Vorsitzender des Vereinigten Bauarbeiter Dash-Verbandes; Jack Stanley, General-Sekretär des Verbandes der Bauschlosser; John Horner, General Dash-Sekretär des Verbandes für Feuerwehrleute; Jay Gardner, General-Sekretär der Gewerkschaft der Gießerei Dash-Arbeiter Groß-Britanniens; Jim Hammond, Mitglied der Executive des Britischen Bergarbeiter Dash-Verbandes; Arthur Horner, Mitglied der Executive des Britischen Bergarbeiter Dash-Verbandes, Britischer Gewerkschaftsleiter der Kohlen Dash-Produktion; W. M. Morgan, Mitglied der Executive der Gewerkschaftsvereinigung der Wissenschaftler; Joe Scott, Mitglied der Executive des Vereinigten Metallarbeiter Dash-Verbandes; WJR. Syuance, früherer General Dash-Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer; Ronald Frankau, Präsident der Vereinigung der Variete-Künstler; van Phillips, Mitglied der der Executive der Britischen Gewerkschaft der Musiker; Ivor Montagu, Mitglied Executive des Verbandes der Kinotechniker; L. C. White, General Dash-Sekretär des Verbandes der Staatlichen Büroarbeiter; Clara Bamber, Präsidentin der Britischen Genossenschaft Dash; Frau Engilde; Franc Foulkes, Präsident der Gewerkschaft der Elektro-Dash; Monteure D. Gardener, General Dash-Sekretär des vereinigten Dash-Verbandes und noch fünfundsiebzig Mitglieder von National und Orts-Executiven dieser und anderer Gewerkschaften.

Die folgenden schließen sich auch dieser Botschaft an:

Dean Von Canterbury, Mrs. King, Präsident des internationalen Frauentages. Dorothy Hynd, University Labour Federation; Bracket, Vereinigung der Studenten, der Britischen Arbeiterbewegung angeschlossen.

Genossinnen und Genossen! Wir sind auf dem richtigen Wege. Wir grüßen jede Stimme, die von draußen wieder zu uns tönt und uns etwas wie Kameradschaft und Hoffnungen auf neue internationale Zusammenarbeit bringt. (Bravo! Beifall.)

Ich schlage vor, daß der Zentralausschuß im Auftrag des Parteitages folgendes Erwiderungstelegramm nach London gibt:

„Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin hat am 20. April Eure Botschaft mit Dank und Begeisterung aufgenommen und erwidert Eure brüderlichen Grüße. Der Parteitag wird heute die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei beschließen und dankt Euch für Euer großes Verständnis zu unserem Werk. Wir sind tief davon überzeugt, daß unser Schritt den Interessen der Arbeiterklasse und der Sache des Sozialismus dient. Eine starke und einige Arbeiterklasse ist in Deutschland die stärkste Friedenssicherung. Das schwierige Aufbauwerk soll uns nicht müde sehen. Wir werden kämpfen für Demokratie, Wiedergutmachung, Freiheit und Sozialismus."

(Bravo und lebhafter Beifall. Spontaner Gesang der Internationale; die Versammlung hat sich von ihren Plätzen erhoben.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, komme ich zum Schluß. Noch einige Worte an unsere Freunde aus dem Westen, die unter größter Mühsal hierhergekommen sind, um an unseren Verhandlungen teilzunehmen. Genossinnen und Genossen, wenn Ihr zurückkommt, werden Unfreundlichkeiten auf Euch warten. Wenn Ihr aber zurückgeht mit der unerschütterlichen Erkenntnis und dem inneren festen Willen, einer großen Sache für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse dienen zu wollen, dann laßt Euch nicht beirren und werdet im Westen Deutschlands Einheitsfanatiker. Hier in der östlichen Zone stehen eineinhalb Millionen Sozialdemokraten, die in Gedanken jeden Tag und jede Stunde bei Euch sein werden, die Euch nicht verlassen und die Eure Arbeit mit allen Kräften unterstützen werden. Man wird Euch dort drüben dieselben Vorwürfe machen, wie man sie uns hier gemacht hat. Man hat uns gesagt, wir hätten die SPD verschachert. Genossinnen und Genossen, wir haben die Sozialdemokratische Partei nicht verschachert. Die ruhmreiche Vergangenheit dieser Partei wird niemals verschachert werden können, sondern sie ist eingebettet in das große Buch der Geschichte. Und, Genossinnen und Genossen, seht Euch die Initialen dieser SPD an. Wir haben sie verändert. Gewiß. Wir haben das P aus der Mitte herausgenommen und wir haben das E dafür hineingesetzt. Einheit für die Partei. Das ist das Ziel der Entwicklung. Und wenn man Euch weiter jene spitzfindigen und schraubend gestellten Formulierungen vorhält, in Deutschland sei Karfreitag die Sozialdemokratische Partei ans Kreuz geschlagen, dann vergeßt nicht, diesen Leuten dort drüben zu sagen, daß diese selbe Sozialdemokratische Partei aber Ostern zu größerer und gewaltigerer Zukunft sich erhoben hat. (Stürmischer und langanhaltender Beifall.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ihr habt durch Euren ungeheuren Beifall soeben erneut bekundet, daß Ihr hinter der Politik, die der Genosse Grotewohl und mit ihm der gesamte Zentralausschuß vertreten hat, steht und diese richtig ist. Ihr gestattet mir, daß ich darüber meine Freude zum Ausdruck bringe. (Lebhafte Zustimmung!)

Nun, Genossinnen und Genossen, kommen wir zur Wahl des Parteivorstandes. Ich bitte inzwischen die Mitglieder des Wahlausschusses, sich auf dieser Seite des Theaters in Zimmer Nr. 17 zu versammeln. Ich habe folgenden Vorschlag zu machen: Ich sehe keine andere Möglichkeit und habe mit dem Wahlausschuß vereinbart, daß die Abstimmung so vorgenommen werden soll: Wir werden aus den fünf Türen des Saales hinausgehen. In den Garderoben sind Wahlurnen aufgestellt, zu beiden Seiten und an der Tür. Für den Rang, auf dem auch Delegierte sind, wird ebenfalls im Vorraum eine Wahlurne aufgestellt. Und so glaube ich, wenn die Delegierten dann den Raum verlassen, um ihre Stimme abzugeben unter gleichzeitiger Kontrolle der Delegiertenkarten, wird es möglich sein, in ganz kurzer Zeit diesen Akt zu vollziehen.

Der Parteiausschuß unterbreitet dem Parteitag folgende Vorschläge und empfiehlt ihre Annahme. Ich verlese der Einfachheit halber den Stimmzettel, der sich in der Delegiertenmappe befindet:

Edith Baumann-Berlin, Bruno Böttge-Halle, Erich Braun-Hildesheim, Hans Breck-Kiel, Willi Buch-Braunschweig, Otto Buchwitz-Dresden, Friedrich Ebert-Potsdam, Max Fank-Stralsund, Max Fechner-Berlin, August Friedel-Chemnitz, E. W. Gniffke-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Otto Grotewohl-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Ernst Heilmann-Kiel, Gertrud Hentsch-Zwickau, Ernst Hoffmann-Berlin, Heinrich Hoffmann-Weimar, Willy Jesse-Schwerin, Fritz Jungmann-Dessau, August Karsten-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Karl Litke-Berlin, Erich Lübbe-Berlin, Albert Meier-Dresden, Otto Meier-Berlin, Karl Moltmann-Schwerin, Gustav Müller-Rheinland, Hermann Prübenau-Magdeburg, Erna Sachse-Altenburg, Yella Schaar-Heidelberg, Hermann Schlimme-Berlin, Paul Szillat-Rathenow, Gottlieb Teichert-Essen, Stanislav Trabalski-Leipzig, Fritz Wagner-Meiningen, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Richard Weimann-Berlin, Toni Wohlgemuth-Berlin.

Dazu, Genossen, sind von den Genossen Hoffmann, Ebert, Buchwitz, Seidel, Hohn, Böttge und Paul zwei weitere Vorschläge unterbreitet worden. Diese Genossen schlagen ergänzend vor: Grete Beese-Rostock und Orlopp-Berlin. Ich bitte, diese zwei Namen auf die dafür vorgesehenen Linien des Stimmzettels noch einzutragen. (Die Sitzung wird von 12.55 Uhr bis 13.10 Uhr zur Durchführung des Wahlaktes unterbrochen.)

Genossinnen und Genossen! Ich erkläre den Wahlakt für geschlossen.

Wir nehmen jetzt den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Das Wort hat Genosse Kamerahl-Dessau.

Genosse **Kamerahl:** Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat die Mandate geprüft und festgestellt, daß

Groß-Berlin	mit	44
Brandenburg	„	39
Dresden	„	44
Leipzig	„	37
Chemnitz	„	23
Zwickau	„	18
Görlitz	„	7
Halle	„	39
Dessau	„	24
Magdeburg	„	37
Thüringen	„	53
Mecklenburg	„	46
Zentralausschuß	„	14
Parteiausschuß	„	20
Westzone	„	103
insgesamt		548 Delegierte

auf dem Parteitag vertreten sind. Es wird vorgeschlagen, alle Mandate vom Parteitag für gültig zu erklären.

Genosse **Fechner:** Genossinnen und Genossen! Ihr habt den Bericht gehört, und ich bitte, darüber abzustimmen durch Erheben der Delegiertenkarten, daß wir die Delegierten alle, wie von der Mandatsprüfungskommission vorgeschlagen, anerkennen. Wer dafür ist, den bitte ich die Hand zu erheben. Erhebt sich eine Stimme dagegen? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß nach der Prüfung durch die Mandatsprüfungskommission sämtliche Mandate ordnungsgemäß zustande gekommen sind und Gültigkeit haben.

Wir kommen nunmehr zum Bericht der Statutenberatungskommission und der Redaktionskommission. Beide Berichte gibt zusammen der Genosse Helmut Lehmann.

Genosse **Lehmann:** Genossinnen und Genossen! Nach den erhebenden Vorgängen, deren Zeugen wir soeben waren, ist es für einen simplen Berichterstatter über Satzungen außerordentlich schwer, nun noch etwas zu sagen, was das Interesse des Parteitages hervorrufen kann. Ich werde mich infolgedessen bemühen, mir den Dank des Parteitages dadurch zu erwerben, daß ich mich recht kurz fasse. (Bravo!)

Genossen, zunächst einmal den Bericht der Redaktionskommission. Sie haben in Ihrer Mappe eine Druckschrift, betitelt „Einheitspartei 1946 der Sozialdemo-

kratischen Partei". Darin finden Sie eine Reihe Entschließungen, die von einigen Landesverbänden eingebracht worden sind. Auf den Seiten 3 und 4 befindet sich eine Entschließung, die sich mit der Gewerkschaftsfrage befaßt. Diese Entschließung haben wir an einigen Stellen redaktionell geändert, aber dem Sinne nach unverändert gelassen. Es war nicht mehr möglich, diese Änderungen zu vervielfältigen. Ich will sie daher verlesen.

„Die Sozialistische Einheitspartei sieht in dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eine der Säulen der deutschen Wirtschaft. Sie erkennt die Selbständigkeit des FDGB an und erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie dem FDGB beitreten. Aus den gleichartigen Bestrebungen der SED und des FDGB auf Demokratisierung der deutschen Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit zu engster Zusammenarbeit mit diesem Zweige der Arbeiterbewegung."

Die Redaktionskommission empfiehlt die Annahme dieser Entschließung.

Dann sind da einige Entschließungen auf der Seite 3 gegen die erwachende Reaktion und eine, die dasselbe Thema behandelt. Die Redaktionskommission empfiehlt, diese beiden Entschließungen dem Zentralausschuß oder dem neuen Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Dann ist eine Entschließung auf Seite 4 abgedruckt, die sich mit dem Thema der Parteipresse beschäftigt. Auch diese Entschließung bitten wir dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich komme dann zu den „Grundsätzen und Zielen". Diese „Grundsätze und Ziele" sind zwar überall sehr eingehend diskutiert worden, erfreulicherweise sind in unseren Reihen wesentliche Meinungsverschiedenheiten dabei nicht zutage getreten. Auf allen Bezirksparteitagen sind diese „Grundsätze und Ziele" einmütig als die geeignete Grundlage für die Sozialistische Einheitspartei anerkannt worden. Trotzdem sah sich die Redaktionskommission genötigt, zu einem Punkt dieser Grundsätze und Ziele Stellung zu nehmen. Es handelt sich um den Abschnitt 2, der Kampf um den Sozialismus. Sie haben in der Mappe die Vervielfältigung eines Vorschlages der Redaktionskommission und des Parteiausschusses. Es handelt sich dabei um den Absatz 3, Satz 1, der in der Formulierung verändert werden soll:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Umwandlung des aus der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Eigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion für eine sozialistische, durch die Gesellschaft betriebene Produktion."

Es soll also geändert werden die Bezugnahme auf den Grund und Boden, und außerdem wird gesagt, daß die Umwandlung des Eigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum gefordert wird. Diese beiden Punkte zu ändern erscheint notwendig, weil bei einigen ängstlichen Gemütern der Eindruck entstanden war, als ob jedem kleinen Bäuerlein sein Grund und

Boden weggenommen werden soll, oder als ob jedem Handwerksmeister sein Handwerkszeug weggenommen werden soll. Es soll also klargestellt werden, daß es sich nur um die Sozialisierung der großen Produktionsmittel, der aus der Akkumulation des Kapitals entstandenen Produktionsmittel handelt. Ich glaube, wir können diesen Änderungen auch deswegen unbesorgt zustimmen, weil die „Grundsätze und Ziele" nicht etwas Dauerndes sein sollen, sondern nur der Vorbereitung eines Parteiprogramms dienen. Sie werden sich noch zu entschließen haben über die Einsetzung einer Programmkommission, die den Auftrag erhalten soll, möglichst bald für die Einheitspartei ein Programm zu entwerfen. Dafür sollen die „Grundsätze und Ziele" das Material abgeben. Es ist also nicht notwendig, sich auf Einzelheiten dieser „Grundsätze und Ziele" im Augenblick einzulassen. Darüber zu diskutieren, wird im Laufe des nächsten Jahres und wird auf dem nächsten Parteitag Gelegenheit sein.

Ich komme dann zu dem schwierigsten Teil meines Berichts: die Statuten und die Änderungen zu diesen Statuten. Auch hier kann ich zunächst verweisen auf die Drucksache, die Ihnen vorliegt. Es handelt sich um zwei Abschnitte. Da sind einmal die Abänderungsanträge, die von den einzelnen Bezirken auf Grund der Beschlüsse der Bezirksparteitage gestellt worden sind. Diese Änderungen finden Sie von der Seite 5 ab. Dann liegt außerdem ein ganzer Block von Änderungsvorschlägen vor, auf der Seite 16 beginnend. Diese Änderungsvorschläge sind das Produkt eingehender Verhandlungen im zentralen Organisationsausschuß. Sie beruhen also auf Vereinbarungen zwischen dem Zentralausschuß der SPD und dem Zentralkomitee der KPD. Angesichts des Umstandes, daß ja beide Parteitage nun noch zusammentreten müssen, um über diese Satzungen zu entscheiden, empfiehlt die Statutenberatungskommission, diese Änderungen unverändert anzunehmen mit Ausnahme von zwei Änderungen, die ich Ihnen noch vorschlagen möchte.

Ich will nun auf einige der wesentlichsten Änderungsvorschläge eingehen, sie begründen, um damit zu erklären, warum diese Vorschläge jetzt gemacht werden. Ich kann mich dabei naturgemäß nur auf einige grundsätzliche Fragen beschränken und muß davon absehen, in alle die diffizilen Einzelheiten der Satzungen einzusteigen.

Es ist zu § 2 ein Zusatz gemacht worden, wonach die Mitglieder sich durch den Beitritt verpflichten sollen, auch aktiv in der Partei zu arbeiten: ein Grundsatz, der eigentlich für jeden Sozialisten selbstverständlich sein sollte (Sehr richtig!), den aber auszusprechen doch wohl nötig ist. Deswegen bestand der Wunsch, das ausdrücklich auch in dem Statut zu formulieren. Es lag auch ein dahinzielender Antrag des Landesverbandes Thüringen vor. Dieser Antrag wäre dann durch diese Formulierung als erledigt zu betrachten.

In dem § 3 wird gesagt, daß die Mitgliedschaft bei den Vorgängern der Sozialistischen Einheitspartei angerechnet wird auf die Mitgliedszeit in der Einheits-

partei. Es besteht der Wunsch, auch die verschiedenen Abzweigungen der Sozialdemokratischen Partei, die wir im Laufe der dreißig Jahre erlebt haben, hier aufzuführen, und zwar die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, den Sozialistischen Jugendverband, die Kommunistische Jugend und die Sozialistische Arbeiterjugend. Es liegen auch dahingehende Anträge vor der Landesverbände Sachsen, Halle, Bezirksverband Berlin, Bezirksverband Brandenburg. Durch die Aufnahme des Zusatzes zu § 3 wären alle diese Anträge als erledigt anzusehen. Es liegt außerdem jetzt noch ein Antrag des Genossen Herbst-Braunschweig vor, der erst auf der Tagung beim Büro abgegeben worden ist. Dieser Antrag sagt, es solle ein weiterer Zusatz zu § 3 gemacht werden: „oder einer anderen Partei des Auslandes, soweit diese der Internationale angeschlossen ist".

Der Wortlaut dieses Antrages ist nicht so, daß man ihn ohne weiteres annehmen könnte, ganz abgesehen von der prinzipiellen Frage. Ich glaube, es ist zweckmäßig, diesen Antrag, ohne in eine Debatte darüber einzutreten, dem Parteivorstand als Material zu überweisen für die nötige Überprüfung des Statuts, denn es ist klar, daß das Statut auch weiterhin überprüft werden muß und daß der nächste Parteitag vermutlich wiederum eine Reihe von Änderungen des Parteistatuts für nötig halten wird. Für diese Beratungen könnte der Antrag als Material benutzt werden.

Ich komme nun zu der Frage, die in allen Bezirken in der Debatte über das Parteistatut eine große Rolle gespielt hat und Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen ist. Das ist die Frage, ob die Wohnbezirksgruppen oder die Betriebsgruppen den Vorrang zu genießen haben, oder anders ausgedrückt, welche Bedeutung die Betriebsgruppen in der Partei haben sollen.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den früheren Jahren im wesentlichen eine Organisation zur Vorbereitung von Wahlen gewesen (Widerspruch), ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß die Eroberung der politischen Macht mit Hilfe des Stimmzettels durchgeführt werden soll. (Widerspruch.) Wir wissen aber, daß diese Auffassung falsch ist und daß die politische Organisation (Widerspruch) viel weitergehende Aufgaben hat und daß infolgedessen auch wir uns nicht abstellen können allein auf die Vorbereitung von Wahlen, sondern daß die Hauptaufgabe der Partei darin bestehen muß, Aufklärung in die Massen zu tragen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse von dem Kampfgeist erfüllt ist, der in der heutigen Zeit notwendig ist, um dem Ziel der Partei näherzukommen. Als ein wesentlicher Träger dieser Arbeit aber haben sich in der Vergangenheit schon die Betriebsgruppen erwiesen. (Zuruf: Nein! — Widerspruch. — Lachen.) Deswegen scheint es doch notwendig zu sein, daß die Betriebsgruppen die notwendige Beachtung auch bei unseren Genossen finden. (Unruhe.) Die Betriebsgruppen sollten wesentlich mehr beachtet werden als bisher. (Widerspruch.) Über diesen Grundeinheiten der Partei stehen selbstverständlich die Ortsgruppen. Aber die Werbearbeit kann doch in den Betrieben zweifellos mit größerem Erfolg

geleistet werden als etwa auf kleineren Zusammenkünften (Widerspruch), wo die Genossen erst zusammengeholt werden müssen. In den Betrieben haben wir die Genossen zusammen; in den Betrieben haben wir vor allen Dingen die Arbeiter, die noch nicht von dem sozialistischen Gedanken erfüllt sind. (Zuruf: Bei 50 Prozent der Friedenskapazität?) Trotzdem können wir die Arbeiter in erster Linie an der Betriebsstelle erfassen. Wir wollen uns auch nicht dadurch beeinflussen lassen, daß noch nicht alle im Produktionsprozeß stehen. Es ist doch unser Bestreben, sie einzugliedern in den Produktionsprozeß, soweit das noch nicht geschehen ist. Ich glaube also, daß wir diese Gelegenheit zur Werbearbeit für den sozialistischen Gedanken nicht hintanstellen sollen.

Aber das ist ja nicht der einzige Gesichtspunkt, aus dem die Betriebsgruppe gleichberechtigt neben der Wohnbezirksgruppe als die Grundeinheit der Partei bezeichnet wird. (Lebhafter Widerspruch.) Genossen, ich erinnere Sie an das, was unter Ihrem Beifall der Genosse Grotewohl ausgeführt hat. Er hat Ihnen die Perspektiven unserer Arbeit gezeigt und hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Aufbau der Wirtschaft eine wesentliche Aufgabe der Partei ist. Weil dem aber so ist, haben wir alle Veranlassung, uns darum zu kümmern, wie es in den Betrieben aussieht (Unruhe), haben wir alle Veranlassung, die politische Aufklärungsarbeit in die Betriebe zu tragen (Unruhe), haben wir alle Veranlassung, die Genossen in den Betrieben zusammenzuhalten, auch unter politischen Gesichtspunkten (Unruhe) haben wir dafür zu sorgen, daß die Betriebe von Reaktionären befreit werden. Genossen, das können wir nicht über die Wohnbezirke. (Widerspruch.) Das müssen wir dadurch bewerkstelligen, daß wir in die Betriebe hineingehen. (Lebhafte Unruhe.)

(Genosse Fechner: Wir wollen doch erst den Bericht entgegennehmen.)

Das waren die Gesichtspunkte dafür, in die Statuten den Grundsatz aufzunehmen, daß Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen nebeneinanderstehen und daß sie das Fundament der Partei bilden, zusammengefaßt in den Ortsgruppen und in den Kreisen. Es ist ganz klar, daß politische Entscheidungen allgemeiner Art nicht von den Betriebsgruppen gefaßt werden können (Widerspruch), oder daß sie gefaßt werden können von den Wohnbezirksgruppen. Diese Entscheidungen können nur von der Zusammenfassung aller Genossen getroffen werden, das sind, als die unterste Einheit, die Ortsgruppen und darüber die Kreise als die Zusammenfassung der Ortsgruppen. Deswegen sind auch hier einige Vorschläge gemacht worden, um das noch klarer herauszustellen.

Es wird in dem neuen Absatz 5 des Paragraphen 10 gesagt: Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Hierüber hat es noch eine Auseinandersetzung gegeben, die dazu geführt hat, diesen Wortlaut noch etwas präziser zu fassen. Ich schlage Ihnen daher jetzt folgende Fassung dieses Absatzes 5 vor: „Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen."

Im Zusammenhang damit steht ein Vorschlag zu § 10, dem Absatz 1 noch hinzuzufügen: „Die Ortsgruppe ist die unterste Einheit, die kommunalpolitische Entscheidungen trifft."

Es war ja im wesentlichen dieser Gesichtspunkt, der immer angeführt worden ist, daß, wenn wir zu Kommunalwahlen kommen oder überhaupt zu kommunalpolitischen Dingen, dann würden die Ortsgruppen geschwächt sein, wenn etwa die Betriebsgruppen einen überragenden Einfluß hätten. Deshalb soll das noch einmal ausdrücklich zur Klarstellung gesagt werden, obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, daß solche Dinge nur von den Ortsgruppen entschieden werden können. Eine einzelne Betriebsgruppe oder einzelne Wohnbezirksgruppe kann niemals Entscheidungen treffen, die für die Gesamtheit der Mitglieder des betreffenden Ortes maßgebend sind. Diese Entscheidungen, die für alle verbindlich sind, können selbstverständlich nur in der Ortsgruppe gefaßt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Ortsgruppe. (Unruhe.) Es ist klar, wohin jedes Mitglied ortsgruppenmäßig gehört. Das ergibt sich aus seinem Wohnort. Es gehört in die Ortsgruppe des Wohnortes, soweit es sich um Entscheidungen der Ortsgruppe handelt. (Unruhe.)

Genossen, innerhalb der Betriebsgruppen können stimmberechtigt natürlich nur die sein, die dem Betrieb angehören. Es ist selbstverständlich, daß sich das nur auf Entscheidungen beziehen kann, die für den Betrieb maßgebend sind. (Unruhe.) Es ist selbstverständlich, daß niemand gehindert werden kann, zu allgemein politischen Dingen auch im Betrieb Stellung zu nehmen. So wenig wie zwei Parteigenossen gehindert werden können, sich über politische Fragen allgemeiner Art zu unterhalten oder sich darüber einig zu werden, irgendwelche Resolutionen einzubringen, so wenig kann man eine Betriebsgruppe daran hindern, sich darüber klar zu werden, welche politische Haltung die einzelnen Genossen einnehmen sollen in der Mitgliederversammlung ihrer Ortsgruppe. Genau so wie auch innerhalb der Wohnbezirksgruppen derartige Diskussionen immer üblich gewesen sind, ohne daß es eine Bindung für eine Ortsgruppe bedeuten kann, wenn durch Beschlüsse Resolutionen angenommen worden sind. Durch die stärkere Betonung der Betriebsgruppen wird also eine stärkere Aktivität auf allen politischen Gebieten erreicht. Das, glaube ich, Genossen, haben wir dringend nötig in der heutigen Zeit, und das ist ein großes Plus, das uns die Betriebsgruppen bringen.

Ich glaube, Genossen, daß die Erfahrungen, die mit den Betriebsgruppen gemacht worden sind, durchaus diese Auffassung rechtfertigen, so daß man insoweit den Betriebsgruppen die Arbeit erleichtern soll. Ich darf im Zusammenhang damit noch ausführen, was in dem neuen § 25 gesagt worden ist. Dort wird ausgeführt, daß Sonderstatuten für die Kreise und für die Landes- und Provinzialverbände geschaffen werden sollen. In diesen Kreisstatuten sollen Bestimmungen enthalten sein über den Aufbau und über die Aufgaben auch der Grundeinheiten, also der Wohnbezirks- und der Betriebsgruppen. Es ist also dort die Möglichkeit gegeben, die Dinge auch örtlich verschieden zu gestalten. (Unruhe.)

Es ist wahrscheinlich nicht möglich, eine generelle Lösung dieser Frage zu finden. Das wird von der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Kreise abhängen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß in ländlichen Kreisen die Betriebsgruppen nicht die überragende Bedeutung haben wie in stark industriellen Kreisen. (Zuruf: Also doch überragend!) Um das aber zu ermöglichen, wird man diese Vorschriften dem Kreisstatut überlassen müssen. Ich glaube, daß damit auch den Bedenken Rechnung getragen worden ist, die erhoben wurden und die sagen, man will mit Hilfe der Betriebsgruppen die Ortsgruppen überrennen. Genossen, davon kann selbstverständlich keine Rede sein (Widerspruch), sondern es wird davon abhängen, wie weit die aktiven Funktionäre, die ja im wesentlichen auch aus den Betriebsgruppen kommen werden, ihre Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen entfalten. Es wäre völlig falsch, wenn etwa die Betriebsgruppen sich abkapseln. Diese Funktionäre müssen, wenn sie überhaupt eine politische Wirksamkeit entfalten wollen, in der Ortsgruppe tätig werden. Wir können nur den dringenden Wunsch haben, daß die Funktionäre aus den Betrieben in den Ortsgruppen tätig werden und dort das politische Leben befruchten. So wird sich eine wirksame Zusammenarbeit beider Organisationsformen ergeben.

Genossen, wir dürfen eins nicht vergessen: Wir wollen eine engere und brüderliche Zusammenarbeit mit den Genossen von der Kommunistischen Partei herbeiführen. (Widerspruch.) Das ist Sinn und Zweck unserer Vereinigung. Die Kommunistische Partei aber hat seit vielen Jahren mit großem Erfolg die Betriebsgruppen organisiert. (Unruhe.) Sie hat die Betriebsgruppen aufgebaut, und es ist ganz klar, daß sie von diesem ihrem Organisationsprinzip nicht ohne weiteres abgehen wird. (Lebhafter Widerspruch.)

Genossen, eine Vereinigung von zwei Parteien ist doch wohl nur möglich auf Grund von Vereinbarungen. Wenn wir aber eine Vereinbarung treffen wollen (Zuruf: Wir wollen Abstimmung!), müssen beide Parteien bereit sein, nachzugeben. (Widerspruch.) Deswegen haben ja die Genossen von der Kommunistischen Partei diese Konzessionen gemacht, die ich eben verlesen habe, daß die Betriebsgruppen keine politischen Entscheidungen treffen können, sondern nur die, die ihren Betrieb betreffen. Wenn Sie das richtig auffassen, dann werden Sie verstehen, eine wie weitreichende Konzession das vom Standpunkt der Kommunistischen Partei aus gesehen ist. (Widerspruch.)

Nun, Genossen, das sind die Vorschläge, die die Statutenberatungskommission zu diesem Punkt zu machen hat. Es sind wohl die entscheidenden. (Unruhe.)

Ich habe nur noch wenig zu sagen über den Gesamtaufbau der Organisation. Der Aufbau vollzieht sich von den Ortsgruppen über die Kreise zu den Landesverbänden. In einige Landesverbände sind noch Bezirke eingeschaltet, die auch weiterhin erhalten bleiben sollen. Diese Gliederung wirkt sich auch auf die finanzielle Regelung aus. In dieser Beziehung ist vorgesehen die Einziehung der Beiträge durch die Ortsgruppen und Abführung an die Kreise, Abrechnung der Kreise mit den Landesverbänden, Finanzierung der Bezirke durch die Landesver-

bände. Die Bemessung der Anteile, die aus den Beiträgen den Ortsgruppen und den Kreisen verbleiben und der Anteile, die an die Landesverbände abzuführen sind, ist dem Landesstatut vorbehalten geblieben. Aus dem, was den Landesverbänden verbleibt, wären die Bezirke zu finanzieren. Es wird also einer völligen Neuregelung bedürfen, um die Tätigkeit der Organisation in allen ihren Gliederungen festzulegen und die finanzielle Tragfähigkeit der einzelnen Gliederungen zu sichern. Es erschien nicht zweckmäßig, eine generelle Regelung zu treffen, da die Abgrenzung der finanziellen Zuständigkeiten zunächst einmal den Kreisen zu überlassen ist. Den Kreisen ist auch zu überlassen, ob die Kassierung in den Betrieben oder nur in den Wohnbezirken erfolgen soll. Auf diese Weise kann sich die Organisation der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Es gilt dabei eine Reihe von finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, wenn die Kassierung der Beiträge lediglich auf Betriebsgruppen erfolgt. Es entsteht eine Lücke dadurch, daß ein erheblicher Teil der Belegschaft eines Betriebes in einem anderen Kreis oder in einer anderen Ortsgruppe wohnt. (Lebh. Widerspruch.) Eben weil diese Schwierigkeit besteht, deswegen soll es dem Kreisstatut überlassen bleiben, wie diese Dinge zu regeln sind. Es soll außerdem der finanzielle Ausgleich unter Umständen über mehrere Kreise durch die Bezirks- oder Landesverbände möglich sein. So wird die Kassierung in den einzelnen Betriebsgruppen möglich sein. Aber ob das geschehen soll, das zu entscheiden wird die Aufgabe der Ortsgruppen und Kreise sein. Deswegen will man das dem Kreisstatut überlassen.

Für die Finanzfrage ist noch ein Gesichtspunkt zu beachten. Es steht bisher in dem Statut, daß die höheren Einkommen einen Sonderbeitrag bezahlen sollen. Aber es ist nicht gesagt, was unter höherem Einkommen zu verstehen ist. Infolgedessen soll in das Statut eine Vorschrift aufgenommen werden, daß von einem Monatslohn von 300 Mark ab ein solcher Sonderbeitrag zu zahlen ist. Es ist ausdrücklich davon abgesehen worden, eine Beitragsstaffelung einzuführen. Einmal, weil die Verhältnisse verschieden sind, und dann, weil man nicht wollte, daß eine Nachprüfung des Einkommens in den einzelnen Orten oder Betrieben stattfindet. Wir sind der Meinung — und die bisherigen Erfahrungen haben das bestätigt —, daß, wenn diese Sonderbeiträge auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut sind, der finanzielle Ertrag höher ist, als wenn man die Kassierung mit den Methoden durchführt, wie sie bei den Steuerbehörden üblich ist. Ich glaube, daß man auch diese Frage am zweckmäßigsten dem Kreisstatut überläßt, um den örtlichen Verschiedenheiten Rechnung tragen zu können.

Es steht nichts im Wege, wenn man in einzelnen Bezirken der Meinung ist, daß eine Staffelung, wie sie etwa in Leipzig eingeführt wurde, beibehalten werden soll, diese in das Nebenstatut aufzunehmen und die Kassierung nach einer ausführlichen Staffelung durchzuführen.

Außerdem ist der Wunsch geäußert worden, daß die Beiträge höher festgesetzt werden sollen, als sie in dem Statutenentwurf niedergelegt sind, bekanntlich mit

einer Mark monatlich. Es liegen Anträge vor, die diesen Grundbeitrag auf zwei Mark monatlich erhöhen wollen. Aber es bestehen doch erhebliche Bedenken, das generell für die Gesamtpartei durchzuführen. Deswegen soll das Kreisstatut die Möglichkeit haben, höhere Beiträge als Zusatzbeiträge festzusetzen. Diejenigen Kreise oder Orte, die der Meinung sind, daß sie höhere Beiträge erheben können oder müssen, haben also damit die Möglichkeit, diese höheren Beiträge festzusetzen. Aber es ist nicht angängig, allgemein einen Beitrag festzusetzen, der über den Beitrag von einer Mark hinausgeht.

Ich verweise noch darauf, daß dieses Nebenstatut aufgebaut sein soll auf den Mustern, die der Parteivorstand beschließen wird. Diese Muster werden ausgearbeitet, sobald das Statut angenommen worden ist. Sie werden dann den Landesverbänden und den Kreisen zugeleitet.

Es ist außerdem noch ein Genehmigungsverfahren vorgesehen, um zu erreichen, daß möglichste Einheitlichkeit in diesen Statuten gewahrt wird, um nicht ein unnötig buntscheckiges Bild zu erlangen. Ich glaube, daß man mit dieser Begrenzung der Bewegungsfreiheit erreicht, daß wir doch einheitliche und geschlossene Organisationsbestimmungen behalten.

Ich darf dann noch auf den § 23 verweisen, der neugestaltet worden ist, bei dem abgeteilt worden ist der bisherige Absatz 5. Er behandelt, mit einer neuen Überschrift versehen, die Prüfung der Parteieinrichtungen. Ich darf weiter darauf verweisen, daß auch eine Änderung des Namens des Zentralorgans vorgenommen worden ist. Auch eine Änderung der Zahl der Mitglieder des Zentralsekretariats ist vorgenommen worden. Die Zahl ist von 12 auf 14 erhöht worden. Bei den Beratungen des Organisationsausschusses hat sich herausgestellt, daß die einzelnen Abteilungen nicht ausreichend betreut werden können, sondern daß dazu zwei Genossen mehr benötigt werden.

Das sind die wesentlichen Änderungen, die ich Ihnen vorzuschlagen habe, und ich möchte noch ganz allgemein sagen, wir bitten um die Vollmacht für das Zentralsekretariat zu redaktionellen Änderungen. Es wird sich wahrscheinlich bei der Zusammenstellung des neuen Statuts diese oder jene redaktionelle Unebenheit ergeben, daher wäre ein Beschluß zweckmäßig, eine solche Vollmacht, das Statut endgültig so zu redigieren.

Es wird wohl auch notwendig sein, auf dem Einigungsparteitag einen Beschluß zu fassen, dem Zentralsekretariat oder dem Parteivorstand die Vollmacht zu geben, das Statut so zu veröffentlichen, wie es sich aus den gegenseitigen Vereinbarungen auf dem Vereinigungsparteitag ergibt. Es erscheint nicht angängig, auf dem Vereinigungsparteitag den Wortlaut jeder Vorschrift im einzelnen festzulegen.

Genossen, es ist ein schwieriges Werk, das hier geschaffen werden soll, Sie werden verstehen, daß es bei den mancherlei Meinungsverschiedenheiten nicht möglich ist, alle Wünsche zu berücksichtigen. Ich kann zum Schluß nur den Wunsch aussprechen, daß wir in möglichster Einmütigkeit dieses Statut an-

nehmen und durch diese Einmütigkeit der Vereinigung der beiden Parteien den Stempel aufdrücken.

Gewiß ist der Wortlaut des Statuts nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist das, was die Partei tut (Unruhe). Die politischen Bestimmungen der Partei sind das Entscheidende. Nicht der Wortlaut des Statuts, sondern der Geist, von dem die Partei beseelt ist, das ist das Entscheidende.

Genossen, wir wollen über die kleinlichen Bedenken, über alle Zwistigkeiten, die hier und da befürchtet werden, nicht den großen Gedanken vergessen, der unserem heutigen Parteitag zugrunde liegt. Genossen, von diesem Gedanken müssen wir uns leiten lassen, auch bei der Beratung dieses Statuts. Vergessen wir es nicht, daß wir zu schaffen haben die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. (Bravo! Händeklatschen.)

Genosse **Fechner**: Wir kommen nun zur Aussprache.

Die 40 gewählten Parteivorstandsmitglieder — es steht noch nicht fest, wer es ist — erhalten ihre Delegiertenkarte für den Vereinigungsparteitag um 17¼ Uhr im Admiralspalast vom Genossen Wendt. Um 17½ Uhr beginnt die Neunte Sinfonie im Admiralspalast.

Wir kommen nunmehr zur Aussprache. — Das Wort hat der Genosse Füchsel-Leipzig. Ihm folgt Arno Wend-Dresden.

Genosse **Füchsel**: Parteigenossinnen und -genossen! Ich glaube, wir stehen hier alle sehr unter dem Eindruck der Rede unseres Genossen Grotewohl, und wir haben auch unsere großen Ziele und die großen Gedanken, die darin zum Ausdruck gekommen sind, nicht vergessen. Wenn sich dann aber bei den Ausführungen des Genossen Lehmann eine große Unruhe gezeigt hat, so ist das ein Beweis dafür, daß wir schließlich Männer der Praxis sind und daß wir zu diesen Dingen auch etwas zu sagen haben. (Sehr richtig!) Ich möchte noch etwas vorausschicken. In unserer Mappe, die wir als Material bekommen haben, ist eine Entschließung, aus der hervorgeht, daß wir alle durch eine demokratische Wahl hier nach Berlin gekommen sind. Aber das genügt uns noch nicht, festzustellen, sondern wir haben darüber hinaus festzustellen, daß wir den Willen unserer Parteimitglieder zum Ausdruck bringen müssen. Wir wären traurige Delegierte, wenn wir nicht das sagen würden, was wir auf unseren Bezirkstagen und auf unseren Landeskonferenzen gesagt haben.

Wenn ich das an den Anfang meiner Ausführungen stelle, so hat das eine besondere Begründung. Denn ich habe zum zweiten Male an der Sitzung des Parteiausschusses teilgenommen, und es hat mich doch einigermaßen überrascht, daß dort der Wille aus den Bezirken nicht in der Weise zum Ausdruck gekommen ist, wie ich mir das vorgestellt hatte. Vielleicht bin ich zu jung, um das zu begreifen. Aber trotzdem kann ich über diese Dinge Ihnen etwas sagen, denn es ist doch nicht so, daß der Bezirk Leipzig eine besondere Meinung in dieser Frage hätte. Auf der Landeskonferenz in Dresden ist einmütig in der Frage der Betriebsgruppen eine Vereinbarung getroffen worden. In Mecklenburg ist das so gewesen,

in Thüringen, in der Provinz Sachsen, in Anhalt ist es so gewesen, in Brandenburg ist es so gewesen, und in Berlin ist es auch so gewesen. (Sehr richtig!)

Ich glaube also, daß unsere Delegierten aus allen Teilen unserer Zone fast die gleiche Auffassung hatten und daß sie auch hier in entsprechender Weise zur Geltung kommen muß. Unser Genosse Grotewohl hat es in sehr treffender Weise zum Ausdruck gebracht, daß das Beste aus unserer Partei auch in die neue Partei hinübergehen muß (Zustimmung), und das Beste in unserer Partei ist es gewesen, daß unsere Arbeit eine gewisse Stabilität hatte, daß unsere Arbeit berechenbar war, daß unsere Arbeit nicht von Zufällen abhängig war, daß sie kein Strohfeuer war, sondern daß sie eine Arbeit auf lange Sicht war. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute über die Frage der Betriebsgruppen diskutieren, so sind es eben diese von mir angeführten Dinge, die dazu geführt haben. Es ist eine grundsätzliche Frage, die vor uns steht. Wir wollen nicht das, was in unserer Organisation wesentlich war, aufgeben. Ich weiß nicht, woher der Genosse Lehmann die Auffassung nimmt, daß die Sozialdemokratische Partei sich im vorwiegenden um Wahlen gekümmert habe. (Heiterkeit.) Ich bin doch einigermaßen erstaunt, daß ein Mitglied unseres Zentralausschusses diese Auffassung vor dem Parteitage vertritt. Ich habe sogar noch mehr zu sagen: Die Diskussion im Parteiausschuß war so, daß ich unseren Genossen vom Zentralausschuß bei aller Anerkennung ihrer Arbeit sagen muß, daß sie in der Betriebsgruppenfrage keinerlei praktische Erfahrung haben. Denn wenn Sie diese Arbeit der Betriebsgruppen in den vergangenen Jahren miterlebt hätten, ganz gleich, ob wir zurückblicken auf das Jahr 1923, 1925 oder 1928 oder auf das letzte Jahr, so wissen wir, daß die Betriebsgruppenarbeit doch anders war, als man sie heute uns hier einreden will.

Wir weisen es auch zurück, daß man sagt, unsere Partei sei nicht aktiv gewesen. Aktivität und Strohfeuer sind zweierlei. (Sehr richtig!) Auf das Strohfeuer, das man irgendwie entfacht, daß man irgendeine Stimmung zum Ausdruck bringt, darauf verzichten wir gern. Unsere Aktivität hat sich gezeigt, denn sonst hätten wir nicht solche Massen von Mitgliedern in unserer Organisation. (Beifall.) Wir wollen auch in Zukunft eine beständige, planende Arbeit in unserer Organisation. Und deshalb sind wir der Meinung, daß die politische Willensbildung von der Ortsgruppe ausgehen muß. Es ist auch abwegig, anzunehmen, daß die Betriebe nun diese große Bedeutung hätten. 94 Prozent aller Betriebe, zum Beispiel in Leipzig, sind Betriebe unter zehn Arbeitern. Und dieses Bild werden wir fast überall haben. Wer kann heute noch von industriellen Bezirken sprechen, von Großbetrieben? Wirtschaftskämpfe, die gibt es nicht mehr. Wir werden in Zukunft kaum noch Kleinbetriebe haben, sondern fast nur noch Kleinstbetriebe. Und da will man diesen Betrieben eine politische Entscheidung in die Hand geben? Wir hatten in Leipzig, als ich wegfuhr, noch vier Großbetriebe mit über tausend Mann Belegschaft. Ob wir sie heute noch haben, weiß ich nicht, denn ich bin schon ein paar Tage von Leipzig weg.

Es ist so, daß wir eine ständige Veränderung haben, und wir werden auch eine ständige Veränderung in Zukunft haben in bezug auf den Wechsel in den Betrieben. Die Bauarbeiter sind heute dort und morgen dort. Es wird auch in anderen Betriebsgruppen so sein, daß ein ständiger Wechsel eintreten wird. Und diese Unberechenbarkeit möchten wir eben nicht bei unserer politischen Arbeit als Grundlage haben. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir sind der Auffassung, die unterste Gliederung, die die politische Willensbildung unserer Partei vorschreibt, ist die Ortsgruppe und muß es auch bleiben. Es ist die kommunalpolitische Arbeit angeführt worden. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten Wochen und Monaten, als wir jetzt unsere Aufbauarbeit geplant haben, gerade gesehen, was für eine Fülle von kommunalpolitischer Arbeit wir zu leisten haben, und wir können es uns nicht erlauben, daß unsere Ortsgruppen jetzt so geschwächt werden, denn wir wissen es doch, wir haben dann die Funktionäre nicht zur Verfügung, ganz abgesehen davon, daß auch wirtschaftlich gesehen die Ortsgruppen nicht in dieser Weise lebensfähig und arbeitsfähig sind, wie wir es gerne wünschten. Es sind im Parteiausschuß eine ganze Reihe von Beispielen aus den Bezirken der Parteiorganisation gebracht worden. Hüten wir uns davor, zu glauben, daß die Lage in Berlin anders sei als in Thüringen oder überall. Das ist überall das gleiche. Die Arbeiter, die zum Beispiel in Nauen wohnen und in Berlin arbeiten, die dürften in Nauen ihrer Ortsgruppe wirtschaftlich, also finanziell gesehen, nicht zur Verfügung stehen. Sie würden aber auch in entscheidenden kommunalpolitischen Fragen nicht in die Wirksamkeit treten können, wie das notwendig wäre. Ihr müßt das aus Eurer Praxis hier schon genau regeln. Man braucht diese Dinge nur einmal kurz anzudeuten oder zu sagen, daß wirklich die Frage für uns von eminenter Bedeutung ist, daß alle politischen Entscheidungen von der Ortsgruppe ausgehen.

Parteigenossinnen und -genossen! Wir können uns auch nicht damit begnügen, daß wir sagen, das müßt Ihr im Landesmaßstab regeln. Das ist ein Ausweichen, das ist keine Entscheidung! Wenn schon einmal diese Frage entschieden werden muß, dann muß sie von dieser Stelle aus entschieden werden. Also wir müssen auch den Mut haben, unsere eigene Meinung zu sagen. Wir wollen die Einheit haben! Wer ist unter uns, der die Einheit nicht wollte? Wir sind schließlich schon mehrfach zu solchen Kundgebungen zusammengetreten und haben unseren Willen zum Ausdruck gebracht. Aber wenn wir auch ja zur Einheit sagen, wollen wir auch den Mut haben zu sagen, das war in unserer Organisation gut und muß erhalten bleiben. Es ist mehrfach gesagt worden, wir haben der Treue einen Namen gegeben. Auch in unseren Grundsätzen und Zielen haben wir die Treue verankert. Es ist zu verstehen, daß eine ganze Reihe von Anträgen eingegangen ist, wie zum Beispiel der Antrag, der gleich als erster steht, daß die Ortsgruppe die organisatorische Grundeinheit der Partei und die unterste Willensträgerin ist. In dieser

Frage muß der Parteitag eine klare Entscheidung treffen, muß der Parteitag seinen Willen zum Ausdruck bringen, denn es geht hier nicht um die Zukunft der Partei allein, das wissen wir ganz genau, aber es geht um eine solide Arbeit für das deutsche Volk, und da können wir nur garantieren, wenn wir auch weiterhin einen zuverlässigen Apparat haben, der berechenbar und wägbar ist. Das ist und bleibt für uns die Ortsgruppe. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Fechner: Es spricht nun Parteigenosse Wend-Dresden.

Genosse Wend: Genossinnen und Genossen! Nach all den Aussprachen in den unteren Einheiten unserer Partei, nach den Diskussionen, den Beschlußfassungen auf den Bezirks- und Landeskonferenzen, auf denen diese Fragen der Statutengestaltung eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, bestand vollständige Klarheit darüber, daß es einzig und allein darauf ankommt, für die neue Partei das Beste aus beiden Parteien mit hinüberzunehmen. (Sehr richtig!) Die Entschließungen, die Beschlußfassungen haben das klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wenn ich heute hier zu den Vorschlägen des Zentralausschusses ablehnend Stellung nehme, so nicht etwa deswegen, weil ich gegen die Vereinigung beider Arbeiterparteien bin. Darüber besteht Klarheit. Wir haben heute den Schlußstrich unter unsere Entwicklung zu ziehen. Morgen sind wir zusammen. Aber eines: Wir wollen vorher wissen, in welcher Weise das Grundgesetz der Partei zusammengestellt wird. Das Statut ist nicht eine nebensächliche Sache, das Statut ist der Ehevertrag dieser neuen Partei, nichts anderes. (Sehr richtig!) Deswegen wollen wir heute offen und ehrlich Klarheit schaffen, was notwendig ist, offen und ehrlich sagen. Wir stehen zu dieser Frage positiv in dem Sinne, daß wir sagen: Die Ortsgruppe ist nach wie vor die Einheit, die für die politische Willensbildung maßgebend sein muß (sehr richtig!), einfach deswegen, weil wir aus der praktischen Arbeit der jüngsten Vergangenheit, zum anderen aber aus der Erfahrung der Vergangenheit vor 1933 wissen, daß allein in den Ortsgruppen die politische Solidität liegt, daß wir allein dort die Möglichkeit haben, klar und deutlich die Richtung unserer Arbeit zu bestimmen, daß wir allein dort die Gelegenheit haben, zu den Fragen der kommunalen Politik, zu den Fragen der bezirklichen Politik Stellung zu nehmen.

Die Betriebsgruppen, die jetzt die Grundlage für die politische Arbeit abgeben sollen, sind viel zu sehr den Wechselfällen der personellen Besetzung unterworfen. Zum andern dürfen wir nicht und niemals vergessen, daß wir in Zukunft eine besondere Menschenökonomie vor allen Dingen unter unseren Funktionären zu betreiben haben. Das Gewicht der Arbeit in den Betrieben wird in erster Linie auf den bewährten Gewerkschaftlern liegen müssen. Es wird nicht zuletzt des ganzen politischen Einflusses der am besten ausgebildeten und fortschrittlichsten Mitglieder unserer Partei bedürfen, um diese Arbeit bedeutend zu unterstützen und zu fördern. Auch die Gewerkschaften haben zwölf Jahre lang nicht den Nachwuchs schulen können, den sie für ihre heute weitgesteckten Auf-

gaben benötigen. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns immer und immer wieder überlegen: Wie können wir mit den wenigen Menschen den größtmöglichen Nutzen sowohl auf dem gewerkschaftlichen als auch auf dem politischen Sektor erzielen. Die Dinge, wie sie jetzt anzulaufen scheinen, führen in der Richtung, daß wir in Zukunft jede Unklarheit im organisatorischen Aufbau unserer Partei beseitigen. (Sehr richtig!) Ich kann dem Vorschlag des Genossen Lehmann, daß wir den Kreisen die Gestaltung der Einzelheiten in dieser Frage übertragen sollten, unter gar keinen Umständen zustimmen. (Beifall.)

Es ist notwendig, daß wir Fragen, über die wir im Zweifel sind, hier klären, daß wir sie so klären, daß wir die Verständigungsmöglichkeiten mit unseren Genossen der Kommunistischen Partei durchaus nicht etwa abbrechen, sondern erhalten. Der Parteitag ist verpflichtet, seine Auffassung, seinen Willen in dieser Frage klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen, und der Zentralausschuß hat die Aufgabe, noch heute, wenn es notwendig ist, mit den Genossen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zusammenzutreten und diese Frage so zu klären und vorzubereiten, daß wir morgen eine sinnvolle, eine zweckmäßige Entscheidung gemeinsam treffen können. (Sehr gut! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Gerade wir Sozialdemokraten, die wir positiv zur Vereinigung stehen, haben mit Schwung und Begeisterung all die Fragen aufgegriffen, und wir wollen sie uns unter gar keinen Umständen durch Fragen, die wir zwar nicht als die wichtigsten, aber doch als bedeutsame Fragen betrachten, irgendwie schmälern oder abschwächen. Aber eines, wir müssen unseren Weg, den wir gehen, mit der Klarheit der demokratischen Selbstbewährung, der demokratischen Selbstbindung gehen, wir müssen uns wieder angewöhnen, auch über bestimmte Fragen geistig in unserer Bewegung zu ringen. Wir müssen den Mut haben, auch dann einmal zu widersprechen, wenn es organisatorisch in dem einen oder anderen Falle als unbequem oder unzweckmäßig erscheint. (Beifall.)

Ich glaube, dieser Fall, Betriebsgruppe oder Ortsgruppe, ist durchaus ein Anlaß, der uns verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen und unsere Auffassung zu sagen. Wenn der Genosse Lehmann zum Ausdruck brachte, daß wir, wenn wir dieser Formulierung nicht zustimmen, Feinde der Einheit seien, so ist das sicherlich nur ein falscher Zungenschlag gewesen. (Sehr richtig!)

Wir sind der Meinung, daß das überhaupt mit grundsätzlichen oder prinzipiellen Fragen nichts zu tun hat. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Die Frage der Betriebsgruppe muß positiv angefaßt werden. Der Landesverband Sachsen hat sich mit dieser Frage befaßt und hat auf seiner Landeskonferenz den Beschluß einmütig gefaßt, einstimmig gefaßt, daß es nur die Ortsgruppe sein kann.

Worauf kommt es an? Wir müssen unser Statut dahingehend umstellen, daß wir die Betriebsgruppe nicht beseitigen wollen, sondern wir wollen die Betriebsgruppe als eine Zwischenaufgabe oder Zwischenorganisation zur besseren

Durchdringung der Betriebe herbeiführen. (Beifall.) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es falsch ist, den einzelnen Ortsgruppen — wir müssen davon ausgehen, daß es auch kleine, kleinere Ortsgruppen gibt — nunmehr die Verfügung über die Betriebsgruppen zu geben. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Verfügung über die Betriebsgruppen müssen die Kreise haben oder die Arbeitsbereiche, die gebildet werden, und zwar gerade unter Hinweis auf die ebenfalls notwendigen politischen Aufgaben, die durchzuführen sind, d. h. die Betriebsgruppen müssen in der Hand der Kreisleitungen zusammengefaßt sein und von dort ihre entsprechenden Anweisungen oder Anstöße erhalten, wenn es politisch in dem einen oder anderen Falle notwendig sein sollte.

Sollten sich diese Entwicklungen anbahnen, die wir nicht wünschen und nicht hoffen, die etwa auf eine reaktionäre Entwicklung hinzielten, dann, Genossen, müssen wir wie in der Vergangenheit in der Lage sein, von den politischen Leitungen aus die Betriebe unmittelbar anzusprechen und nicht erst über die Ortsgruppen oder dergleichen mehr. Wir haben in Dresden die besten Erfahrungen mit dieser Arbeit gehabt. Wir haben die Vertrauensleute aus den Betrieben regelmäßig zusammengezogen. Wir haben sie angesprochen, wir haben diskutiert, und es ist interessant, daß es die Zusammenkunft der Betriebsvertrauensleute war, die zuerst zur Frage der Betriebsgruppen als politische Grundeinheit Stellung genommen haben, daß diese Betriebsgruppenvertreter es ablehnten, diese Rolle für die Zukunft zu übernehmen, sondern sie sagten: Wir wollen nichts anderes sein als ein besonderes Instrument zur Beeinflussung der Arbeiter in den Betrieben. (Beifall, Händeklatschen.)

Im übrigen aber wollen wir unsere ganze Arbeit in die einzelnen Ortsgruppen legen und wollen dort zur besten Gestaltung der politischen Arbeit mitwirken. Es ist also notwendig, daß wir heute diese Klarheit schaffen. Wir wollen einen klaren Organisationsaufbau. Wir wollen eine klare Abgrenzung der einzelnen Aufgaben, der einzelnen Grundeinheiten. Ich glaube, daß das, was hinter uns liegt, in unserer Arbeit uns verpflichtet bei aller Anerkennung des Wandels der Aufgaben, daß wir darum die Ortsgruppen als die Grundeinheit unseres politischen Wirkens bestimmen und feststellen, daß wir im übrigen aber die Betriebsgruppen als die Instrumente zur Erfassung, Durchdringung der politischen Bearbeitung der Betriebe ansehen. (Bravo! Beifall.)

Genosse **Fechner**: Es spricht Genosse Gniffke.

Genosse **Gniffke**: Genossinnen und Genossen! Die beiden Vorredner haben beim Beginn ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, daß sie grundsätzlich für die Einheit sind, und ich glaube, Genossinnen und Genossen, darüber gibt es gar keine abweichende Meinung. (Zwischenruf.) Nun gut, es war ein falscher Zungenschlag gewesen. Genau so wenig gibt es darüber Meinungsstreit, daß wir vom Zentralausschuß eine Vertrauensfrage daraus machen. Das kommt nicht in Frage. Wir sind uns ja im Prinzip einig, nämlich einig über folgendes: Die Partei ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Deshalb braucht sie auch Statuten,

um nun alle Mittel zum Zweck wirken zu lassen. Um was geht es bei dieser Frage, ob Wohn- oder Betriebsgruppe? Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß bei Euch die Dinge recht unterschiedlich — jedenfalls im Gesamtrahmen der sich entwickelnden Partei —, anders liegen als in anderen Bezirken. (Zuruf: Nein!) Ich werde es Euch gleich sagen. Es wird jetzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entwickelt, Deutschlands, nicht Berlins. Und nun überlegt Euch folgende Frage, gerade der ich jetzt einige Zeit drüben im Westen gewesen bin, ich müßte mir diese Frage ernstlich überlegen: Wie können wir von drüben her die Partei entwickeln? Es ist festzustellen, daß das, was drüben als Ortsverein sich jetzt schon gebildet hat, doch zum Teil schon einen ganz bestimmten Parteifunktionärkörper eingesetzt hat, der eine ganz betimmte Richtung zu vertreten hat und der unter allen Umständen an eine Disziplin, wie man sie dort entwickelt, gebunden ist. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Wir haben auch gerade hier in Berlin feststellen können, daß unter Umständen sich in den weitesten Mitgliedskreisen die Demokratie ganz anders entwickelt und entwickeln muß. Und wir haben drüben im Westen, vor allen Dingen im Ruhrgebiet, festgestellt, daß dort bei der Betriebsarbeiterschaft der Gedanke der Einheit viel besser entwickelt ist (sehr richtig!) als in verschiedenen Funktionärkörpern, die in Ortsvereine eingebaut sind. Und nun, Genossen, wir haben nun zu fragen: Wie wollen wir nun den Genossen da drüben die Bruderhand reichen? Wie sollen sie wirksam werden? Das kann nur so kommen, daß von den Betrieben her ... (Widerspruch) Genossen, das ist schon so. (Zwischenruf: Das neue Betriebsrätegesetz sieht vor, daß politische Gruppen in den Betrieben nicht zugelassen werden!) Den Entwurf kennen wir ja, das wissen wir, daß die Ruhr-Arbeiterschaft dagegen protestiert und demonstriert. Auch wir wollen uns nicht auf den Boden des Betriebsrätegesetzes stellen. Das sind Dinge, die zu überlegen sind. Aber, Genossen, ich komme auf das Prinzipielle, und zwar gilt immer, daß man eines tun kann und das andere nicht zu lassen braucht. Es wäre vielleicht unrecht, wenn wir in dieser Frage unsere Diskussion wer weiß wie weit spannen müssen. Ich würde deshalb den Vorschlag machen (Zuruf: Abstimmung!), nachdem wir in der Kommission nun schon so viel Wochen gearbeitet und immer wieder die Frage diskutiert haben, daß wir selbstverständlich Eure Beschlüsse auch morgen zu vertreten haben. Aber wie kommen wir am besten zum Ziel? Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir nochmals aus Eurem Kreis eine Kommission von fünf ... (Zwischenruf: Nein!) Es war ja ein Vorschlag, den Ihr nicht anzunehmen braucht. Also, Genossen, unsere Auffassung kennt Ihr. Denkt nicht nur daran, daß Ihr eine Ortsfrage zu entscheiden habt, und dann, Genossen, man kann das eine tun, braucht das andere nicht zu lassen. Macht den entsprechenden Vorschlag, und dann werden wir das auch vertreten. (Zwischenruf: Nein! Widerspruch.)

Genosse **Fechner**: Genossinnen und Genossen! Das Wort hat der Genosse Harold-Bayern.

Genosse **Harold-Bayern**: Genossinnen und Genossen! Ich komme aus einem reaktionären Lande, das Schmerzenskind deutscher Politik in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Am vorigen Sonntag hatten wir in Bayern einen Parteitag, und Gott sei es geklagt, daß der alte Genosse Josef Simon — er gehörte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an — den Antrag stellte, daß wir automatisch hinausfliegen würden, wenn wir an dem Parteitag hier teilnehmen würden. (Hört, hört!) Aber er hat das Böse gewollt und das Gute geschaffen. Der Parteitag hat sich mit überwältigender Mehrheit dahin ausgesprochen, daß wir herfahren dürfen. (Bravo! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Wenn ich nun jetzt diese Unterhaltung, diese Diskussion zum Grundgesetz unserer Partei und der kommenden Einheitspartei angehört habe, dann möchte ich wünschen, unsere Genossen in Bayern würden diesen Geist echter Demokratie gesehen haben. Dann würden wir sagen, daß wir bedauern, daß man das nicht technisch aufnehmen konnte, daß man's nicht sehen, nicht hören kann draußen in Bayern. Dann würden die Stimmen aller verstummen, die sagen, eine Demokratie gibt es nicht mehr in Berlin.

Genossinnen und Genossen! Ich sage jetzt zu den Statuten: Macht die Ortsgruppen stark! (Laute Bravorufe und Händeklatschen.) Euer Beifall beweist, daß die Demokratie in Deutschland von unten steht. (Bravorufe und Beifall.) Wir können nicht aufbauen mit einem Funktionärapparat, wie wir ihn leider Gottes in Bayern viel zu sehr haben, sondern nur aufbauen von unten auf, und wir in unserer Partei wollen die deutsche Demokratie vorleben. Darum vermisse ich auch in dem Referat des Genossen Lehmann ein Doppeltes: Ihr habt ja alle diese Abänderungsvorschläge gelesen. Ich vermisse Berücksichtigung zweier Anträge des Bezirksverbandes Leipzig einmal, daß die Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen mindestens einmal im Monat stattfinden müssen. Wir erleben in Bayern beispielsweise, daß wir schon in der Ortsgruppe eine Bürokratie haben, die es tunlichst vermeidet, die Mitglieder zur Ortsgruppe einzuladen, und daß es manchmal zwei bis drei Monate dauert. (Widerspruch.) Die Abänderung aber, sie ist doch nicht beschlossen, das muß doch zur Abstimmung gestellt werden. Es genügt doch nicht, daß der Bezirksverband einen Antrag stellt. Ich habe jedenfalls in den Worten des Genossen Lehmann nichts davon gehört. Dann zweitens: Parteigenossen, es ist zum § 17, Absatz 2, ebenfalls von Leipzig der Antrag gestellt, daß die Mitglieder zum Parteitag in Urwahl von den Ortsgruppen gewählt werden. Das ist auch nicht so unwichtig! Ich möchte, weil ich aus einem derart sozialreaktionären Lande komme und weiß, daß alles darauf ankommt, wie es unten aussieht, die Rechte der Mitglieder nach oben feststellen, damit wir sagen können unsere Partei bleibt auch nach der Vereinigung gesund und ist eine demokratische bis in die Knochen. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Genosse **Fechner**: Genossen, ich möchte eine Frage klären. Ich habe aus der Debatte den Eindruck bekommen, daß eine Mehrheit des Parteitages der Auffassung ist, die von der Ortsgruppe Dresden aus vertreten wurde bezüglich der

Betriebsgruppe, Ortsgruppe usw. Es ist Bezug genommen worden auf einen Ausschußantrag. — Welcher ist das?

Wir waren uns nicht klar, auf welchen Antrag die Genossen Bezug nahmen, weil sie von dem Antrag Dresden sprachen. Es ist also der Antrag des Landesverbandes Sachsen. Fahren wir in der Diskussion fort.

Ich wiederhole, ich habe den Eindruck, als sei die Meinung des Parteitages die, daß der § 9 die Formulierung erhalten soll, wie sie in dem Antrag Sachsen enthalten ist. (Zwischenruf: Jawohl!)

Ich glaube, wir können infolge der vorgerückten Zeit leichter über die Frage hinwegkommen, wenn dieser Antrag angenommen wird, und daß er dann an den Vereinigungsparteitag weitergeht. (Zuruf: Sehr richtig!) — (Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, den Antrag noch einmal deutlich vorzulesen. Ich möchte, daß die Formulierung des Antrages noch einmal vorgelesen wird, damit nicht geschehen kann, was auf anderen Parteitagen geschehen ist, daß man einfach darüber wegging und man wußte nicht, was man angenommen hatte.)

Genosse **Fechner** (fortfahrend): (Verliest die Formulierung):

1. Die Ortsgruppe ist die organisatorische Grundeinheit und die zuständige unterste Willensträgerin der Partei. In den Städten können mehrere Ortsgruppen bestehen, wie auch mehrere Gemeinden nur eine Ortsgruppe bilden können. Die Mitglieder müssen der Ortsgruppe angehören, die für ihren Wohnbezirk zuständig ist. Eine doppelte Mitgliedschaft ist nicht gestattet. Die Beitragseinziehung erfolgt nur über die Ortsgruppe.

2. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Er besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Im Vorstand muß eine Frau vertreten sein. Dem Ortsgruppenvorstand steht zur Durchführung der politischen und organisatorischen Aufgaben ein erweiterter Funktionärkörper zur Seite. Bei Bedarf können zur Erledigung der laufenden Arbeiten ein oder mehrere Sekretäre angestellt werden.

3. Durch die Generalversammlung wird der Ortsgruppenvorstand gewählt. Die Anstellung der Sekretäre erfolgt durch den Ortsgruppenvorstand mit Zustimmung des Kreisvorstandes.

4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Generalversammlung drei Revisoren.

5. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, mindestens aber monatlich einmal statt.

6. Im übrigen werden im Ortsgruppenstatut alle Einzelheiten, die die Organisationsfragen der Ortsgruppen angehen, geregelt, so auch die Frage, ob für größere Ortsgruppen die Einführung eines Delegiertensystems erforderlich ist. (Zwischenruf: Das gehört zusammen, das ist hier falsch gedruckt worden. — Ich möchte vorschlagen, es dabei zu belassen, wie vorhin vorgeschlagen wurde, grundsätzlich zu entscheiden, die Ortsgruppe ist die Grundlage der Organisation, und Einzelheiten ... — Anderer Zwischenruf: Nein!)

Genosse Fechner (fortfahrend): Darum handelt es sich, das steht doch in diesem Antrag. Ich habe den Eindruck, daß es sich so verhält, daß die Meinung des Parteitages die ist, daß wir über den Antrag Sachsen abstimmen wollen. (Jawohl, Sachsen-Leipzig.)

Genossen, damit wäre dann auch der Schluß der Debatte eingetreten. (Zuruf: Ich habe auch beantragt, über § 17, Absatz 2, abzustimmen!)

Also, Genossen, ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer für den § 9 ist, wie ich ihn eben verlesen habe, also der Antrag Sachsen, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu erheben.

Danke.

Ich bitte, die Gegenprobe.

Einstimmig angenommen! (Anhaltendes Händeklatschen.)

Genossen, es soll über den § 17 in dem Statut besonders abgestimmt werden. Das ist also ein Antrag zu § 17. (Zuruf: Jawohl!)

Darf ich dazu etwas sagen: Besonders aus den Erfahrungen, die wir jetzt in Berlin gesammelt haben, ist die Durchführung unmöglich. Das war früher in einer Partei möglich. In einer Millionenpartei, die wir jetzt sind, ist es unmöglich.

Also ich lasse darüber abstimmen, über den § 17, Absatz 2: „Die Delegierten werden durch die Urwahl in den Ortsgruppen gewählt."

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. (Zwischenruf: Wie war der Antrag?) — Genosse Fechner wiederholt: Die Delegierten werden durch die Urwahl zum Reichsparteitag in den Ortsgruppen gewählt. — Ich bitte, die Karte zu erheben, wer dafür ist.

Bitte die Gegenprobe.

Abgelehnt! (Händeklatschen.)

Sie haben dann, Genossen, in diesem Heft, das wir Ihnen gegeben haben, die Abänderungsanträge aus der Statutenkommission. Strittig waren nur noch die §§ 9 und 10 bezüglich der Betriebsgruppen. Diese Frage haben wir geklärt. Es handelt sich darum, daß wir die weiteren Änderungen außer § 9, die von der Statutenkommission vorgeschlagen werden, annehmen oder nicht annehmen. Diese Vorschläge liegen doch zum größten Teil vor. Ich glaube, wir können uns ersparen, im einzelnen abzustimmen, weil ja die Statutenkommission von sich aus die Vorschläge macht und Widerspruch in keinem Falle erfolgt ist.

Ich habe den Eindruck, der Parteitag ist mit dem Verfahren einverstanden. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer für die Vorschläge außer § 9, für die Vorschläge der Statutenberatungskommission in 10 (Zwischenruf: 8, 9 und 10 müssen abgeändert werden!) — Die redaktionelle Zahl verschiebt sich etwas. — Also ich bitte diejenigen, die für die Änderungen, wie von der Statutenberatungskommission vorgeschlagen, die Delegiertenkarte zu erheben.

Danke.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Das ist einstimmig angenommen!

Damit sind also alle Anträge erledigt. Dann kommen wir ... (Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! Darf ich zur Geschäftsordnung sprechen: Es entsteht nun, Genossinnen und Genossen, morgen auf dem gemeinsamen Parteitage folgender Zustand: Wir haben unsere verschiedenen Erklärungen zum Statut abgegeben, der Parteitag unserer kommunistischen Freunde hält an seinem letzten Entwurf fest. Das ist doch kein Ausweg. Und deshalb beantrage ich, daß die Statutenkommission aus den Genossen der bisherigen beiden Parteien jetzt oder morgen wieder zusammentritt, um die Möglichkeit zu schaffen, daß wir ein einheitliches Statut bekommen.)

Genosse **Fechner** (fortfahrend): Ich habe ja im Parteiausschuß diese strittige Frage schon klargestellt. Es ist ganz selbstverständlich, wir sind hier der Parteitag der SPD. Wir nehmen zur Frage der Vereinigung Stellung und wir beschließen nun, daß das Statut im § 9 eine bestimmte Formulierung haben soll. Es ist im Organisationsausschuß, der die Vorbereitung getroffen hat, so beschlossen, daß beide Statutenkommissionen, unsere und die der Kommunisten, in gemeinsamer Beratung die Anträge, die hier angenommen wurden, und die Anträge, die von den Kommunisten angenommen werden, gemeinsam verarbeiten und dem Vereinigungsparteitag vorlegen. So ist das auch richtig. Das geht gar nicht anders.

Also die Mitglieder der Statutenkommission werden morgen früh um 9 Uhr im Parteihaus erscheinen, und wir werden die kommunistischen Genossen von der Statutenprüfungskommission dazu bitten.

Wir kommen nunmehr zu den Grundsätzen und Zielen. Ich bitte, die Vorlagen wieder zur Hand zu nehmen.

Da ist zunächst eine Entschließung vom Landesverband Sachsen, auf Seite 22:

„Die Landeskonferenz der SPD im Bundesland Sachsen spricht sich einmütig und eindringlich für die möglichst starke Beibehaltung des ehrenamtlichen Elements auf allen Stufen der Organisation der Einheitspartei aus. Ein vollständig bürokratischer Apparat muß die Blutadern der Demokratie verstopfen und die Kampfkraft der Partei in den kommenden wirtschaftlichen Nöten schädigen."

Es wird Annahme empfohlen. — Wer dafür ist, bitte ich die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe, bitte.

Sie ist so beschlossen.

Auf derselben Seite ist eine Entschließung, Genossen. Die ist erledigt durch eine Formulierung, wie sie der Parteiausschuß inzwischen beschlossen hat und wie sie dem Parteitag vorgelegt ist. Da ist zu Punkt 3 c, Genossen, auf Seite 4 eine Entschließung des Bezirksverbandes Berlin zur Gewerkschaftsfrage. Da wird folgende Entschließung vorgeschlagen:

„Die Sozialistische Einheitspartei sieht in dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eine der Säulen der deutschen Wirtschaft. Sie erkennt die Selbständigkeit des FDGB an und erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie dem FDGB beitreten.

Aus den gleichartigen Bestrebungen der Sozialistischen Einheitspartei und des FDGB auf Demokratisierung der deutschen Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit zu engster Zusammenarbeit für diese beiden Zweige der Arbeiterbewegung."

Wer für diese Entschließung ist, bitte ich die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe.

Angenommen.

Dann, Genossen, auf Seite 3 eine Entschließung gegen die erwachende Reaktion, weiter eine Entschließung des Landesverbandes Sachsen und dann die Entschließung des Berliner Bezirksverbandes. Außer der Entschließung zur Gewerkschaftsfrage bitten wir, diese dem neuen Parteivorstand als Material zu überweisen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, also so beschlossen. — Damit, Genossen, sind diese Anträge erledigt.

Hier ist noch eine Änderung zum Absatz 3, Grundsätze und Ziele, Abschnitt 2, der Kampf um den Sozialismus.

Absatz 3, Satz 1 soll lauten: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Umwandlung des aus der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion."

Wer für diese Änderung ist, den bitte ich, die Karte zu erheben.

Bitte, die Gegenprobe.

Danke. — Einstimmig angenommen! (Widerspruch.) — Gegen eine Stimme angenommen.

Nun, Genossen, haben wir noch eine **Programmkommission** zu wählen. Es werden dazu folgende Vorschläge gemacht: Diese Programmkommission soll aus 50 Genossen für die Einheitspartei bestehen. 25 Genossen sollen von uns vorgeschlagen werden. Der Parteiausschuß schlägt folgende Genossen vor:

Grotewohl-Berlin, Gniffke-Berlin, Fechner-Berlin, Meier-Berlin, Kern-Berlin, Göring-Berlin, Hennig-Freital, Dr. Werner-Berlin, Kreutziger-Berlin, Lepinski-Weimar, Dr. Sarow-Weimar, Pohlmeyer-Cottbus, Hauser-Frankfurt/M., Schaar-Heidelberg, Karsten-Berlin, Lehmann-Berlin, Weimann-Berlin, Litke-Berlin, Dr. Stamer-Leipzig, Hoffmann-Weimar, Orlopp-Berlin, Spiegel-Potsdam, Böttge-Halle, Dr. Zeigner-Leipzig, Merges-Braunschweig.

Der Parteiausschuß hat sehr eingehend zu dieser Kommission Stellung genommen und zu den Genossen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, lasse ich en bloc abstimmen. Wer für diesen ... (Zuruf: Mehr Frauen!) — Sind ja darin, drei Frauen. Es werden außerdem noch besondere Fachausschüsse, wie zum Beispiel für die Frauenfragen, gebildet.

Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme der Vorschläge der Programmkommission ist, den bitte ich, die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe.

Gegen eine Stimme beschlossen!

Genossen, wir müssen noch warten. Das Ergebnis der Auszählung der Wahlen wird bald eintreffen.

Der Genosse Georg Schöpflin will im Auftrage der Veteranen noch inzwischen einige Worte an Sie richten, ehe wir die Entschließung zur Vereinigungsfrage entscheiden. Ihr seid einverstanden damit?

Genosse **Georg Schöpflin:** Parteigenossinnen, Parteigenossen! In diesem Jahr sind es 50 Jahre, daß ich zum erstenmal Delegierter auf einem deutschen Parteitag war. Und ich habe dann die meisten der Parteitage besucht. Auf diesen Parteitagen, besonders am Anfang der Zeit, da sprachen unsere Großen aus der klassischen Periode der deutschen Sozialdemokratie. Und wir wissen, die Erinnerung drängt sich einem heute lebendig hervor, wie verantwortungsbewußt mit politischer Zielsicherheit unsere Führer aus der klassischen Periode gesprochen haben. Ich verkleinere keinen von diesen, wenn ich heute, ohne irgendwie Personenkult zu treiben, sage, daß ich auf diesen Parteitagen kaum eine Rede gehört habe, die so zielklar und verantwortungsbewußt war, politisch so durchdacht war wie die Rede, die uns heute Grotewohl gehalten hat. (Bravo! Händeklatschen.)

Es ist eine Freude, an der Seite eines solchen verantwortungsbewußten Führers an die Erfüllung der schweren Aufgaben und Pflichten der nächsten Zukunft zu schreiten. Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen, nur eine Feststellung lassen Sie mich noch machen: Grotewohl sprach davon, aus dem Verantwortungsbewußtsein, aus eigener Kraft alles zu tun, um Deutschland wieder aus dem Elend, aus dem Niederbruch herauszubringen. Aber er ließ auch keinen Zweifel, und wir haben das in unseren politischen und anderen Veranstaltungen auch getan, daß ohne die Mithilfe der übrigen Welt, der anderen Völker das schwere Werk kaum gelingen wird.

Da sind wir dankbar für jede Äußerung, für jede Handlung, die geeignet ist, das deutsche Volk auf seinem schweren Missionswege zu unterstützen. Und so dürften wir es begrüßen, daß der Hauptanklagevertreter in Nürnberg gegen die 20 Kriegsverbrecher, Jackson, zu Beginn seiner Anklagerede, zu Beginn des Prozesses, folgende Feststellung machte, die wir glauben, auch der Öffentlichkeit und der Welt immer wieder einmal in Erinnerung rufen zu müssen: Wir —

nämlich die Richter — in Nürnberg möchten ebenfalls klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, daß die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gekommen ist. Wenn die breiten Massen des deutschen Volkes das Nazisystem willig angenommen hätten, wäre die SA nicht nötig gewesen und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht. (Sehr richtig!) Die Deutschen waren ein durch Niederlage und Zerfall ihrer übrigen Anschauungen verwirrtes Volk. Die demokratischen Teile dieses Volkes, die an der Entwicklung des neu errichteten und schwächlichen Staatengebildes der Weimarer Republik arbeiteten, wurden von den demokratischen Kräften der übrigen Welt nur ungenügend unterstützt. Und wer die Anfänge kennt, wer an der Weimarer Republik mitgearbeitet hat, politisch mit die Verantwortung getragen hat, der weiß, ein bißchen mehr Hilfe für Deutschland, dann wäre wahrscheinlich auch viel Unheil erspart geblieben. Und noch zwei Sätze aus der Rede: „Das deutsche Volk war nach 1933 in den Händen der Polizei, die Polizei in den Händen der Partei, die Partei in den Händen einer Gruppe von Übeltätern, als deren überlebende und maßgebende Führer die Angeklagten hier vor ihnen stehen. Wahrscheinlich die Deutschen nicht weniger als die Welt draußen haben mit diesen Angeklagten eine Rechnung zu begleichen." (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Mit beredten Worten, mit Argumenten von durchschlagender Kraft hat Grotewohl gezeigt, wie die Reichseinheit nötig ist, wenn Deutschland nicht einer neuen schweren Katastrophe entgegengehen will. Und da lassen Sie mich nur noch den Satz anfügen: Die Welt möge wohl bedenken und die Staatsmänner, wenn Deutschland zusammenbrechen würde, wenn Deutschland im Chaos versinken würde, wenn das Aufbauwerk nicht gelingen würde, dann sinkt nicht nur Deutschland in das Chaos, sondern Europa. (Sehr gut! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Die Abschiedsstunde für die SPD in ihrer bisherigen organisatorischen Gestalt wird bald schlagen. Wir nehmen Abschied von der Partei und ihrem organisatorischen Gefüge und Gebilde, der wir alle ohne Ausnahme, die einen längere, die anderen kürzere Zeit unseres Lebens, unsere Tätigkeit gewidmet haben. Wir hingen und hängen mit Herz und Seele mit unseren Gedanken an der Partei. Es fällt uns schwer, Abschied zu nehmen von der Partei, die 40 Jahre, wenn ich von Gotha an rechne, auch von 1863 an rechne, der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus der Arbeiterklasse der Welt große und wertvolle Dienste geleistet hat. Nur eines der Kürze wegen: Als ich vor 67 Jahren als zehnjähriger Bub in die Fabrik hinein mußte, um ein paar Pfennige zu dem ärmlichen Einkommen armer Fabrikarbeiter hinzuzuverdienen, wenn ich an die sozialen Zustände von damals denke, und wenn ich dann weiter betrachte, was dank des zähen Kampfes der Partei und ihrer Gliederungen, der Gewerkschaften usw., in der Zwischenzeit für die Arbeiterschaft geleistet worden ist, dann in dieser Stunde erst recht erfüllt es mich mit Stolz, bei der Partei

gedient, mit der Partei gelebt, mit ihr gestritten, mit ihr gelitten zu haben. (Bravo und Händeklatschen.)

Was wir an sozialen Errungenschaften haben, das verdanken wir in erster Linie der deutschen Sozialdemokratie. (Bravo! Beifall.) Auch wir haben Fehler gemacht, haben die Fehler unserer Zeit, andere machen die Fehler ihrer Zeit. Aber, Genossinnen und Genossen, deshalb brauchen wir nicht reumütig an unsere Brust zu schlagen, und wenn wir uns anschicken, den Marsch anzutreten auf das große Aufmarschgelände, von dem aus dann die geeinte deutsche sozialistische Partei zur Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe und Mission vorwärtsschreiten will, so marschieren wir nicht hinüber mit gedämpftem Trommelklang, nicht im Büßergewande. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei marschiert mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen! (Beifall!)

Und nun ein Appell an die Alten, an die Frauen, an die Jungen. 55 Jahre der Parteiarbeit, glaube ich, autorisieren mich dazu. Ihr Alten, Ihr meine Alterskameraden, uns Alte bewegt ja zu dieser Stunde besonders hart der Abschied. So wird es auch bei der Kommunistischen Partei sein, und vielen von ihnen, die auch früher bei uns waren, wird es ähnlich mit ihrer Partei gehen. Dafür haben wir auch Verständnis. Wir Alten können ja den Speer nicht mehr werfen. Unsere Aufgabe ist nicht mehr, den Speer gegen den Feind zu werfen, unsere Aufgabe ist jetzt, durch das Vorbild noch zu wirken, solange wir noch atmen können. Wir Alten haben noch die Aufgabe und die Pflicht, Vorbild in der Treue und in der Liebe zur Arbeiterbewegung zu sein. Wir sollen nicht schmollend den Aufmarsch der nun neu zu formierenden Arbeitermassen zur sozialistischen Massenpartei betrachten.

Im Gegenteil, wir wollen, soweit wir es noch können, täglich dabei sein bis zum letzten Atemzuge. Und, Genossen, wie haben wir Alten von 1933 an, wie haben wir täglich auch den Wunsch gehabt: Werden wir es noch erleben, werden wir noch erleben, daß das Rot, daß unsere rote Fahne ohne Schandflecken in klarer Reinheit wieder über Deutschland weht? Werden wir es noch erleben, daß wir wieder mit den Klassen- und Gesinnungsgenossen zusammen sind?

Wir haben es erlebt! Und wer jetzt draußen in den letzten Monaten war, in den Versammlungen, für den war es geradezu eine Art Wiedergeburt; es war eine Art Jungbrunnen, in leuchtenden Augen diese Begeisterung zu sehen, die man überall draußen angetroffen hat. Wir haben eine große Mission in der Sozialdemokratie zu erfüllen gehabt; sie steht der geeinten Partei erst recht bevor. Und wir Alten, wir wollen noch durch Vorbild, durch Beispiel wirken, so gut wir können.

Ein Wort an die Frauen. Die Nöte der Gegenwart und das Elend, der Jammer trifft ja die Frauen noch härter als uns Männer, denn bei ihnen kommen ja die Sorgen des täglichen Lebens in hunderterlei Gestalt. Ich weiß, wie schwer es sein wird, angesichts des Übermaßes, des Überdruckes von Sorgen für die Frauen, jetzt auch noch organisatorisch tätig zu sein. Aber es muß doch sein, denn ohne

die Mitarbeit der Frauen wird es unmöglich sein, das zu erfüllen, was unsere Mission, was unsere Aufgabe ist um des Lebens und des Daseins willen. (Sehr richtig! Beifall.)

Darum wollen wir die Frauenarbeit in der Bewegung schützen und stützen und fördern, wo wir immer können.

Und nun ein Wort an die Jugend, die Jugend, die leider eine Kinderzeit, ein Kinderglück kaum gekannt hat. (Sehr richtig!) Die Jugend, die jetzt irrend und verzweifelnd das ungeheure Geschehen und die Wirkungen des ungeheuren Geschehens betrachtet, da liegt für uns eine gewaltige Aufgabe. Und Grotewohl hat ihr in so prägnanter Weise Ausdruck gegeben, daß ich mir nur noch erlaube, hinzuzufügen: Wir wollen eingedenk sein, daß der Jugend allein nur die mutige und befreiende Tat imponiert. Für sie bedeutet theoretische Haarspalterei gar nichts, die lebendige Praxis dagegen alles. Wir wollen der Jugend, die sorgfältig heute gepflegt und gehegt werden muß, helfen. Sie ist eine kostbare, in der Gegenwart besonders empfindliche Pflanze. Sie muß mit gärtnerischer Liebe gepflegt werden.

Da wollen wir mithelfen, und speziell wir Alten, die wir viel noch dabei leisten können, an der Erziehung der Jugend für unseren großen Kampf. Was können wir noch tun? Wir wollen auch die Jugend mit einem neuen Ideal, sogar mit einem neuen Heldenideal erfüllen. Nicht mehr das Heldenideal, das in Körners Schwertlied: „Du Schwert an meiner Linken ..." gipfelt, nein, die Jugend der nächsten Zukunft, die Jugend der Gegenwart, sie soll nicht mehr sterben für Dynastien, für Imperialisten und Militaristen. Die Jugend der Zukunft soll leben für das Volk, für das Vaterland. (Bravo! Beifall.)

Dazu wollen wir die Jugend erziehen. Genossinnen und Genossen, die Schwierigkeiten sind groß. Wir wissen, daß es eine Gigantenarbeit ist, die wir erfüllen wollen, erfüllen müssen, erfüllen werden. Der Mutigste könnte manchmal erschrecken vor der Größe der Aufgabe. Aber wir lassen uns nicht erschrecken. Wir gehen an die Arbeit nach Goethes Wort:

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,
nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,
rufet die Arme der Götter herbei."

Und nun, Genossen, an die Arbeit. Wir haben eine Tagung erlebt, die von historischer und gewaltiger geschichtlicher Bedeutung ist. Wir sind Ohrenzeugen, lebendige Zeugen dieser Tagung gewesen. Wir gehen hinaus in unsere Provinzen, hinaus in unsere Dörfer und Städte und wollen das, was wir hier gehört haben, wir wollen den Eindruck, den wir mitgenommen haben, den Eindruck ungeheuer gefestigter Solidarität, den wollen wir draußen weiterverbreiten.

Genossen, vorwärts und aufwärts! Es lebe der demokratische Sozialismus, es lebe die Sozialdemokratie, es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse nach dem

großen Wort des kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Bravorufe und stürmisches Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich lasse jetzt insgesamt über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei abstimmen. Wer für Annahme der nunmehr erfolgten Formulierung der Grundsätze und Ziele ist, die Genossen bitte ich, die Delegiertenkarte zu erheben. — Die Gegenprobe, bitte. — Sind Stimmenthaltungen da? Keine Stimmenthaltung! Ich stelle fest, daß einstimmig die Grundsätze und Ziele angenommen sind. (Bravo und stürmisches Händeklatschen.)

Nun, Genossen, schlagen wir folgende Entschließung vor:

„Der 40. Parteitag der SPD bekennt sich zur Einheit der Arbeiterklasse und stellt fest: Mit der nunmehr zur Tat werdenden Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien wird das Vermächtnis unserer Toten erfüllt und der Auftrag ausgeführt, den der Zentralausschuß bei der Wiedererrichtung der Partei am 17. Juni 1945 übernommen hatte. Von der tiefen Sehnsucht nach Frieden, von der schweren Not unserer Zeit getrieben, wird das Verlangen aller Sozialisten nach der Einheit der Arbeiterbewegung nunmehr erfüllt. Allen Widerständen zum Trotz sind wir am Ziel unserer Wünsche. Der unüberwindliche Bund der Arbeiter ist geschlossen. In ihm wollen wir brüderlich zusammenstehen. Die Sozialistische Einheitspartei wird das große Werk des Wiederaufbaus und der demokratischen Erneuerung Deutschlands fortsetzen. Wir arbeiten für Deutschland, wir kämpfen für den Sozialismus!" (Lebhafter Beifall.)

Aus der Erkenntnis dieser Entschließung ergibt sich für uns eine weitere Annahme, und zwar folgende Entschließung: Ein Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt: Der Parteitag tritt mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin zu dem Konstituierungsparteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse aus Mitgliedern beider Parteien zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Soweit in Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Sozialdemokratische Partei aufgehört zu existieren."

Genossinnen und Genossen! Sie haben die Entschließung zur Frage der Vereinigung gehört, und wir haben dazu den Beschluß zu fassen, wie ich ihn eben verlesen habe. Ich bitte die Delegierten, die für die Annahme dieser Ent-

schließung sind, die die Vereinigung der beiden Parteien herbeiführen will, die Delegiertenkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Sind Stimmenthaltungen? — Das ist nicht der Fall, Genossen.

Damit hat der Parteitag die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien beschlossen. (Lautes Bravo und Händeklatschen. — Die Versammlung stimmt spontan den Sozialistenmarsch an.)

Genosse **Gniffke**: Genossinnen und Genossen! Damit kommen wir zu einer weiteren Beschlußfassung über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Der Antrag des Parteiausschusses lautet wie folgt:

„Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. (Beifall.) Beide Parteien treten daher am 21. und 22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands."

Wer für diesen Beschuß ist, den wir morgen dem Vereinigungsparteitag vorlegen, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Ich danke schön. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Keine. Ich stelle einstimmige Annahme auch dieses Beschlusses fest. (Bravo! Beifall.)

Ein weiterer Antrag des Parteiausschusses: „Der Parteitag beschließt, anläßlich der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein Manifest an das deutsche Volk herauszugeben, dessen Redigierung durch die Redaktionskommission für den Vereinigungsparteitag vorbereitet werden soll."

Die Redaktionskommission ist bereits gewählt.

Wer für die Annahme auch dieses Antrages ist, bitte ich, das Handzeichen zu geben. — Dankeschön! — Die Gegenprobe. Auch dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt.

Soeben, Genossen, wird das Wahlergebnis bekanntgegeben. Es wurden abgegeben 472 Stimmen. Davon mußten 21 als ungültig erklärt werden. (Hört, hört!) Gültige Stimmen: 451.

Gewählt wurden die vorgeschlagenen Genossen. Es sind dies die Genossen:

Otto Grotewohl-Berlin, Max Fechner-Berlin, E. W. Gniffke-Berlin, August Karsten-Berlin, Otto Meier-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Richard Weimann-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Karl Litke-Berlin, Toni Wohlgemuth-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Willi Buch-Braunschweig, Erich Braun-Hildesheim, E. Heilmann-Kiel, Yella Schaar-Heidelberg, Hans Breck-Kiel, Gustav Müller-Rheinland, G. Teichert-Essen, Ernst Hoffmann-Berlin, Erich Lübbe-Berlin, Hermann Schlimme-Berlin, Edith Baumann-Berlin, Friedrich Ebert-Potsdam, Paul Szillat-Rathenow, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Bruno Böttge-Halle, Hermann Prübenau-Magdeburg, Fritz Jungmann-Dessau, Otto Buchwitz-Dresden, Stanislav Trabalski-Leipzig, Albert Meier-Dresden, August Friedel-

Chemnitz, Gertrud Hentsch-Zwickau, Heinrich Hoffmann-Weimar, Erna Sachse-Altenburg, Fritz Wagner-Meiningen, Karl Moltmann-Schwerin, Willy Jesse-Schwerin, Max Fank-Stralsund.

Genossinnen und Genossen! Nach den Statuten ist nun vorgesehen, daß das Zentralsekretariat gewählt wird aus dem Vorstand, daß aber die beiden Vorsitzenden der Parteien von den Parteitagen und von dem Vereinigungsparteitag gewählt werden. Der Parteiausschuß hat einstimmig als Vorsitzenden unsererseits den Genossen Otto Grotewohl vorgeschlagen. (Bravo! Beifall.)

Der Beifall hat heute mehrmals gezeigt, daß es zweifellos keine Gegenstimmen gibt. Trotzdem möchte ich den Wahlakt vornehmen. Wer für die Wahl des Genossen Otto Grotewohl als Vorsitzender ist, bitte ich, das Zeichen zu geben. — Ich danke schön! — Die Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Lebhafter Beifall.)

Genossen! Es sind noch Vorschläge zu machen, und zwar für drei Revisoren für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Vorgeschlagen werden von dem Parteiausschuß der Genosse Wilhelm Hauth-Berlin, der Genosse Karl Brandt-Berlin-Köpenick und der Genosse Paul Bismarck-Brandenburg. — Ein Bismarck muß dabei sein! (Heiterkeit!)

Werden andere Vorschläge gemacht? Es ist nicht der Fall. Ich bitte also um das Handzeichen! — Ich danke sehr! — Die Gegenprobe! Ich stelle fest, daß die Mitglieder der Revisionskommission einstimmig gewählt wurden.

Damit, Genossen, kommen wir zum Schluß. Das Schlußwort hat der Genosse Max Fechner. Ich erteile ihm das Wort.

Genosse Fechner: Verehrte Genossinnen und Genossen! Wir stehen alle noch unter dem Eindruck des einmütigen Bekenntnisses der Delegierten zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Uns ist das Herz erfüllt mit Freude und Dankbarkeit. Nun ist es endlich vollendet das große Einigungswerk. Sehnsucht von Hunderttausenden wurde gestillt, der Bruderkampf begraben, die Einheit geschaffen. Wir sind uns alle der Größe der Stunde und der Tragweite dieser historischen Entscheidung bewußt, die der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als die höchste Instanz durch seine Delegierten gefällt hat.

Genossen, Freunde! Wir bekennen uns in dieser Stunde mit Stolz zu der großen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands. Wir haben das Einigungswerk aus dem Geiste heraus geschaffen, in dem die deutsche Arbeiterklasse seit nunmehr 80 Jahren unter dem Banner des Sozialismus gestritten hat. Wir sind uns dessen zutiefst bewußt, daß wir Lebenden ein großes Erbe und eine große Idee zu hüten haben. Namen sind Schall und Rauch, Parteiformen sind vergänglich. Unvergänglich aber ist uns die uns zu treuen Händen übergebene Idee des unbesiegten Sozialismus. Ihm haben die Generationen vor uns ihr Leben geweiht. Im Glauben an seine Verwirklichung haben Millionen Werktätiger die Bürde des kärglichen Lebens getragen, und Millionen unseres Volkes setzen heute ihre ganze Hoffnung auf ihn, der ihnen Frieden und Arbeit, Freiheit und

Menschenwürde bringen soll. Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen unserem geschändeten und mißbrauchten Volk helfen. Wir dürfen nicht verzagen und uns vor der Geschichte des Auftrages unwürdig zeigen, den die deutsche Arbeiterklasse nach dem Niedergange der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nun übernommen hat. Diejenigen, die angesichts dieser Aufgaben die aufbaufähigen Kräfte der geeinten Arbeiterklasse spalten wollen, versündigen sich nicht nur an der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch am deutschen Volke. Die aber, die alle Sozialisten unter ein Banner rufen, handeln im Geiste unserer Väter und wahren ihr mahnendes Vermächtnis.

In dieser erhebenden Stunde rechten wir nicht mit denen, die die geschichtliche Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Arbeiterorganisation in Deutschland noch nicht übersehen können. Wir wollen diesen Genossen helfen, den Weg zur geeinten deutschen Arbeiterbewegung zu finden. Wir wollen um ihre Herzen und Hirne ringen und nicht eher ruhen, bis auch der letzte Zweifelnde sich zu uns bekennt. Denen aber, die als Unbelehrbare den Bruderkampf verewigen wollen, werden wir in sachlicher Kampfesweise die Fadenscheinigkeit ihres kleinbürgerlichen Neusozialismus nachweisen und ihre politische Einflußmöglichkeit dadurch bis zur Bedeutungslosigkeit herabmindern. Die geeinte deutsche Arbeiterklasse will nichts mehr mit einer Ideologie zu tun haben, die in der Vergangenheit restlos versagt hat. In der frischen Luft des Kampfes um die sozialistische Erneuerung Deutschlands wird die deutsche Arbeiterklasse diesen lebensgefährlichen Bazillus abtöten. Wir sind ein für allemal gegen die Injektion mit dem lähmenden Gift des kleinbürgerlichen Reformismus unempfindlich geworden. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei ist eine politische Tat der deutschen Arbeiterklasse für das ganze deutsche Volk. Wir sehen in der großen Partei der Werktätigen keinen Selbstzweck. Die Kraft und der Wille zur Tat, die diese neue Partei vor allen anderen Parteien in Deutschland auszeichnen wird, werden wir einzig und allein im Dienste an unserem Volk einsetzen. Die Sozialistische Einheitspartei wird der Motor im Aufbau Deutschlands werden. Sie wird durch ihre Leistungen ihren Führungsanspruch rechtfertigen. Die Sozialistische Einheitspartei schließt nicht die anderen Parteien aus. In der bewährten antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit wird die Sozialistische Einheitspartei mit den Parteien wie bisher zusammenarbeiten, die am Aufbau Deutschlands mithelfen wollen. Die in der Sozialistischen Einheitspartei organisierte Arbeiterklasse weiß, daß sie unserem Volk, aber auch der Welt am besten dadurch dient, wenn sie sich überparteilich aus jedem Kräftespiel der großen Politik heraushält und allein ihre Aufgabe in der Lösung der innerdeutschen Probleme sieht. Wir werden deshalb auf dem Boden einer lebenskräftigen und wahrhaft volksdienenden Demokratie nach den Bedingungen unseren politischen Weg gehen, die durch die heutige Lage in Deutschland gegeben sind. Unter solchen Bedingungen hat noch kein Volk der abendländischen Geschichte den schweren und langen Kampf um seine seelische, geistige und wirtschaftliche Wiedergesundung zu führen brauchen,

wie wir es werden tun müssen. Wir stehen vor einer erstmaligen und bisher einmaligen Situation. In dieser Tatsache liegt aber zugleich die Begründung dafür, daß wir uns nicht mit der schematischen Übernahme irgendeines politischen Systems helfen können, das unter anderen Voraussetzungen gewachsen ist. Wir müssen neue und eigene Wege gehen, die uns zu dem ungetrübten Glück eines geordneten und friedlichen Staats- und Gesellschaftslebens führen.

Wir stehen vor den Trümmern eines zusammengebrochenen Gewaltsystems. Wir erstreben die sozialistische Gesellschaftsordnung der Freiheit und ökonomischen Sicherung und der Menschenwürde: Wie wir aus dieser Gegenwart die Zukunft erobern werden. Das wird der von allen Vorbildern freie und selbständige Weg unseres Volkes sein. Wir aber werden vorangehen und den Weg einschlagen, der unserem Volk die Leidensspanne abkürzen soll. Wir glauben, daß wir damit den Frieden in der Welt mit sichern helfen und das Vertrauen aller Siegermächte zurückgewinnen, das wir so dringend gebrauchen.

Genossinnen und Genossen! Mit dem Bekenntnis zur Sozialistischen Einheitspartei haben wir das politische Instrument geschaffen, mit dem wir die Zukunft meistern werden. Eine bedeutsame Entscheidung für die sozialistische Arbeiterbewegung haben wir heute getroffen. Wir waren Zeugen und Miterlebende eines Parteitages, der als der gewichtigste in die Geschichte der 40 Parteitage seit den Tagen von Erfurt eingehen wird. Mit dem heute vollzogenen Beschluß der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien haben wir den großen Bogen von der stolzen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands über die Not der Gegenwart in eine bessere Zukunft gespannt.

Wir beenden unseren Parteitag. Wir erheben uns von den Plätzen und stimmen ein in den Ruf: Die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung, die Partei aller schaffenden Deutschen, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, sie lebe (Stürmisch fällt die Versammlung ein) hoch, hoch, hoch! (Spontan wurde „Die Internationale" gesungen.)

Verzeichnis der Redner des SPD-Parteitages

Berner 31

Braun 31

Dahlem 46

Fechner 23, 38, 131

Füchsel 112

Gniffke 73, 117

Göring 26

Grotewohl 19, 84

Harold 119

Hauser 28

Heilmann 35

Kamerahl 103

Karsten 80

Kern 56

Lehmann 103

Litke 83

Orlopp 24

Schaar 30

Schöpflin 124

Schreiber 62

Schwert 67

Sorhage 32

Spiegelmacher 32

Weimann 48

Wend 115

DOKUMENTE DER EINHEIT

Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag tritt mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin zu dem Konstituierungs-Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtliche oder bezirkliche Organisation der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse aus Mitgliedern beider Parteien zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Sobald in Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehört zu existieren.

Beschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands tritt mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast in Berlin zu einem gemeinsamen Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse, bestehend aus den Mitgliedern beider Parteien, zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und größter Beschleunigung durchzuführen. Sobald in den Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Kommunistische Partei Deutschlands aufgehört zu existieren.

Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Beide Parteien treten daher am 21. und 22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: Den Sozialismus

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole. Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamt-deutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute.
   Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.
7. Demokratische Steuerreform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.
8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizform.
9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.
10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung

der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.
12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur

Partei des schaffenden Volkes

wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

§ 1

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die Partei erfüllt ihre Aufgaben nach den auf dem Vereinigungsparteitag zu Berlin am 21. und 22. April 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen, nach den Beschlüssen der Parteitage und auf Grund dieses Statuts.

Mitgliedschaft

§ 2

1. Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten.

2. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Ortsgruppenvorstand.

3. Wird die Aufnahme abgelehnt, so ist die Beschwerde an den Kreisvorstand zulässig. Sie muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides eingelegt werden.

4. Erhebt eine andere Parteikörperschaft gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kreisvorstand darüber. Gegen dessen Entscheidung kann die beteiligte Parteikörperschaft Beschwerde an den Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

§ 3

Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliedszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angerechnet. Die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband, zum Kommunistischen Jugendverband und zur Sozialistischen Arbeiterjugend wird im Mitgliedsbuch eingetragen.

§ 4

1. Die Mitgliedschaft endet:
   a) durch Austritt,
   b) durch Ausschluß,
   c) durch Tod.

2. Wer aus der Partei ausscheidet, verliert für sich und seine Rechtsnachfolger jeden Anspruch an das Parteivermögen.

§ 5

1. Der Ausschluß aus der Partei erfolgt, wenn das Mitglied gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei gröblich verstößt oder wenn es ehrlos handelt, oder wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei die Partei schädigt.

2. Der Ausschluß kann nur von einem Parteimitglied oder von einer Parteikörperschaft beantragt werden. Der Antrag muß schriftlich, unter Angabe der Beweismittel, begründet werden und ist an den Vorstand der für den Beschuldigten zuständigen Ortsgruppe (§ 10) zu richten. Der Ortsgruppenvorstand gibt den Antrag mit dem Ergebnis seiner Prüfung an den Kreisvorstand (§ 11) weiter.

3. Über den Ausschluß entscheidet der Kreisvorstand. Gegen die Entscheidung des Kreisvorstandes kann der Ausgeschlossene oder der zuständige Ortsgruppenvorstand Beschwerde bei dem Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

4. Über die Beschwerde entscheidet das Parteischiedsgericht des Landes-(Provinzial-)Verbandes.

5. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann der Ausgeschlossene oder der beteiligte Ortsgruppen- oder Kreisvorstand die Entscheidung des Parteitages anrufen. Dies muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des Schiedsgerichts bei dem Zentralsekretariat des Parteivorstandes geschehen.

§ 6

Die zur Entscheidung berufenen Instanzen sind berechtigt, statt auf Ausschluß aus der Partei auf zeitweise Ausschließung von Ämtern oder auf die Erteilung eines Verweises oder einer Rüge zu erkennen.

§ 7

Die Mitgliedschaft wird gestrichen, wenn das Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt. Stundung der Beiträge ist zulässig.

Gliederung der Partei

§ 8

Die Partei gliedert sich in:

a) Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen,
b) Ortsgruppen,
c) Kreise,
d) Bezirke,
e) Landes-(Provinzial-)Verbände.

Wohnbezirks- und Betriebsgruppen

§ 9

1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.

2. In den Betrieben sind Betriebsgruppen zu errichten. Parteimitglieder, die in einem Betrieb tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks oder ihrer Ortsgruppe, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen.

3. Die nicht in Betriebsgruppen organisierten Parteimitglieder werden in Wohnbezirksgruppen organisiert.

4. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit.

5. Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.

6. Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut (§ 25).

Ortsgruppen

§ 10

1. Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe entscheidet in allen politischen Fragen ihres Bereichs, wobei ihre Grundeinheiten, die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen, diesen Entscheidungen unterliegen.

2. Die Mitglieder mehrerer benachbarter Gemeinden können zu einer Ortsgruppe vereinigt werden.

3. Mitglieder in Gemeinden, für die eine Ortsgruppe nicht besteht, gelten als Einzelmitglieder. Sie können der Ortsgruppe einer Nachbargemeinde zugewiesen werden. Ist das nicht angängig, so werden sie bei dem Sekretariat der höheren Gliederung geführt, die gebietsmäßig zuständig ist.

4. Reicht die Zahl der Mitglieder in einem Orte zur Bildung einer Ortsgruppe nicht aus und sind die Absätze 2 und 3 nicht anwendbar, so bilden sie einen Stützpunkt. Sie wählen sich einen Stützpunktleiter. Dieser übernimmt die Aufgaben des Ortsgruppenvorstandes.

5. Die Ortsgruppen können nach den örtlichen Verhältnissen aufgegliedert werden.

6. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Der Ortsgruppenvorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Ortsgruppenvorstand muß mindestens eine Frau angehören.

7. Sekretäre werden nach Bedarf, im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand (§ 11), angestellt.

8. Der Ortsgruppenvorstand und die Sekretäre werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe gewählt.

9. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Mitgliederversammlung drei Revisoren.

10. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, in der Regel monatlich, statt.

Kreise

§ 11

1. Die Ortsgruppen und Stützpunkte in einem Landkreise werden zu einem Kreis zusammengeschlossen. Kreisfreie Städte gehören zu dem angrenzenden Kreis. In Stadtkreisen tritt der Kreis in der Regel an die Stelle der Ortsgruppe. Das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25) kann Abweichendes bestimmen.

2. In räumlich ausgedehnten Kreisen können mehrere Ortsgruppen durch Arbeitsgebietsleitungen als Hilfsorgane der Kreisleitung zusammengefaßt werden.

3. Der Kreis wird von einem Kreisvorstand geleitet. Der Kreisvorstand besteht aus zwanzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Kreisvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

4. Die Geschäfte des Kreises werden nach den Beschlüssen des Kreisvorstandes von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus sechs bis acht Mitgliedern, einschließlich der beiden Vorsitzenden. Dem Sekretariat muß mindestens eine Frau angehören.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz wählt die Mitglieder des Kreisvorstandes.

6. Die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Kreisvorstand aus seiner Mitte gewählt.

7. Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand (§ 13), oder in Landes-(Provinzial-)Verbänden, die nicht in Bezirke aufgegliedert sind, im Einvernehmen mit dem Vorstand des Landes-(Provinzial-)Verbandes (§ 15).

8. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Kreisdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

9. Aufbau und Aufgaben der Ortsgruppen und der Kreise regelt das Kreisstatut (§ 25).

§ 12

1. Kreisdelegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Kreisstatut (§ 25).

2. Jede Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) entsendet die ihrer Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach der Ortsgruppe zustehende Zahl von Delegierten wird ihr mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) gewählt.

4. Die Kreisdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einberufen werden.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Kreisvorstandes, die Anträge der Ortsgruppen und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Bezirksvorstandes (Landes-[Provinzial-]Vorstandes) sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Kreisvorstand erstattet der Kreisdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Bezirke

§ 13

1. Mehrere Kreise in einem Lande oder einer Provinz werden zu einem Bezirk zusammengeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar dem Landes-(Provinzial-)Verband angeschlossen sind.

2. Der Bezirk wird von einem Bezirksvorstand geleitet. Er besteht aus dreißig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Bezirksvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Bezirks werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus acht Mitgliedern, darunter mindestens zwei Frauen.

4. Der Bezirksvorstand wird von der Bezirksdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Bezirksvorstand aus seiner Mitte gewählt.

5. Die Anstellung der Bezirkssekretäre erfolgt durch den Bezirksvorstand im Einvernehmen mit dem Landes-(Provinzial-)Vorstand.

6. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Bezirksdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

§ 14

1. Bezirksdelegiertenkonferenzen finden mindestens einmal jährlich statt. Zu dieser Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Die Bezirksdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Bezirksvorstand einberufen werden.

4. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Bezirksvorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise und der Delegierten.

5. Auf Verlangen des Landes-(Provinzial-)Sekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

6. Der Bezirksvorstand erstattet der Bezirksdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Landes-(Provinzial-)Verbände

§ 15

1. Die Bezirke in einem Lande (einer Provinz) oder die Kreise in einem Lande (einer Provinz) ohne Bezirksaufgliederung und die Kreise in der Stadt Berlin werden zu einem Landes-(Provinzial-)Verband zusammengeschlossen.

2. Der Landes-(Provinzial-)Verband wird von einem Landes-(Provinzial-)Vorstand geleitet. Er besteht aus mindestens vierzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende., Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Landes-(Provinzial-)Vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Landes-(Provinzial-)Vorstandes werden vom Landes-(Provinzial-)Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus zehn bis zwölf Mitgliedern, darunter mindestens drei Frauen. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand wird von der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats (mit Ausnahme der Vorsitzenden) werden von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand aus seiner Mitte gewählt. Die Anstellung von Landessekretären erfolgt durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand im Einvernehmen mit dem Parteivorstand.

4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz eine Revisionskommission.

5. Sie wählt ferner das Schiedsgericht. Es besteht aus fünf Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender.

§ 16

1. Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, mindestens einmal jährlich, statt. Zu der Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Außerdem nehmen die Mitglieder der Bezirkssekretariate an der Delegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil.

4. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand einberufen werden.

5. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Landes-(Provinzial-)Vorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Zentralsekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand erstattet der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

Parteitag

§ 17

1. Parteitage finden nach Bedarf, in der Regel jährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt der Parteivorstand bei der Einberufung.

2. Jeder Landes-(Provinzial-)Verband entsendet die seiner Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach dem Landes-(Provinzial-)Verband zustehende Zahl von Delegierten wird ihm mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von den Landes-(Provinzial-)Konferenzen gewählt.

4. Der Parteitag muß unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten durch den Parteivorstand einberufen werden.

5. Der Parteitag bestimmt die Richtlinien der Politik der Partei. Er beschließt über die Vorlagen des Parteivorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke, der Landes-(Provinzial-)Verbände, der Delegierten.

6. Der Parteitag wählt die zwei Parteivorsitzenden mit gleichen Rechten und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Revisionskommission.

7. Der Parteivorstand erstattet dem Parteitag einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichtet die Revisionskommission über ihre Tätigkeit. Der Parteitag beschließt über die Abnahme dieser Berichte. Er beschließt ferner über Berufungen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte.

Parteivorstand

§ 18

Die Partei wird von dem Parteivorstand geleitet. Er besteht aus achtzig Mitgliedern. Dem Parteivorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

Zentralsekretariat

§ 19

1. Zur Durchführung der Politik der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte die Mitglieder des Zentralsekretariats.
2. Das Zentralsekretariat besteht aus vierzehn Mitgliedern einschließlich der beiden Parteivorsitzenden. Dem Zentralsekretariat müssen mindestens zwei Frauen angehören.
3. Die Partei wird durch die Parteivorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Tagungen, Abstimmungen, Ämter

§ 20

1. Außerordentliche Ortsgruppenversammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitage finden auf Beschluß der zur Einberufung berechtigten Körperschaft, der übergeordneten Gliederung, des Parteivorstandes oder auf Antrag eines Drittels der zur Entsendung von Delegierten berechtigten Gliederungen (bei Ortsgruppen ohne Delegiertensystem auf Antrag eines Drittels der Mitglieder) statt. Die Einberufungsfrist wird dabei auf die Hälfte gekürzt.
2. Auf Tagungen, die durch Delegierte gebildet werden, sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Die Mitglieder der einberufenden Körperschaft, die Revisoren, die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Vorsitzende der Pressekommission nehmen mit beratender Stimme teil.
3. Die Vertreter der übergeordneten Gliederungen sind berechtigt, an allen Verhandlungen der ihnen nachfolgenden Parteigliederungen und deren Körperschaften teilzunehmen und jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu nehmen.
4. Die Verhandlungen werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die der Parteivorstand erläßt. Er erläßt auch eine Geschäftsordnung für das Verfahren der Schiedsgerichte.
5. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Anträge zum Parteiprogramm und Anträge auf Auflösung der Partei bedürfen zu ihrer Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten.
6. Wahlen sind geheim. Sie können mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten durch Handerheben erfolgen. Wenn kein

Widerspruch erhoben wird, kann die Wahl auch durch Zuruf erfolgen. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.

7. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär kann nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär im Landes-(Provinzial-)Vorstand oder im Parteivorstand oder als Kandidat zu einem Landes- oder Reichsparlament kann nur gewählt werden, wer seit mindestens drei Jahren Mitglied der Partei ist. Von diesem Grundsatz kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn es das Parteiinteresse erfordert.

8. Die Aufstellung von Kandidaturen zu einem Stadt-, Kreis-, Provinzial- oder Reichsparlament erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand der übergeordneten Gliederung.

9. Die Wahlzeit für Parteiämter beträgt in der Regel ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die vorzeitige Abberufung bedarf der Zustimmung des Vorstandes der übergeordneten Gliederung. Gegen den Beschluß dieser Körperschaft steht dem Abberufenen und der beteiligten Körperschaft die Beschwerde an die übergeordnete Gliederung zu. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

10. Die Tätigkeit der Vertreter der Partei in den Parlamenten, den Selbstverwaltungsorganen, den Regierungen und allen sonstigen öffentlichen Ämtern unterliegt den Beschlüssen und der Kontrolle der zuständigen Parteikörperschaften.

Beiträge

§ 21

1. Das Eintrittsgeld beträgt 1 RM.

2. Der Beitrag beträgt monatlich 1 RM. Er ermäßigt sich für Berufslose, Arbeitslose und Jugendliche auf die Hälfte.

3. Mitglieder mit einem Einkommen von mehr als dreihundert Reichsmark monatlich sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.

4. Das Kreisstatut kann mit Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes Zusatzbeiträge vorsehen.

§ 22

1. Die Eintrittsgelder und Beiträge werden durch die Ortsgruppen erhoben. Die Beitragszahlung wird durch Marken bescheinigt, die in das Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) eingeklebt werden.

2. Der Kreisvorstand entscheidet bei ungleichmäßigen Beitragseinnahmen über die Verteilung an dabei benachteiligte Ortsgruppen unter Zugrundelegung der in den betreffenden Orten ansässigen Betriebsgruppenmitglieder. Bei dadurch entstehenden Überschneidungen haben die beteiligten Kreisvorstände eine Regelung zu treffen.

3. Von den Einnahmen an Eintrittsgeldern steht der Parteikasse die Hälfte, von den Einnahmen an Beiträgen steht ihr ein Viertel zu.

4. Das Landes-(Provinzial-)Statut bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an den Kreis abzuführen haben. Es bestimmt ferner, welchen Anteil an den Einnahmen die Kreise an den Landes-(Provinzial-)Verband abzuführen haben und welchen Anteil an der Beitragseinnahme der Landes-(Provinzial-)Verband den Bezirken zur Verfügung stellt.

5. Die Ortsgruppen führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeträgen aus. Die Zahlungen erfolgen an die Kasse des Kreises. Diese gibt die Beträge in monatlichen Teilzahlungen an die Kasse des Landes-(Provinzial-)Verbandes und diese an die Kasse des Bezirks und an die Parteihauptkasse weiter.

6. Die Gliederungen rechnen über ihre Zahlungen vierteljährlich ab.

7. Für die Kassenführung erläßt das Zentralsekretariat eine Kassenordnung.

8. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

9. Für die Berechnung der Mitgliederzahlen, die für die Delegiertenzahlen zugrunde zu legen sind, wird von dem Vierteljahrsabschluß ausgegangen, der dem Vierteljahr vorausgeht, in dem die Einberufung der Tagung erfolgt.

Parteiorgane

§ 23

1. Zentralorgan der Partei ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Neues Deutschland". Alle Bekanntmachungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan.

2. Die Landes-(Provinzial-)Verbände geben für ihren Bereich im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat Tageszeitungen heraus. Die Geschäftsführung des Verlages und die Haltung des Parteiorgans wird von einer Pressekommission überwacht. Die Pressekommission wird von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand gewählt.

3. Erscheint eine Tageszeitung mit einer selbständigen Schriftleitung an einem anderen Ort als dem Sitz des Landes-(Provinzial-)Verbandes, so wird die Pressekommission von dem Vorstand der für den Erscheinungsort zuständigen, dem Landes-(Provinzial-)Verband nächst nachgeordneten Gliederung gewählt.

4. Die Anstellung der leitenden Redakteure des Parteiorgans bedarf der Bestätigung des Zentralsekretariats.

5. Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Monatsschrift „Einheit".

6. Das Zentralorgan der Partei und die Monatsschrift „Einheit" unterstehen unmittelbar dem Zentralsekretariat.

7. Die Herausgabe von Literatur durch Parteiverlage erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat.

Prüfung der Parteieinrichtungen

§ 24

Das Zentralsekretariat ist berechtigt, die Parteiorgane, die Geschäftsführung der Parteigliederungen und deren wirtschaftliche Unternehmungen zu überwachen und zu diesem Zwecke Berichte und Abrechnungen einzufordern und Einsicht in die Bücher und den Geschäftsverkehr zu nehmen.

Sonderstatuten

§ 25

1. Aufbau, Aufgaben, Tätigkeit und Finanzen der Gliederungen werden durch besondere Statuten der Kreise und der Landes-(Provinzial-)Verbände geregelt.
2. Das Sonderstatut und seine Änderungen beschließt die Delegiertenkonferenz der Gliederung. Diese Beschlüsse der Kreise bedürfen der Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes. Diese Beschlüsse des Landes-(Provinzial-)Verbandes bedürfen der Zustimmung des Parteivorstandes.
3. Der Parteivorstand stellt Muster für die Sonderstatuten auf.

Manifest an das deutsche Volk!

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Ein Werk von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft ist getan. In der Hauptstadt Berlin, in den Ländern Sachsen, Thüringen und Mecklenburg und in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands vereinigt. Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung, des Bruderkampfes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele und eines einheitlichen Statuts vereinigt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist geschaffen!

Die Uneinigkeit ist den Deutschen schon oft zum Verhängnis geworden. Im August 1914 bei Ausbruch des ersten Weltkrieges brach die Einheit der sozialistischen Bewegung auseinander. Durch diese Spaltung wurden die Kräfte des Friedens und der Freiheit gelähmt. Die Revolution vom November 1918 hat die Machtpositionen des Militarismus und Imperialismus nicht beseitigt. Die Reaktion gewann wieder die Oberhand und konnte die demokratischen Freiheiten aushöhlen, bis schließlich der Hitlerfaschismus triumphieren und den zweiten Weltkrieg entfesseln konnte.

So wurde das schaffende deutsche Volk seiner politischen Freiheiten beraubt. Es verlor seine Würde und alle seine sozialen Errungenschaften, wurde zu dem schändlichsten aller Eroberungskriege mißbraucht und in ein Meer von Blut und Tränen, Opfer und Leiden gestürzt.

Niemals wollen wir vergessen:

Millionen Tote und Krüppel, zertrümmerte Städte, eine ruinierte Landwirtschaft, ein zerstörtes Transportwesen, eine niederdrückende Last von Verantwortung und Schuld vor der Welt, Armut und Not, Elend und Verzweiflung — das ist das Erbe der Hitler, Göring, Goebbels und Himmler.

Und niemals dürfen wir vergessen:

Dieses große Unglück konnte über unser Volk nicht zuletzt deswegen hereinbrechen, weil die Widerstandskräfte gegen Faschismus und Krieg sich gegenseitig im Parteihader zerfleischt hatten.

Deutsche in Stadt und Land!

Wir stehen an einer Wende. Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will.

Nur die Vernichtung der Kräfte des Militarismus und Imperialismus, der Aufbau einer lebendigen und kämpferischen Demokratie und der durch Taten bekundete aufrichtige Friedenswille kann das deutsche Volk in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen zurückführen.

Die antifaschistisch-demokratische Republik und die Politik der Völkerverständigung sind deshalb unerläßliche Voraussetzungen für die Existenz und Zukunft Deutschlands.

Die Fortsetzung der Spaltung im Lager der Arbeiterbewegung, im Lager der Demokratie und des Sozialismus würde Freiheit und Frieden von neuem gefährden und damit unser ganzes Leben als Volk und Nation aufs höchste bedrohen.

Die Einheit der Arbeiterbewegung, die Zusammenarbeit aller aufbauwilligen und demokratischen Volkskräfte ist darum höchstes nationales Gebot. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist eine große nationale und soziale Tat für unser Volk und Vaterland. Nach dem furchtbaren Erlebnis des Hitlerkrieges ist Deutschland, das Geburtsland von Marx und Engels, das erste Land, in dem die Vereinigung der sozialistischen Bewegung vollbracht wird.

Diese Vereinigung vervielfacht die Kräfte des Neuaufbaus der Wirtschaft. Sie gibt uns die Möglichkeit, Elend und Not rascher zu bannen und ein neues Leben in Ruhe und Freiheit zu gewinnen. Sie sichert den Kräften des Friedens und einer wahren Humanität die Führung der Nation.

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein!

Aus Schutt und Asche, Schmach und Schande steigt ein neues Leben, eine bessere und schönere Zukunft hervor!

Wer die Konzentrationslager und die Folterhöllen der Gestapo nicht vergessen hat, kann nicht wollen, daß der rasende Terror des Faschismus und der Reaktion noch einmal und noch fürchterlichere Blutorgien feiern kann.

Wem die nächtlichen Schrecken in den Luftschutzkellern noch in den Adern zittern, der kann nicht wollen, daß wir und unsere Kinder eines Tages wieder vor der Gefahr eines neuen Krieges mit allen seinen Grausamkeiten stehen.

Darum fordert das schaffende deutsche Volk die Einheit der Arbeiterbewegung!

Wer aber aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und weiter Haß und Zwietracht sät, den klagen wir an!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die gemeinsame Partei aller Werktätigen, die nicht nur Demokraten und Antifaschisten, sondern auch Gegner des Kapitalismus und Sozialisten sind. Für einen Sozialisten ist die Vereinigung mit einer bürgerlichen Partei widersinnig. Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bedeutet daher nicht den Übergang zum Einparteiensystem. Neben

der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die demokratisch-antifaschistischen Parteien, die auf dem Boden eines anderen Programms und einer anderen Weltanschauung stehen, ihre Daseinsberechtigung. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands setzt sich zur Aufgabe, auch in Zukunft enge und aufrichtige Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien zu pflegen.

Unsere Parole heißt:

Kein Einparteiensystem, aber Schluß mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront!

Die Zukunft gehört der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Neben dieser Millionenpartei des Sozialismus ist auf die Dauer nirgend in Deutschland Platz für Splittergruppen. Die volle organisatorische Einheit der marxistischen Bewegung wird sich überall und gegen alle Widersacher siegreich Bahn brechen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik, die dem Volk alle Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sichert, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt, aber Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet. Der Staat, den wir aufbauen, ist ein wahrhaft demokratischer Staat, der auch den Religionsgemeinschaften gegenüber weitgehende Toleranz übt. Das neue Deutschland muß eine unteilbare freie deutsche Republik sein. Allen separatistischen Bestrebungen sagen wir den schärfsten Kampf an. Die öffentlichen Verwaltungsorgane müssen nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Sauberkeit arbeiten; sie müssen sich als dienende Organe des Volkes betrachten; das Volk hat ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist die Beschleunigung des Wiederaufbaus der zerstörten Städte, die allseitige Förderung der Landwirtschaft und der Industrie für die Erzeugung ziviler Güter. Damit die Wirtschaft nicht mehr der Bereicherung der Großkapitalisten und dem Eroberungskriege dienstbar gemacht werden kann, sind die Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten zu enteignen und ihre Betriebe wie ihr gesamtes Vermögen in die öffentliche Hand zu überführen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland, um die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu brechen, den Kleinbauern, Umsiedlern und Landarbeitern eine selbständige Existenz zu schaffen und die Volksernährung durch intensivsten Landbau zu sichern.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der Erneuerung der deutschen Kultur. Sie fördert die wahre Größe der Nation, indem sie alle schädlichen und reaktionären Überlieferungen bekämpft und alles Hohe und Schöne des deutschen Geisteslebens zur Entfaltung bringt. Damit wird sich unser

Volk in die Kulturgemeinschaft der freiheitlichen und fortschrittlichen Völker der Welt einreihen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Schulreform in ganz Deutschland, die den Ungeist des Nazismus, Militarismus und der Untertanengesinnung aus der deutschen Schule verbannt, alle wertvollen Bildungseinrichtungen erhält, ein einheitliches Schulsystem schafft, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus dient und alle Bildungsprivilegien aufhebt, um den Begabten aus allen Volksschichten die höchsten Bildungsstätten zu öffnen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der entschiedensten Interessenvertretung der Werktätigen. Sie kämpft für das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in der Wirtschaft. Ihre Forderung ist der Achtstundentag, eine ausreichende Sonntagsruhe, voll bezahlter Urlaub, Ausbau des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung. Tarifliche Mindestlöhne haben den Werktätigen eine ausreichende Existenz zu sichern. Sie kämpft für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen und für den Schutz aller Schaffenden vor Übervorteilung und Ausbeutung. Für Schieber und Parasiten darf im neuen Deutschland kein Platz sein!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes; denn ihr Programm dient der Gegenwart und der Zukunft Deutschlands. Sie ist eine unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen frei hält und das Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz gemacht hat. Unser Weg und unser Programm entsprechen den Interessen des deutschen Volkes, den Besonderheiten der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur. Als demokratische und sozialistische Partei tritt sie entschieden für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein und erstrebt durch die Sicherung der demokratischen Entwicklung und des Friedens die baldmöglichste Wiederherstellung der inneren und äußeren staatlichen Unabhängigkeit Deutschlands. Nur auf diesem Wege kann die deutsche Arbeiterschaft die Pflichten der internationalen Solidarität erfüllen und das deutsche Volk in die Familie der friedliebenden Völker Aufnahme finden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands will aber bei dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik nicht stehenbleiben. Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt. Der Sozialismus beseitigt das durch die Ausbeutung geschaffene Kapitaleigentum, die Klein- und Mittelbesitzer aber befreit er von der Gefahr, durch die Kapitalshyänen verschluckt zu werden; er sichert den werktätigen Bauern und den Gewerbetreibenden auf neuer Grundlage eine bessere Existenz. Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die Grundprobleme unserer Zeit drängen zur Lösung durch den Sozialismus. Die Sozialistische

Einheitspartei Deutschlands betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als konsequente Vertreterin der Interessen aller vom Kapital Geknechteten und Ausgebeuteten, als Partei der konsequenten Demokratie und des Sozialismus eure Partei!

Bauer und Bäuerinnen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der friedlichen Arbeit, der Entfaltung der Landwirtschaft und der Freiheit nicht minder eure Partei!

Handwerker und Gewerbetreibende!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der prinzipiellen Feindschaft zum Monopol- und Großkapital, als die Partei der Entwicklung des Gewerbes, der Pflege des friedlichen Handels und Wandels ebenso auch eure Partei!

Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Künstler, Studenten und Wissenschaftler!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei des Fortschritts und als entscheidende nationale Kraft, als Partei, die für die Hebung der Volksbildung, für Freiheit der Wissenschaft und Künste entschieden eintritt, vor allem auch eure Partei!

Frauen und Mütter!

Es gibt keine andere Partei, die ein so klares und entschiedenes Friedensprogramm vertritt wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Nur im Frieden kann das Glück der Familie gedeihen. Nur die neue demokratische Republik kann euch gleichen Lohn für gleiche Leistung, eine volle Gleichberechtigung als Frau auf allen Gebieten und den Ausbau des Kinder- und Mutterschutzes sichern. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, bringt den Frauen gleiches Recht und volle Entfaltungsmöglichkeiten.

Frauen und Mütter! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist daher auch eure Partei!

Deutsche Jugend!

Der Nazismus hat euren Glauben schmählich mißbraucht und eure edelsten Tugenden entwürdigt. Doch die deutsche Jugend ist unsere Hoffnung. In euren Händen wird die Zukunft des Vaterlandes liegen. Unsere Weltanschauung muß

der Glaube der jungen Generation werden. Hier findet ihr die höchsten Ideale. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wahrt eure Gegenwartsinteressen in Schule, Beruf und öffentlichem Leben. Sie will euch bei friedlicher Aufbauarbeit, beim Lernen, in der Freizeit aber beim Wandern, Tanzen und Spielen sehen. Sie vertritt die neue Zeit.

Die Sozialistische Einheitspartei, diese junge, vom Leben durchpulste Kampfpartei, ist deshalb eure Partei, die Partei der deutschen Jugend.

Männer und Frauen in Stadt und Land!

Burschen und Mädel in Werkstatt und Schule!

Wir sind die Bannerträger des neuen Deutschlands!

Unser Sieg ist der Triumph der Freiheit, des Friedens, der Völkerverständigung und des Fortschritts!

Schließt euch der Millionenpartei des schaffenden Volkes an!

Kämpft mit uns für Deutschland!

Es lebe die antifaschistisch-demokratische Republik!

Es lebe der Sieg des Sozialismus!

Es lebe die stolze und mächtige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Berlin, Ostern 1946

Der Vereinigungsparteitag der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands